

Auf den Spuren von Baj Ganjo	4
Die „Rückkehr nach Europa“ auf Bulgarisch VON JUTTA SOMMERBAUER	
Im Westen nichts Neues? – Der Osten ruft!	8
VON JUTTA SOMMERBAUER	
Wer bin ich?	9
Der EU-Beitritt weckt in Litauen die Diskussionen über die eigene Identität VON JOLITA VENČKUTĖ	
Holocaust und Revisionismus in Kroatien	13
VON LJILJANA RADONIĆ	
Gelebter Ethnozentrismus	18
Roma in der Slowakei VON STEPHAN HOFER	
Europäische „Wiedergeburt“	20
VON HERIBERT SCHIEDEL	
Germany goes east. Reloaded	23
VON MATTHIAS FALTER	
Versöhnung auf Sudetendeutsch	25
VON FLORIAN RUTTNER	
Wiederauferstehung des „christlichen Mittelstandes“ in Ungarn? ..	28
VON KARL PFEIFER	
East meets West	32
VON THERESE GARSTENAUER	
Die drei Musketiere in der toten Klasse	35
VON ALEXANDER S. EMANUELY	
Unideologisch und unpolitisch?	38
NGOs in Kirgistan VON MICHAEL SCHULTE	
Post-/Koloniale Verbindungen?	42
VON RENÉE WINTER	
„Es kommt darauf an“	46
Einige Überlegungen zu einer politischen und antirassistischen Pädagogik VON NORA STERNFELD UND RENATE HÖLLWART	
Mit SchülerInnen in der Wehrmachtausstellung	49
VON THOMAS SCHMIDINGER	
Versöhnung auf Österreichisch	50
VON IRIS PETRINJA	
Für eine Handvoll Dollar	52
VON NASI MISSOURI	
Die Demokratie vor sich selbst retten	54
VON THOMAS SCHMIDINGER	
Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) und sein General	55
VON MARY KREUTZER	
ArbeiterInnenbewegung im Sudan	56
VON KATRIN AUER	

Das Context XXI-Abo

Preise

Österreich Sozialabo	22,- Euro
Österreich Normalabo	33,- Euro
Ausland Sozialabo	30,- Euro
Ausland Normalabo	38,- Euro
Übersee	44,- Euro

Probeabo (nur in Österreich): Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben kostenlos und unverbindlich zugesandt.

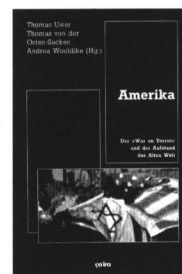
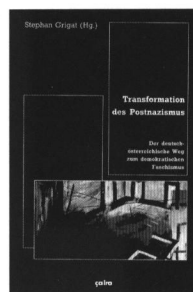
Probeheft (auf der ganzen Welt): Sie erhalten eine bereits erschienenen Ausgabe kostenlos und unverbindlich zugesandt.

Coninfo-Mailingliste: Informationen über Radiosendungen, Veranstaltungen, Publikationen etc. Subskription über die Redaktion.

Das Abo-Geschenk

Neuabonnenten und -abonnentinnen erhalten – so lange der Vorrat reicht – eines der nachstehenden Abogeschenke. Rasch bestellen und Geschenkwunsch angeben!

- Thomas Uwer/Thomas von der Osten-Sacken/Andrea Woeldike (Hg.): **Amerika.** Der „War on Terror“ und der Aufstand der Alten Welt. 320 Seiten
- Stephan Grigat (Hg.): **Transformation des Postnazismus.** Der deutsch-österreichische Weg zum demokratischen Faschismus. 180 Seiten
- Mary Kreutzer/Thomas Schmidinger: **Niederlagen des Friedens.** Gespräche und Begegnungen in Guatemala und El Salvador. 162 Seiten
- Immanuel Wallerstein: **Das moderne Weltsystem II – Der Merkantilismus.** 430 Seiten
- Wolf Haas: **Komm, süßer Tod.** 223 Seiten
- 5 alte Nummern von **Context XXI** nach Wahl
- Diverse: **etwas besseres als europa** (CD)
- **Komm, Süßer Tod.** Soundtrack – Filmdialoge (CD)



Das Kleingedruckte

Das **Context XXI**-Abonnement kann jederzeit schriftlich oder per Email bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können – falls noch lieferbar – einzeln bestellt werden. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar und jeweils zum Jahresende kündbar.

Die Abo-Bestellung

bitte schriftlich, per FAX oder per Email an:

Bureau No.2, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien
Fax: ++43-1/532 74 16, redaktion@contextxxi.at

Liebe Leserin, lieber Leser!

Vielleicht zählen Sie zu jenen, die durch den *Falter*-Artikel von Robert Misik (*Falter* Nr. 19, 5.5.2004) auf **Context XXI** aufmerksam wurden. Wir freuen uns sehr, Sie als neue LeserInnen begrüßen zu dürfen. Machen Sie sich selbst ein Bild davon, wie „raffiniert, aber noch abgedreht“ (Misik) **Context XXI** argumentiert und vielleicht können wir Sie begeistern und als neue AbonnentInnen gewinnen.

Diese Ausgabe der **Context XXI** ist der „EU-Osterweiterung“ gewidmet. Mehrere Reportagen und Analysen behandeln – in gewohnter **Context XXI**-Manier – die Situation in den neuen EU-Mitgliedsstaaten. So etwa der Bericht von Jolita Venčutė über Identitätsdiskurse in Litauen und Stephan Hofers Analyse der Situation der Roma in der Slowakei. Ideologiekritisches finden Sie in Heribert Schiedels Analyse der identitären „Wiedergeburt“ Europas als Gegenkonzept zu den USA, in der Analyse deutscher Interessen

an der EU-Osterweiterung von Matthias Falter sowie in Florian Ruttners Artikel über die revanchistischen Forderungen nach „Versöhnung“ durch die sudetendeutschen Verbände. Karl Pfeifer setzt sich mit Geschichte und Kontinuitäten des Antisemitismus in Ungarn auseinander und Alexander S. Emanuel bietet Einblick in Leben und Werk polnischer Avantgardkünstler der 30er Jahre.

Wir machen jedoch nicht an den EU-Außengrenzen halt. Ljiljana Radonić stellt die Geschichte des Antisemitismus und der Judenverfolgung im Ustascha-Kroatien dar. Außerdem werfen wir mit Jutta Sommerbauer einen Blick auf Leben und Politik im heutigen Bulgarien, während Therese Garstenauer die Implikationen der Ost-West-Dichotomie auf die Genderforschung in Russland thematisiert und Michael Schulte eine Erklärung anbietet, warum es in Kirgistan zwar sehr viele NGOs aber keine linke Bewegung gibt.

Außerhalb des Schwerpunktes behalten wir mit Nasi Missouris Artikel die kontinuierliche Berichterstattung über die Situation im Irak aus erster Hand bei und behandeln weiters antisemitische Pädagogik, wie sie von Nora Sternfeld und Renate Höllwart entworfen wurde, sowie die (post)kolonialistische Logik hinter der Migrationspolitik, die eingehend von Renée Winter analysiert wurde. Wir danken Tusia Herzberg, ihren Vortrag veröffentlichen zu dürfen, den sie im Rahmen des Symposiums *Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus* (veranstaltet von LICRA Österreich, **Context XXI** u.a.) im Jänner 2004 in Wien gehalten hat. Über Geschichte, politische Funktion und Tätigkeit des Österreichischen Versöhnungsfonds berichtet Iris Petrinja.

Die Illustrationen sind das Werk des polnischen Schriftstellers und Grafikers Bruno Schulz und wurden aus dem *Buch Bruno Schulz:*

1892-1942. *Das grafische Werk.* München: dtv 1992 entnommen. Zum Teil sind diese Bilder als Illustrationen seiner Werke entstanden, zum Teil als frei gestaltete Blätter. Mit visionärer Kraft und groteskem Humor hat Schulz in seinen graphischen Arbeiten die Geschichten und die Träume einer Gesellschaft dargestellt, die unter der Vorahnung eines Umbruchs lebt.

Wenn Sie neue LeserInnen sind, möchte ich Sie auf die Homepage (www.contextxxi.at) sowie auf die Radiosendungen von **Context XXI** (u.a. auf Radio Orange) aufmerksam machen.

Ich freue mich, Ihnen somit als neue koordinierende Redakteurin diese Ausgabe von **Context XXI** präsentieren zu dürfen und wünsche Ihnen eine politisch und intellektuell anregende Lektüre!

KATRIN AUER,
JUNI 2004

Context XXI

Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien
Telefon ++43-1-535 11 06, Telefax: ++43-1-532 74 16
E-mail: redaktion@contextxxi.at

Medieninhaber: Bureau N° 2 – Agentur für Kommunikation und Information **Herausgeberin:** LICRA-Österreich (Internationale Liga gegen Rassismus und Antisemitismus) **Redaktion:** Katrin Auer (koordinierende Redakteurin), Hannah Fröhlich, Manfred Gmeiner, Judith Götz, Alex Gruber (Layout), Heide Hammer (Radio), Günter Hefler, Markus Kemmerling, Mary Kreutzer, Eva Krivanec, Wolfgang Lam-

sa, Stella Puig-Waldmüller (Internet), Heribert Schiedel, Alexander Schürmann-Emanuel (geschäftsführender Redakteur), Thomas Schmidinger, Jutta Sommerbauer, Markus Zingerle (Radio) **AutorInnen dieser Ausgabe:** Matthias Falter, Therese Garstenauer, Tusia Herzberg, Stephan Hofer, Renate Höllwart, Nasi Missouri, Iris Petrinja, Karl Pfeifer, Ljiljana Radonić, Florian Ruttner, Michael Schulte, Nora Sternfeld, Jolita Venčutė, Renée Winter **Titelgraphik:** no*signal **Hersteller:** Resch druck & grafik, Rosinagasse 19, 1150 Wien, Telefon 89 32 358, Telefax 89 32 358-4 **Konto:** 0521-07281/00 bei Creditanstalt-Bankverein (BLZ: 11.000, IBAN: AT32 1100 0052 1072 8100, BIC: BKAUATWW) **Context XXI** ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

<http://www.contextxxi.at> • Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint im Oktober.

Auf den Spuren von Baj Ganjo

Die „Rückkehr nach Europa“ auf Bulgarisch

Was die literarische Figur des *Vetter Ganjo*, die alten und neuen politischen Eliten und die ArbeitsbrigadistenInnen an Europa denken lässt, ist die Sehnsucht nach einem besseren Leben. Ob sie jenes dort finden werden, kann bezweifelt werden.

VON JUTTA SOMMERBAUER

Das Ende der Welt liegt zum Beispiel in Svishtov. In der 30.000 EinwohnerInnen zählenden Kleinstadt an der Nordgrenze Bulgariens haben alle Busse ihre letzte Haltestelle. Bei einem Spaziergang durch das Zentrum kann man das erste *chitalishte* Bulgariens, ein multifunktionales „community center“ aus der Zeit der so genannten „nationalen Wiedergeburt“, bestaunen. Ein paar Schritte weiter befindet sich der am realsozialistischen Reißbrett geplante Platz, dessen monströse administrative Gebäude nach wie vor die nötige Ehrfurcht gebieten.

Das Auffälligste sind allerdings die zahlreichen Cafés. Eines schicker als das andere sind sie offensichtlich in einen provinziellen Wettkampf um die knalligsten und ausgefallensten Sofas verheddert, auf denen die mehrheitlich jungen Gäste drapiert sind. Laute Dancefloor-Musik läuft, man liest Zeitung, trifft sich mit FreundInnen oder sieht den Servicemädchen in ihren knappen Miniröcken nach. Es gibt viel Zeit, die es totzuschlagen gilt.

Hinter der im Zentrum des Städtchens gelegenen Wirtschaftsuniversität erhebt sich ein Hügel, auf den sich höchstens ein paar TouristInnen verirren. Hat man ihn erklimmt, ist das Rätsel von Svishtov gelöst. Direkt am Fuß des Hügels fließt die Donau, schlammiggrün, dahinter liegt Rumänien. Ein paar Minuten von hier entfernt befindet sich der Industriehafen. Ein bißchen weiter außerhalb, ebenfalls am Flußufer, wurde

in den 60ern die Fabrik *Svilosa* gebaut. Sie ist mit über 2000 Angestellten der größte Arbeitgeber der Gemeinde – eines der wenigen Unternehmen, das sich aus dem Staatssozialismus in die neue Zeit herübergerettet hat und Kunstseide und Zellulose vor allem für den europäischen Markt produziert.

Während die bulgarische Uferseite mit Industrie bedrückt, glänzt Rumänien mit urwüchsiger Pampa. Keine Stadt, kein Dorf, kein Mensch in Sichtweite. Auch Svishtov hat keine Uferpromenade, geschweige denn eine Transportverbindung nach Rumänien. Die einzige Donaubrücke, die Bulgarien mit dem ehemaligen sozialistischen Bruderland verbindet, liegt im 50 Kilometer entfernten Russe. Vom viel zitierten „Europa der Regionen“ keine Spur.

Baj Ganjo in Brüssel

Ebenfalls aus Svishtov stammt der Schriftsteller Aleko Konstantinov, der im Jahr 1863 geboren wurde. Konstantinov ist mit seiner Figur des Baj Ganjo in den Kanon der bulgarischen Literatur eingegangen. *Die Abenteuer des Vetter Ganjo* – so die deutsche Übersetzung – werden auch heute noch in allen Schulen gelesen. Nicht einfach schnöde Literatur, wird das Buch gemeinhin als Analyse des bulgarischen Nationalcharakters verstanden.

Ganjo Balkanski, ein tölpeliger und doch gewitzter Zeitgenosse Konstantinovs, national denkend und polyglott fluchend, fährt mit dem Zug nach Europa. Bepackt

mit Rosenöl aus dem heimischen Anbau erlebt der baurnschlaue Händler, dem die mitteleuropäische bürgerliche Kultur suspekt ist, allerlei komische Verwicklungen.

Zu Beginn der Episodengeschichte wird Ganjo symbolisch in Europa aufgenommen: „Sie halfen Baj Ganjo, seinen türkischen Umhang abzulegen, er schlüpfte in ein belgisches Cape, und jedermann entschied, dass Baj Ganjo bereits ein vollständiger Europäer war.“¹ Für Konstantinov, ein bürgerlicher Verteidiger der westlichen Werte, ist Ganjos übereiltes Ankommen in Europa freilich heuchlerisch und die „oberflächliche Nachahmung zivilisierten Verhaltens“² unmoralisch.

Im Laufe der Erzählung macht Ganjo eine Wandlung durch, die nichts mit Unmoral, sondern viel mehr mit seinem neuen Interesse am Kapitalismus zu tun hat. Nach seiner Rückkehr aus dem Westen ist aus ihm ein Racket geworden: „Während Baj Ganjo im ersten Teil des Buches (...) lediglich ein komischer, primitiver Clown ist, wird er erst bei seiner Rückkehr, unter seinesgleichen, wo er der Neureiche und neuerdings gehätschelte, korrupte Politiker ist, der authentische und gefährliche Barbar.“³

Bulgarien und Europa

Bulgarien in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts: Nach dem Ende der 500-jährigen osmanischen Periode – nicht nur im Volksmund das „türkische Joch“ genannt – sollte die Schaffung liberaldemo-

kratischer Strukturen den Weg für die „Rückkehr nach Europa“ ebnen. Politische Parteien, Vereine, nationale Bildungseinrichtungen wie die *chitalishta* und nicht zuletzt der Aufbau der staatlichen Bürokratie orientierten sich an westeuropäischen Mustern.

Das Nations-Projekt der häufig im Westen ausgebildeten, modernisierungswilligen Eliten stieß allerdings nicht auf ungeteilte Zustimmung, wie der Historiker Holm Sundhaussen beschreibt: „Die Formierung des Nationalstaats sowie die Implementierung dessen, was dem Staat Stärke und Prestige zu geben versprach, erfolgte von oben mit Hilfe des neu eingerichteten Staatsapparats und gegen die leidenschaftliche Abneigung der Bevölkerungsmehrheit, die den Staat haßte, mit dem Konstrukt Nation nichts anfangen konnte, das kapitalistische System als Angriff auf die gewohnte Solidarität (...) sowie das römische Rechtssystem als Perversion ihrer eigenen Vorstellungen von Gerechtigkeit erlebte und erlitt.“⁴

Der Großteil der Bevölkerung blieb zudem von dieser meist auf urbane Räume beschränkten „Europäisierung“ ausgeschlossen. Noch Anfang der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts arbeiteten 80% der BulgarInnen in der Landwirtschaft. Die AnalphabetInnenrate lag bei 31%. In Städten lebte nur etwa 3,8% der Gesamtbevölkerung.⁵

Kontakte mit dem Ausland, Kenntnisse über europäische Kultur und Umgangsformen blieben ein „Oberflächenphänomen“ – verfügbar nur für privilegierte Teile der urbanen Bevölkerung. Die neuen Eliten waren, so beschreibt Sundhaussen, „stets ängstlich bemüht, ‚europäisch‘ korrekt und zeit-

gemäß aufzutreten (mit Anzug, Zylinder und Monokel), über Literatur und Liberalismus zu reden, Konzerte und Opern zu besuchen, die Rückständigkeit ihrer Umwelt zu beklagen und ‚Europa‘ zu preisen. (...) Methoden und Denkweisen der Aufsteiger atmeten den Geist einer anderen Welt. Klientelismus, Nepotismus, Korruption war ihnen allemal wichtiger als die ‚bürgerlichen Tugenden‘, über die sie gern redeten.“⁶

Auch in politischer Hinsicht hatte die Europäisierung eher kosmetische Züge. Die Gründung eines Parlaments und die Adaption einer im europäischen Vergleich fortschrittlichen Verfassung war zwar auf dem Papier gültig. Dennoch war das politische System Bulgariens in den Jahrzehnten nach der Unabhängigkeit von Paternalismus, innenpolitischen Flügelskämpfen, ökonomischen Problemen und autoritären Putschversuchen geprägt.

An der Spitze des Staates hatte man auf internationalen Wunsch deutsche Monarchen eingesetzt: Von 1879-1886 regierte Fürst Alexander Prinz von Battenberg das Land, ab 1887 folgte dann Ferdinand von Sachsen-Coburg-Kohary. Er dankte 1918 zu Gunsten seines Sohnes Boris III. ab. Boris' Sohn, Simeon Saksoburggotski, ist heute Ministerpräsident. Er hatte Bulgarien als Kind verlassen und lebte – bis zu seiner Rückkehr im Jahr 2001 – im spanischen Exil.

Bulgarien, schon im 1. Weltkrieg auf Seiten des Deutschen Reiches, band sich ökonomisch und politisch immer mehr an seinen Bündnispartner: In den 1920ern war Deutschland der Abnehmer eines Viertels der bulgarischen Exporte. In den 30er

Jahren – insbesondere seit Zar Boris' Staatsputsch von 1935 – folgte eine fast vollständige Ankopplung an den komplementären deutschen Markt: Im Jahr 1939 exportierte Bulgarien bereits 71,1% seiner Güter – vor allem landwirtschaftliche Produkte – ins nationalsozialistische Deutschland und bezog demgegenüber 69,5% seiner Importe von dort.⁷

Nachdem sich Bulgarien während des Staatssozialismus politisch und ökonomisch als moskautreuer erwiesen hatte, scheinen die ökonomischen Weichen in den 90ern wieder in Richtung der Vorkriegsbekanntschäften gestellt. 2003 war Deutschland mit 2,3 Milliarden US-Dollar der wichtigste Außenhandelspartner von Bulgarien, gefolgt von Italien und Griechenland. Russland lag abgeschlagen am vierten Platz.

Mehr als die Hälfte des Außenhandels wird heute mit den EU-Staaten abgewickelt, wobei vor allem Produkte mit einem niedrigen Verarbeitungsgrad wie Stahl, Metalle und landwirtschaftliche Erzeugnisse exportiert wer-

den. Wie AnalystInnen betonen, steigt die Zahl der ausländischen Investitionen stetig an. Das Außenhandelsdefizit ebenso: Im Jahr 2003 betrug es 4,3 Millionen Leva, umgerechnet über 2 Millionen Euro.

Der Mitte Februar diesen Jahres präsentierte Finanzplan der Europäischen Kommission stellte erstmals Geldmittel in der Höhe von über vier Billionen Euro für Bulgarien in Aussicht. Diese sollen von 2007 bis ins Jahr 2009 die heimische Landwirtschaft und Regionalentwicklung beleben. Bis dahin wird allerdings ein Gutteil der Agrarflächen weiterhin brach liegen.

Und von den Medien werden Nachrichten wie diejenige, dass Bulgarien – als Trostpreis der Osterweiterung – ab jetzt einige Nahrungsmittel zollfrei in den EU-Raum einführen darf, vermutlich auch in Zukunft als Erfolgsmeldungen verkauft.

Rückkehr auf Raten

Die lang erwartete Eingemeindung von acht osteuropäischen Ländern erlebten

1 Konstantinov spielt in dieser Textpassage auch auf die Erlangung der bulgarischen Unabhängigkeit vom osmanischen Reich durch den russisch-türkischen Krieg von 1877/78 und die darauf folgende Adaption einer Verfassung nach belgischem Vorbild an.

2 Maria Todorova: *Die Erfindung des Balkans. Europas bequemes Vorurteil*, Darmstadt 1999, S. 65.

3 So der Baj-Ganjo-Interpret Svetlozar Igov, zitiert nach: Todorova, a.a.O., S. 65.

4 Holm Sundhaussen: *Chancen und Grenzen zivilgesellschaftlichen Wandels: Die Balkanländer 1830-1940 als historisches Labor*, S. 156f, in: Manfred Hildermeier/ Jürgen Kocka/Christoph Conrad (Hg.): *Europäische Zivilgesellschaft in Ost und West. Begriff, Geschichte, Chancen*, Frankfurt/Main 2000, S. 149-177.

5 Vgl. ebd., S. 168-170.

6 Ebd., S. 168.

7 Vgl. Emil Giatzidis: *An Introduction to post-Communist Bulgaria. Political, Economic and Social Transformation*, Manchester 2002, S. 17.



Stadtviertel von Veliko Tarnovo mit der Universität im Hintergrund. Foto: Jutta Sommerbauer

die BulgarInnen im Frühling nur als Zaungäste: Als am 1. Mai 2004 die EU um zehn Staaten erweitert wurde, konnten dies die BürgerInnen nur vor den TV-Geräten mitverfolgen und die Aufnahme einiger ehemaliger Bruderländer neidisch betrachten.

Zwar ist man Anfang April gemeinsam mit Rumänien, Slowenien, Estland, Lettland, Litauen und der Slowakei dem Verteidigungsbündnis NATO beigetreten. Dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich ein Großteil der Bevölkerung noch immer „gemeinsam mit Rumänien weit weg von der Europäischen Union“ fühlt, wie das Wochenmagazin *Kapital* letzten Winter titelte, als darüber spekuliert wurde, Bulgarien und Rumänien einen gemeinsamen Beitrittsvertrag aufzudrängen. Dieser Vorschlag erregte in Bulgarien die Gemüter, da man beim Abschluss der Verhandlungskapitel schon um einiges weiter fortgeschritten ist als der nördliche Nachbar.⁸

Im Ende 2003 veröffentlichten EU-Report über die Beitrittsfortschritte wurde Bulgarien eine überwiegend positive Note ausgestellt. Freilich nicht ohne auf verschiedenste Problembereiche zu verweisen: Die Korruption sei nach wie vor ein Hauptproblem, ebenso wie das nur ungenügend funktionierende Gerichtswesen. Auch wurden weitere Reformen des Verwaltungsapparates angeregt. Zudem wies der Report auf die besorgniserregende Situation von Waisenkindern, psychisch Kranken und die Minderheit der Roma hin.

Die neuen alten Eliten

Seit dem Jahr 2001 regiert die *Nationale Bewegung Simeon II.* in Koalition mit der *Bewegung für Rechte und Freiheiten*. Außenminister Solomon Passi, die Ministerin für europäische Angelegenheiten und EU-Chef-Verhandlerin Meglena Kuneva oder auch Finanzminister Milen Velchev vermitteln das Bild von

jungen, dynamischen, westlich ausgebildeten und gestylten PolitikerInnen.

In den Abendnachrichten flimmern ihre Gesichter auf den Bildschirmen auf und ab: Fast jeden Abend werden Berichte von ihren Reisen gesendet. Die Destinationen heißen Brüssel oder Washington, man jettet von einem Verhandlungstisch zum nächsten – immer den Kampf um die Anerkennung eines zu Unrecht gescholtenen Landes führend. Sundhaussens Bild der euphorisierten Vorkriegseliten taucht unweigerlich im Kopf auf, wenn wieder einmal von „unseren europäischen Partnern“ die Rede ist, oder vom eisernen Willen, mit dem die Hausaufgaben erfüllt werden sollen.

Ob die Westorientierung der Regierung, die sich auch in einer starken Anbindung an die USA bemerkbar macht⁹, von den Wahlberechtigten bei den für Frühling nächsten Jahres angesetzten Parlamentswahlen honoriert wird, ist zu bezweifeln. Es ist zu erwarten, dass die EU-Verhandlungen von Regierungsmitgliedern abgeschlossen werden, deren Partei nach den Wahlen in die Bedeutungslosigkeit absinkt.

Und obwohl derzeit gerade eine Verschnaufpause von diversen Skandalchen und Pleiten der Regierung Sakschoburgotski eingetreten ist, dürfte auch den Ex-Adeligen ein Blick auf das politische Geschehen der Neunziger Jahre ein bisschen unruhig werden lassen. Bis jetzt wurde noch jede Regierung abgewählt. Besonders vom Neopolitiker Sakschoburgotski selbst ist bereits jeder Glanz dahin. Er meldet sich in politischen Debatten kaum noch zu Wort. Und mehr als an den von manchen Bulgar-

Innen als Diplomatie gelobten Opportunismus seines staatsmännischen Vaters anzuschließen, scheint er derzeit die Rückerstattung seiner Immobilien zu verfolgen.

Euro all over

Auf die Frage, ob Bulgarien in Europa liege, erweist sich noch immer Aleko Konstantinovs Antwort als gültig: „Wir sind Europäer, aber nicht ganz.“ Geographisch gesehen liege Bulgarien in Europa, aber mentalitätsmäßig sei das nicht so klar, heißt es häufig.

Die Insignien von Euro-land sind zumindest selbst in der Provinz allgegenwärtig. In der 70.000 EinwohnerInnen zählenden Kleinstadt Veliko Tarnovo im Nordwesten Bulgariens trägt das größte Taxi-Unternehmen den schwungvollen Firmennamen *Euro-Taxi*, da flattert die EU-Flagge munter vor Gemeindeamt und Universität. Eben hat der moderne *Technomarket Europa* auch hier eine Filiale eröffnet und in der Bibliothek des Europäischen Informationszentrums liegen alle wichtigen Brüsseler Dokumente griffbereit. Die OMV-Tankstelle wirbt mit dem simplen wie überzeugenden Spruch: „100% Import aus Österreich!“

Wie überall im Land bieten mehrere private Sprachschulen Kurse in westeuropäischen Sprachen an, an der Universität können StudentInnen Studiengänge wie „Europäistik“ und „Europäische Integration“ inskribieren. Ob die bulgarischen Europa-SpezialistInnen von morgen in Zukunft eine Arbeit finden werden, ist aber alles andere als sicher: Ein Fünftel aller AkademikerInnen sind SozialhilfebezieherInnen.

Die – mit aller Vorsicht zu genießende – offizielle Ar-

⁸ Bis zum 4. Juni hatte Bulgarien 29 von 30 Verhandlungskapitel abgeschlossen. Das letzte Kapitel sollte bis Ende Juni ausverhandelt werden.

⁹ Bulgarien hat derzeit Truppenkontingente im Irak und war eines jener abtrünnigen Länder „Neueuropas“, die von Jacques Chirac aufgrund ihrer proamerikanischen Haltung gerügt wurden. Der bulgarische Einsatz im Irak ist nicht so sehr ein innenpolitischer Streitpunkt, als unter der Bevölkerung unpopulär.

beitslosenrate im Land beträgt derzeit 14%. Ein Dreipersonenhaushalt verfügt, so geht aus einer im Mai veröffentlichten Umfrage des Nationalen Statistikinstituts hervor, monatlich über durchschnittlich 385,22 Leva, etwa 190 Euro. 37,9% dieses Budgets werden für Essen ausgegeben, gefolgt von Abgaben für Miete, Strom und Wasser.

Da die mitteleuropäischen Verhältnisse noch immer nicht nach Bulgarien gekommen sind, erreicht man jene auch heute nur, indem man das Land verläßt. Seit dem Fall der Visa-Regelung 2001 kann man praktisch überall *bileti za tshushbina* – Fahrkarten für das Ausland – erstehen. Im ganzen Land bieten unzählige Firmen alle nur erdenklichen Destinationen an. Zum Beispiel: Veliko Tarnovo – Lissabon, Abfahrt dreimal wöchentlich, Fahrzeit drei Tage. Das Einfahticket kostet günstige 120 Euro.

Arbeitsbrigaden

In den seltensten Fällen reist man allerdings zum Vergnügen nach Europa. Die Unmöglichkeit, im Land ein halbwegs normales Auskommen zu finden, zwingt viele Menschen dazu, im Ausland Jobs anzunehmen. Dabei sind bulgarische StaatsbürgerInnen vielfach an die Stelle der ehemaligen Billigarbeitskräfte aus den östlichen Nachbarländern Österreichs getreten. Obst pflücken in England oder Spanien, Tabakanbau in Griechenland, Putzen in Deutschland oder Kochen in Belgien: Für jeden Geschmack ist etwas dabei.

Unzählige Arbeitsvermittlungsagenturen – organisiert von Staat, Gewerkschaften und privaten AnbieterInnen – vermitteln ganzjährig zeitlich begrenzte Arbeit in Europa.

Im Sommer fahren auch viele StudentInnen zu so genannten „Arbeitsbrigaden“ ins westliche Ausland und nach Übersee. Die Germanistikstudentin Jana wird wie zwei ihrer Jahrgangskolleginnen auch diesen Sommer wieder in Deutschland arbeiten. Schon zum zweiten Mal fährt sie in den Schwarzwald, um dort in einem Café als Servierkraft für einen Stundenlohn von 6,38 Euro zu arbeiten. Zumindest Trinkgeld werde sie wohl zusätzlich erhalten? „Normalerweise ja. Aber in diesem Kaffeehaus habe ich kein Trinkgeld bekommen. Mein Chef hat es genommen“, antwortet Jana achselzuckend.

Dennoch nimmt sie diese Arbeitsbedingungen in Kauf. Immerhin, so erzählt Jana, konnte sie letzten Sommer 2000 Euro sparen – eine große Summe: „Davon kann ich in Bulgarien ein Jahr lang leben.“ Ob sie etwas sparen werde, ist sich ihre Mitstudentin Virginia nicht sicher. Sie hat einen Job bei *McDonalds* in München zugeteilt bekommen. Allein für ihr Zimmer muss sie 240 Euro berappen, ihr Stundenlohn liegt bei 6,70 Euro.

Probleme mit der Nachfrage an solchen Jobs scheint die deutsche *Zentralstelle für Arbeitsvermittlung* nicht zu haben: Für die acht Plätze, die an der Universität Tarnovo ausgeschrieben waren, hatten sich mehr als 80 Leute beworben. Ob die Deutschkenntnisse der KandidatInnen ausreichend sind, wird in einer Prüfung ermittelt.

Lästige Aufnahmeinterviews hat sich Rossica dieses Jahr erspart. Mit der Konfitürenfirma, bei der sie letztes Jahr schon am Fließband stand, konnte sie diesmal einen direkten Vertrag abschließen. Sie wird zwei Monate lang verdorbene Früchte aussor-

tieren. „Man nennt das ‚pickipicki‘ – von ‚picken‘“, erklärt sie, und fügt leise hinzu, „Es ist nicht ganz angenehm.“

Die drei Studentinnen werden im Herbst wieder nach Bulgarien zurückkehren, um das letzte Jahr ihres Studiums zu absolvieren. Viele andere, vor allem junge, gut ausgebildete Menschen, haben seit 1989 das Land jedoch ein für alle Mal verlassen. Man schätzt, dass sich ihre Zahl auf etwa 600.000 beläuft.

Ankommen – Rückkehren

Auch Dimitre Dinev ist einer von ihnen. Der in Wien lebende Schriftsteller, der vor einigen Monaten seinen Roman *Engelsungen* veröffentlicht hat, kam selbst 1990 nach Wien. In Bulgarien ist Dinev so gut wie unbekannt. Einzige Kultur- und Literaturzeitschrift *LIK* interviewte ihn in ihrer März-Ausgabe, Monate nachdem sein Werk in österreichischen und deutschen Feuilletons überschwänglich gelobt worden war.

In seinem Roman lässt der Autor das bulgarische 20. Jahrhundert anhand zweier Familiengeschichten Revue passieren. Iskren und Svetljo, die jüngste Sprösse der beiden Familien, treffen sich schließlich im Winter 2001 am Wiener Zentralfriedhof. Sie sind blank und wollen deshalb mit Miro sprechen, dem „Schutzpatron“ der Immigranten, der ebendort in „bester, ehrenwertester Gesellschaft“ begraben liegt.

Schon das Ankommen im Westen wird Svetljo alles andere als leicht gemacht: Er gelangt robbend über die tschechisch-österreichische Grenze und muss ständig um seine Existenzberechtigung fürchten. Ohne Arbeit kein Aufenthalt. „So war die Arbeit zu Sinn und aus der Su-

che nach ihr eine Seinsweise geworden.“

Iskren hat ihm gegenüber einen Startvorteil: „Iskren hatte schon an anderen Orten Europas die Erfahrung gemacht, daß dort, wo man bestimmte Tiere wie Menschen behandelte, man auch bestimmte Menschen wie Tiere behandelte. Und diese Menschen waren Einwanderer. Deswegen hatte sich Iskren auch für einen italienischen Paß und für ein Leben als Geschäftsmann entschlossen. Ein Geschäftsmann war kein Einwanderer und blieb, egal in welches Land er einwanderte, ein Geschäftsmann.“ Dennoch hat auch er kein einziges jener amüsanten Erlebnisse zu berichten, mit denen noch Baj Ganjo aufwarten konnte.

In einem anderen Punkt scheint Ganjos Reiseerzählung allerdings noch Aktualität zu besitzen: Ganjo gilt den EuropäerInnen als kulturlos und unzivilisiert. Dabei versucht er doch nur, sich möglichst clever in den modernen Verhältnissen einzurichten.

Auf die Frage, warum er sich in Wien keine Sehenswürdigkeiten angesehen habe, antwortet der Kleinhändler: „Was soll ich mir in Wien ansehen, eine Stadt wie jede andere, Menschen, Häuser, Prunk. Und wohin du gehst, überall *Gut Morgin*, überall wollen sie nur Geld. Warum sollten wir unser Geld den Deutschen geben, wenn es zu Hause genügend Leute gibt, die es nehmen würden.“

Um nicht missverstanden zu werden: Ganjos Clquenherrschaft ist mitnichten sympathischer als der westeuropäische Kapitalismus. Aber Ganjo wäre kein guter Businessman, würde er nicht versuchen, seine Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Im Westen nichts Neues? – Der Osten ruft!

„Osteuropa“ als Erfindung und Trade Mark

VON JUTTA SOMMERBAUER

Osteuropa, so stellt Larry Wolff in der *Wieser Enzyklopädie des europäischen Ostens* lapidar fest, sei eine „Erfindung“ der WesteuropäerInnen. Der Historiker schreibt: „Paradoxerweise bedient man sich bei der Erfindung Osteuropas der materiellen Wirklichkeit – Länder und Flüsse, Dörfer und Städte, Menschen aus Fleisch und Blut – und formt diese zu einem zusammengehörigen, sinnhaften Ganzen, das in seiner Ganzheit jedoch fiktiv und illusionär ist: kurz, zu einer Idee.“ (S. 21)

Zumindest für ein ambitioniertes, mehrjähriges Projekt der Erstellung eines Nachschlagewerks, das sich gänzlich Osteuropa widmet, dürfte die Faktizität der Idee doch ausgereicht haben. Der *Wieser-Verlag* ist gemeinsam mit dem *Institut für Geschichte der Universität Klagenfurt* Herausgeber der Enzyklopädie, die in 20 Bänden und drei Abteilungen erscheinen soll: Bände mit lexikalischen Stichworteinträgen, sowie Quellen- und Themenabteilung.¹

Der erste Band der siebenteiligen Themenreihe ist *Europa und die Grenzen im Kopf* gewidmet. Osteuropa wird unter seiner Funktion als

„geistige Landkarte“, als kulturelles Konzept analysiert: Europakonzeptionen und Balkanismen, die Positionierung Russlands zwischen Europa und Asien, (post)sowjetische Heimatbegriffe sowie Grenzkonstruktionen in Kunst und Ästhetik sind einige der in dem 500-Seiten-Wälzer behandelten Aspekte.

Um noch einmal zu Larry Wolff zurückzukehren: Was für den Konstruktivisten nicht mehr als eine Fiktion ist, daran hegt der/die DurchschnittswesteuropäerIn keinen Zweifel. Ob nun die Vorstellung von Osteuropa seit dem 18. Jahrhundert von Voltaire und anderen niedergeschrieben wurde oder ob WesteuropäerInnen seit jeher von der „Halbwildheit“ der Menschen des Ostens fasziniert waren – eines steht fest: Die „Erfindung Osteuropa“ erfreut sich heute steigender Beliebtheit.

Vielfältiger Ostblock

Nachdem die Beitrittsländer in den letzten 15 Jahren im stillen Eckchen die Spielregeln der Westintegration eingehalten haben, kann sich der Westen der „Ränder Europas“ endlich annehmen: Die östlichen Nachbarländer Österreichs haben sich auf wunderbare Weise zu respektablen EU-Partnern gewandelt. Sopron, Bratislava, Znojmo: Wo

man einst nur schmackhafte Salamis und Markenjeans zu dezenten Preisen erstand und sich ein perfektes neues Gebiss anpassen ließ, gibt es plötzlich auch Kultur und Kunst, Literatur und Geistesleben zu erleben. Es gilt die letzten „Grenzen im Kopf“ endgültig zu beseitigen. Und den verfeinerten Osten zu genießen.

Schließlich gilt es einiges zu entdecken, was während des Kommunismus unter den „Mantel des Schweigens“ geraten war. Der Blick auf den „Ostblock“ hat sich differenziert, man ist nun bereit, nationale Unterschiede anzuerkennen. Und jedes einzelne dieser Länder scheint vor unbekannten Kulturen, verschwiegene Minderheiten, vergessenen Bräuchen und unentdeckten Landstrichen nur so zu strotzen.

„Go East“

Osteuropa, so Wolff, beruhe „auf dem Entwurf einer modernen Skala von Entwicklung und Unterentwicklung; dass Osteuropa weder gänzlich zivilisiert noch völlig barbarisch war, war schlicht Ausdruck seiner ‚Rückständigkeit‘. Insofern, als Osteuropa ‚europäisch‘ war, wurde es als sich in Richtung Zivilisation bewegend angesehen, obwohl die Erreichung dieses Ziels immer auf einen unbestimmten Zeitpunkt in der Zukunft verschoben wurde.“ (S. 25)

Für acht osteuropäische Staaten scheint dieser Zeit-

punkt nun gekommen zu sein. Wenn sich diese Länder heute als attraktive Mitglieder der europäischen Familie neu erfinden, dann geschieht dies wie eh und je im Zeichen der erfolgreich abgeschlossenen Zivilisierung. Denn auf Dauer lassen sich mit der trockenen Rede von Investitionen, Standortvorteil und Binnenmarkt weder Magazinseiten noch Vortragssäle füllen. Besser also, man streut klangvolle Begriffe wie die „Teilnahme an einem gigantischen Friedensprojekt“, das „gemeinsame kulturelle Erbe“ und die „europäische Wertegemeinschaft“ in die Diskussion.

Längst bleibt es nicht bei salbungsvollen Reden: Der Boom von „Ostsprachen“ und Osteuropa-Studien, das Abfeiern osteuropäischer Literaturen auf Kultur-Großereignissen wie der Frankfurter Buchmesse, Kakanien-Nostalgie, Russendisko & Balkannacht zeigen, dass „Osteuropa“ heute noch mehr ist: eine Marke, mit der man Aufmerksamkeit erzielt.

Somit scheint die Erfindung aus dem 18. Jahrhundert endgültig in der postsozialistischen Wirklichkeit angekommen zu sein.

KARL KASER, DAGMAR GRAMSHAMMER-HOHL, ROBERT PICHLER (HG.): EUROPA UND DIE GRENZEN IM KOPF, WIESER ENZYKLOPÄDIE DES EUROPÄISCHEN OSTENS, BAND 11, KLAGENFURT/CELOVEC 2003, 500 SEITEN, EURO 145,-

¹ Außer dem hier besprochenen Band ist bis dato Band 10 der Enzyklopädie, das *Lexikon der Sprachen des europäischen Ostens*, erschienen. Weitere Informationen über das Gesamtprojekt sind unter der Website www.wieser-verlag.com zu finden.

Wer bin ich?

Der EU-Beitritt weckt in Litauen die Diskussionen über die eigene Identität

Auf den Straßen tanzte in der Zeit schon die junge Generation: Die 20-Jährigen und Jüngere, die, Russisch angesprochen, nur mehr große Augen machen und mit einem „Sorry, I don't speak Russian“, antworten. Die Älteren, die die letzten Jahre des unabhängigen Litauens bewusst erlebt hatten, können nur bedingt reflektieren und einschätzen, welche Veränderungen diese Zeit gebracht hat. Die Bücher über die Übergangszeit hin zur westeuropäischen politischen und Wirtschaftsunion, aber auch Wertegemeinschaft werden noch geschrieben. In die Zeitungsspalten passt nur die erbarmungslos verknüpft dargestellte Geschichte, die aber in diesen Tagen gerne wiederholt wird. Seit 1990 hat es Litauen geschafft, aus dem grauen postsowjetischen Raum mit der Kommandowirtschaft ein Land des freien Marktes zu werden. Noch wichtiger: Litauen wurde ein Rechtsstaat mit dem soeben den strengen EU-Kriterien angepassten System der Gesetze und wirtschaftlichen Freiheiten. Litauen scheint sein Ziel erreicht zu haben. Was kommt jetzt? Die EU-Osterweiterung scheint in Litauen einen Paradigmenwechsel ausgelöst zu haben.

Was kommt als nächstes?

„Litauen kann nicht frei sein – und konnte es nie: Auch jetzt laufen wir sogar freiwillig in die Arme des nächsten Großen Bruders, als ob wir in 50 Jahren nichts gelernt hätten“, verkündete am Tag

der EU-Osterweiterung die Tageszeitung *Respublika*, die ansonsten antisemitischen Tiraden und Verschwörungstheorien nicht abgeneigt scheint. So argumentieren noch immer die EU-SkeptikerInnen im Lande.

In der Tat gab es in der Geschichte Litauens nur kurze Perioden, in denen das Land unabhängig war: 1918 bis 1940 versuchte Litauen allein dem Druck der aufsteigenden deutschen Großmacht zu widerstehen und verlor schließlich gegen die andere Großmacht UdSSR, die dann 50 Jahre die Weltgeschichte geprägt hatte. Wenn man aber die LitauerInnen über die Geschichte des Landes befragt, beginnen sie meistens von der glorreichsten Zeit zu erzählen, die aber schon so lange zurück liegt, dass keine/r aus der eigenen Erinnerung berichten kann. Aber es ist wie mit einem Phantomschmerz: Auch wenn das Bein weg ist, kann es noch immer weh tun. Die litauischen Großfürsten, die im 14. Jahrhundert im Schatten der politischen Blüte ihrer Nachbarn auch Litauen erstärkten und durch Verträge, Heiraten und Feldzüge erfolgreich das litauische Großreich von Baltikum bis zum Schwarzen Meer geschaffen hatten, führten wohl eine damals übliche Dynastienpolitik. Die Porträts von Gediminas, Kęstutis, Algirdas und anderen Großfürsten schmückten in der sowjetischen Ära die Wohnungen mancher DissidentInnen. Jetzt aber, als die Sicht auf die ei-

gene Geschichte etwas klarer, aber auch nüchterner wurde, wird auch ihre Politik in Bezug auf die „typisch litauischen“ Werte hinterfragt: Diente sie der Erhaltung der Kultur? Der litauischen Sprache? Des Katholischen? Wohl kaum. Die Kultur musste der Vorbereitung der Feldzüge weichen. Die litauische Sprache hatte damals nicht den Status der Staatssprache und besaß auch keine schriftlichen Quellen. Großfürst Gediminas lehnte die Taufe ab und duldete in seinem Reich sowohl die christliche als auch die orthodoxe Religion. Und doch hatte das Großreich den Anspruch, ein multinationaler und multireligiöser Musterstaat zu sein. Ethnischer und religiöser Frieden mit relativem Wohlstand gepaart. Pax Lithuanica war wohl wie die Pax Romana ein schützendes Dach für seine Bevölkerung. Gediminas holte deutsche Kaufleute, Handwerker, Bauern und auch Geistliche ins Land, an seinem Hof wirkten Dominikaner und Franziskaner. Die Großfürsten brauchten Juden und Karäer (eine aus dem Judentum hervorgegangene Gruppe, die die Überlieferung der mündlichen Thora pflegt, eine der kleinsten ethnischen Gruppen im erweiterten Europa) zur Verteidigung des Hofes. Es siedelten sich RussInnen, WeißrussInnen, UkrainerInnen, PolInnen, und TatarInnen an.

Es folgten fast vier Jahrhunderte des litauisch-polnischen Doppelreichs, das En-

„Heute endet einer der teuersten Zeiträume in unserer Geschichte – leidvolle, mühevolle, sogar blutige Zeit der Unabhängigkeitskämpfe; eine neue Zeit beginnt – eine qualitativ andere, aber genauso wichtige Zeit“, titelte die auflagenstärkste Tageszeitung Litauens *Lietuvos rytas* in ihrer Ausgabe vom 1. Mai 2004 euphorisch.

VON JOLITA VENČKUTĖ

*) Jolita Venčkutė ist Korrespondentin der litauischen Tageszeitung *Lietuvos rytas* in Deutschland.

de des 18. Jahrhunderts zu bröckeln begann.

1772 musste Polen umfangreiche Gebiete an Österreich, Preußen und Russland abtreten. 1791 verabschiedete der polnische Reichstag eine neue Staatsverfassung, die jegliche Eigenstaatlichkeit Litauens ignorierte. Der litauische Adel bat Russland um Hilfe, woraufhin Russland und Preußen eine zweite Teilung Polens beschlossen. Nach dem Aufstand unter Tadeusz Kosciuszko löschten 1795 die drei Nachbarstaaten Russland, Preußen und Österreich das polnische Doppelreich schließlich ganz von der Landkarte. Fast ganz Litauen fiel an Russland, ein kleiner Landstrich an Preußen. Der aufkommenden Nationalismus entdeckte Ende des 19. Jahrhunderts die litauische Sprache der Bauern und ihre Volkskunst, gründete Schulen und förderte die litauische literarische Sprache. Bald hörte man die Forderung nach Freiheit und Gleichheit der LitauerInnen.

Nach den Wirren des 1. Weltkrieges und knapp vor den Wirren der Oktoberrevolution schien Russland mehr Sorgen zu haben als das Baltikum (und den Zugang zur Ostsee!) zu schützen und löste die gesamte Verwaltung auf. Als die deutsche Reichs-

regierung im November 1916 die Wiederherstellung Polens verfügte, verstärkten sich die litauischen Autonomiebewegungen.

Am 16. Februar 1918 proklamierte der zuvor gewählte Landesrat „die Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates mit der Hauptstadt Wilna.“ Dieser Tag wird auch im heutigen Litauen als Tag der Unabhängigkeit gefeiert.

Immer zwischen Ost und West

Die abwechslungsreiche litauisch-polnische Geschichte, die in den 20-er Jahren sogar zu einem Krieg geführt hatte, hinterließ Spuren: Auch jetzt wehrt sich manche/r LitauerIn, wenn manche polnische PolitikerInnen ihre „Anwaltschaft auf dem Weg in die EU“ anbieten. Vom anderen Nachbarn – Russland – scheint Litauen noch immer zu flüchten. Das Streben der Mitgliedschaft in NATO und auch EU ist vom Wunsch geprägt, sich vor möglichen Forderungen des ehemaligen „Großen Bruders“ zu schützen. Manche ältere LitauerInnen erinnern sich noch an das Jahr 1939.

Damals zwang die UdSSR Litauen zu einem Beistandspakt, durch den Litauen zwar

das Wilnagebiet samt der Hauptstadt Wilna (Vilnius) von Polen zurückerhielt, dafür den Sowjets aber die gewünschten Stützpunkte überlassen musste. Angebliche Zwischenfälle zwischen der litauischen Bevölkerung und der Roten Armee lieferten der Sowjetunion im Juni 1940 den Anlass, eine Umbildung der litauischen Regierung zu verlangen. 99,2 % der LitauerInnen wählten Mitte Juli 1940 unter dem Druck der sowjetischen Besatzung die *Liste des werktätigen Volkes* – daraufhin beschloss der neue Landtag die Aufnahme in die Sowjetunion. „Wilna ist unser, wir gehören aber den Russen,“ – hieß es ironisch in einem damals verfassten Volkslied. Zum Singen blieb aber keine Zeit. Im Juni 1941 überschritt die deutsche Wehrmacht die Grenze zu Sowjetunion.

Antisemitismus und gesellschaftliche Reife

Diese Zeit ist in der neuesten litauische Geschichte wohl das dunkelste Kapitel.

Mitglieder der paramilitärischen, faschistischen und antisemitischen *Litauischen Aktivistenfront*, die sich größtenteils aus ExillitauerInnen zusammensetzte, wurden im Rücken der sowjetischen Truppen abgesetzt, um den Rückzug der Roten Armee zu behindern. Am 23. Juni 1941 gab *Radio Kaunas* noch vor dem Einmarsch deutscher Truppen die Bildung der vorläufigen litauischen Regierung bekannt und forderte die LitauerInnen zur Verfolgung und Ermordung der im Lande lebenden Juden und Jüdinnen auf. Allein in den Pogromen vom 25. bis 27. Juni 1941 wurden von „litauischen Freiwilligen“ etwa 4000 Juden und Jüdinnen auf bestialische Art umgebracht und viele Sy-

nagogen angezündet. Bis zum Dezember 1941 wurden mehr als 50 000 Juden und Jüdinnen allein in Vilnius ermordet. Die meisten Juden und Jüdinnen Litauens haben in ihrem Land, in dem seit 600 Jahren ihre VorfahrInnen gelebt hatten, ihr Leben verloren. In Scharen in die Scheunen getrieben, am Waldrand zusammengepfercht, in die Waldgruben gestoßen. Männer, Frauen, Kinder. Die Jahrhunderte alte jüdische Kultur in Litauen wurde innerhalb kürzester Zeit ausgelöscht. Nur wenigen Juden und Jüdinnen gelang die Flucht nach Russland oder gar in das von Hitler-Deutschland nicht besetzte westliche Ausland. An den Stellen der Orte des Judenmordes aufgestellte Denkmäler zeugten in der Sowjetzeit von „sowjetischen Bürger, die im Kampf gegen die faschistischen Besatzer gefallen sind.“ Nach der Erlangung der Unabhängigkeit wurden die Denkmäler eines nach dem anderen ausgetauscht und erinnerten jetzt ausdrücklich an die ermordeten Juden und Jüdinnen. Die TäterInnen blieben und bleiben zum Grossteil nachwievor „unbekannt“. Und wenn der Verdacht ausgesprochen wird, so ist der Wunsch, „die Sündigen“, die inzwischen ein hohes Alter erreicht hatten, einfach in Ruhe zu lassen, größer als Mühe und Möglichkeiten der Justiz. „Sie haben uns verbannt, wir haben sie erschossen“, grollt an manchen Stammtischen zynisch die Theorie der beiden Genozide in ihrer einfachsten Form und artet manchmal in eine primitive Zählerei – wie viele Juden waren damals in den Komitees, die die Verbannung der reicheren oder widerständischen LitauerInnen nach Sibirien verantworten mussten?

Context XXI

im Buchhandel

Buchhandlung Chaj
Praterstrasse 40, 1020 Wien

Buchhandlung Winter
Landesgerichtsstraße 20, 1010 Wien

Infoladen 10
Portiersloge im Ernst-Kirchweyer-Haus
Wiellandgasse 2 – 4, 1100 Wien

Der Historiker Liudas Truska hat eine Antwort: 18 Prozent. Viele Juden und Jüdinnen wurden im Jahre 1940 nach Sibirien verbannt, wie viele LitauerInnen auch. Der Grund war: Sie waren bürgerlich. Die Aufrechnung funktioniert deshalb nicht, weil die Möglichkeit für einen Juden/eine Jüdin, Sibirien zu überleben höher war, als 1941 den Judenmördern zu entkommen. Ein Zynismus der nicht aufgearbeiteten Geschichte. Aber die antisemitischen Legenden sind auch ohne Juden und Jüdinnen lebendig. Manch eine/r versucht sogar, mit ihrer Hilfe auf SympathisantInnenfang zu gehen – so wie der Chefredakteur der *Respublika*, Vitas Tomkus, der in einer Artikelserie vor kurzem versuchte, seiner LeserInnenenschaft zu erklären, wer die Welt regiert: „Die Juden und die Schwulen.“ Der Aufschrei im Lande kam etwas verspätet, aber er war dennoch laut. Die lokale Intelligenz und Menschenrechtsorganisationen protestierten, die Ermahnungen der PolitikerInnen folgten, bis sich schließlich die Staatsanwaltschaft des Täters annahm. Das ist neu im Litauen des 21. Jahrhunderts. Ist das ein Zeichen der Harmonisierung der EU-Gesetze, wenn man einen Antisemiten für seine Ausfälle anklagen und bestrafen kann? Ist das Übernahme der europäischen Werte – Demokratie, Zivilgesellschaft, Toleranz? Wie dem auch sei: Diesmal haben die demokratischen Gesetze ihre Anwendung gefunden.

Sehnsucht nach dem goldenen Käfig

Der Osten wird in Litauen vor allem mit Russland assoziiert. Seit Juli 1944, als die sowjetische Sommeroffensive Litauen erreicht und in

Vilnius einmarschierte, war die Geschichte Litauens aufs Engste mit der Sowjetunion verbunden. Durch Deportationen, Kriegseinwirkungen und Auswanderung (vor allem über Deutschland in die USA) verlor Litauen 1945 fast ein Drittel seiner Bevölkerung, vor allem seine Elite. Dafür kamen zunehmend RussInnen ins Land, die dem Agrarland Litauen mit moderner Industrie zu einem Wirtschaftsumschwung verhalfen. Ganze Branchen wurden neu geschaffen oder ausgebaut. 1940 lebten nur 23% der Bevölkerung Litauens in großen Städten, in den nächsten 50 Jahren stieg der Anteil der StadtbewohnerInnen auf etwa 68%. Die Bauernhöfe wurden nach sowjetrussischem Muster zu Kolchosen zusammengefasst. Fast alle Orte des Landes erhielten Schulen, Kindergärten und Büchereien, Sport, Gesang, Musik, Theater, Volkstanz und ganz besonders die Volkskunst wurden gefördert. Der Staat gewährleistete kostenlose medizinische Behandlung. Entmündigt? Ohne Recht auf freies Wort und Eigentum? Verfolgung durch den KGB? Kein Recht frei zu reisen? Fehlte es an einfachsten Gebrauchsgütern, geschweige denn an Autos und Elektronik? Viele scheinen die lange Liste der damaligen Hindernisse des Alltags verdrängt zu haben. Die Umfrageergebnisse knapp vor dem EU-Beitritt Litauens verblüfften viele AnalytikerInnen: 53,50% aller Befragten meinen, „beim Russen“ war es besser. Bequemer. Behüteter. Man bekam etwas Futter im goldenen Käfig – wenn man mehr wollte, musste man schöner singen.

Die Berliner Mauer scheint auch in vielen litau-



Józef und Rudolf mit Freunden auf dem Ladentisch sitzend. 1936

schen Köpfen noch intakt zu sein. Die Sehnsucht nach dem großen Beschützer in Moskau scheint nicht so schnell verschwinden zu wollen. Da wären wir wieder beim Phantomschmerz: Den Staat gibt es nicht mehr, aber die Stelle, an der es ihn geben sollte, tut noch immer weh. Nach 14 Jahren der Unabhängigkeit scheinen der Hälfte der Bevölkerung die Freiheitsideale nichts zu bedeuten. Die WegbereiterInnen der Freiheit müssten auswandern, nachdem sie die Umfrageergebnisse erfahren haben. Aber haben nicht knapp 90% aller LitauerInnen im Referendum für den EU-Beitritt des Landes gestimmt? Haben vor ein paar Tagen nicht mehr als 70% der Bevölkerung in einer Umfrage verkündet, noch immer EU-BefürworterInnen zu sein – mehr als LettInnen und EstInnen? Sind wir doch überzeugte EuropäerInnen? Es gibt einige Erklärungen für diese Haltung. Die meisten sind klischeehaft, ironisch oder sogar zynisch.

Gesetzestreue als Kriterium

„Litauer können ohne Imperium nicht leben. Ohne eige-

nes Imperium werden wir sterben. Einander die Kehlen durchbeißen – so viel Energie haben wir in unseren Genen. Wir passen hier drinnen nicht hinein. Nicht im territorialen Sinne. Im ideologischen. Wir brauchen eine Steppe vor Augen – heute ist das eine geopolitische Steppe“, meinte vor ein paar Tagen ketzerisch einer der provokantesten litauischen Politologen, Gintaras Beresnevičius.

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen werden auf dieser etwas grob ausgedrückten Vision inzwischen vorsichtig und auch großmündig die Strategien der litauischen Außenpolitik formuliert: Vermittler zwischen Ost und West, Berater der Ukraine und Partner für Südkaukasus. Noch scheint aber Litauen eher von der starken Ost- und Westkonfrontation beeinflusst zu sein. Von Zusammenhalt keine Spur. Ganz im Gegenteil: Ein Teil der Bevölkerung lebt die Werte der westlichen Demokratie bereits wie ihre eigenen, der andere blickt in Richtung Russland und sehnt sich nach einer Politik der starken Hand. Das Buch des litauischen Schriftstellers

Vytautas Petkevičius *Durnių laivas* (Dt. *Das Narrenschiff*), in dem der Autor behauptet, Litauen hätte einen Fehler gemacht, indem es sich für den Westen entschieden hatte, gehört zu den meistgelesenen im Lande. Der Unterschied zwischen der „westlichen“ und der „östlichen“ Denkweise scheint vor allem in der unterschiedlichen Betrachtung der Gesetze zu liegen – entweder respektierst du die bestehenden Gesetze, oder du lebst nach dem Brauchrechtsrecht der sowjetischen Zeit.

„Ohne Zweifel haben die meisten Litauer während des Referendums vor einem Jahr nur für die Milliarden der künftigen Unterstützung aus den EU-Fonds gestimmt“, stellt bitter der Analytiker von *Lietuvos rytas* am Vortag der EU-Osterweiterung fest. In der Zeit, als Frankreich und Deutschland versuchten, die Grundlage für den Europäischen Wirtschaftsraum zu schaffen, hatten die litauischen Guerillas gegen die Divisionen der sowjetischen Geheimdienste gekämpft. Als die Europäische Gemeinschaft gegründet wurde, mussten viele LitauerInnen noch mühevoll in der sibirischen Kälte arbeiten. Kann man sich nach dieser Geschichte darüber aufregen, dass Litauen müde wurde, schlecht zu leben? Die einfachste und wohl am wenigsten zynische Erklärung für eine proeuropäische Haltung ist die, dass es für Litauen keine andere Alternative gab. So auch zu dem Weg, den die EuropäerInnen jetzt gehen.

Brot und Spiele

Zwei Wochen nach der historischen EU-Osterweiterung drängte auf einmal ein ganz anderes Diskussions-

thema in litauische Wohnzimmer: Die Preise steigen. Obwohl sowohl die PolitikerInnen, als auch ExpertInnen vor dem EU-Beitritt Litauens beteuert hatten, die Preise werden nicht steigen, wird Treibstoff, Mehl, Brot teurer. Der Preisanstieg stimmte mit der EU-Osterweiterung überein, so dass die KäuferInnen ihre Schlüsse gezogen haben: Daran sei nur die EU schuld. Sie haben vergessen, dass Litauen ein Teil der Weltwirtschaft ist. Die Preisschilder werden vom Getreide- und Erdölpreisen auf den Weltmärkten beeinflusst. Und auch wenn man nicht ausschließen kann, dass die HändlerInnen und ProduzentInnen den EU-Beitritt Litauens dazu genutzt hatten, um die vielleicht steigenden Lohnnebenkosten abzufedern, kann die EU für die Preissteigerung nicht direkt schuld sein.

Ängste gibt es in Litauen genug – wie in Lettland und Estland, Polen und Ungarn. Wird unser Leben nun teurer? Werde ich demnächst nicht mehr medizinisch behandelt, weil mein Arzt nach Großbritannien ausgewandert ist – da er dort mehr Gehalt verdient? Und sogar: Darf ich meine geliebte Leibspeise nicht mehr genießen, weil die EU verboten hatte, Innereien auf den Tisch zu bringen? Und auch PopulistInnen gibt es genug. Die gezielte Warnung des ungarischen Ex-Premiers und Oppositionschef Viktor Orban über die „schnellen Fische, die in der EU die langsamen auffressen“, gilt für alle osteuropäischen Länder. Die Aufgabe der PolitikerInnen ist, nicht zuzulassen, dass zu viele Menschen den Anschluss an die EU verpassen. Aber gilt diese

Warnung nur für Osteuropa? Beim Lesen mancher westlichen Regionalzeitungen drängt sich der Gedanke auf, dass die Ängste der alteingesessenen EU-BürgerInnen nicht kleiner und ähnlich sind. Es geht um den eigenen Wohlstand, den man ja verlieren könnte, um den Arbeitsplatz, der nicht mehr sicher ist (war er je sicher?) und um „Horden“ von OsteuropäerInnen, die jetzt Geschäfte, an dunkleren Stellen geparkte Autos und sogar Wohnungen plündern werden.

Angst vor „Barbaren“

„Das Römische Reich lockte die Barbaren, deswegen hatten sie ehrlich all die Titeln und Symbolen der römischen Kaiser beschützt und respektiert. Rom war für sie das gelobte Land – besser gesagt, die Stadt, die alle ihre Wünsche erfüllen konnte. Deswegen haben die Barbaren nicht nur die römische Kultur zerstört, sondern auch selbst einen Teil davon angenommen. Daraus entstand die westliche Zivilisation, auf deren Fundament die Nachkommen der alten Barbaren ein neues Imperium aufgebaut hatten: Die Europäische Union. Nun stehen die neuen Barbaren hinter der Mauer, genauso wie vor 1600 Jahren. Das sind wir, Mittel- und Osteuropäer“, sagt der andere politische Provokateur Litauens, Virginijus Savukynas. Er spricht aus, was einige in Westeuropa wohl noch immer denken und sich nicht trauen auszusprechen: OsteuropäerInnen sind für das „alte Europa“ gewissermaßen „BarbarInnen“: Wohl weniger zivilisiert, außerdem verstünden sie die westliche Demokratie nur so viel, wie

es ihnen nützlich ist. Die „Neuen“ kommen mit eigenen Regeln und werden versuchen, diese durchzusetzen – manche kraftvoller, manche diplomatischer.

Litauen hielt sich bis jetzt in vielen Positionen ziemlich bedeckt, ja sogar schüchtern. Aber vielleicht will mein Land nur noch besser den Mechanismus der neu erschaffenen Union verstehen und hütet sich davor, ins Fettnäpfchen zu treten. Dies ist auch manchen anderen kleineren Ländern eigen, die es nicht gewohnt waren, sich in die Wünsche und Launen des Großen Bruders hineinzuhören, bevor sie ihre eigenen Wünsche ausgesprochen hatten. Also: Welche Prioritäten wird die EU in ihrer Außen- und Sicherheitspolitik setzen? Wie wird ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik funktionieren? Die Antworten auf diese Fragen wird auch von der Stimme aus Vilnius abhängig sein.

In der EU werden alle Meinungen gehört. Das ist wohl neu. So war es in keinem anderen Imperium. Jetzt muss Litauen nur von seinem Ethnozentrismus abrücken und lernen, ebenfalls den anderen Meinungen zuzuhören und zu verstehen. Womit wir wieder bei der Diskussion wären, welchen Platz das heutige Litauen im heutigen Europa einnehmen wird. Der 1. Mai wurde in vielen Ländern Osteuropas als Rückkehr ins alte Europa und Wiederherstellung historischer Gerechtigkeit gefeiert. Aber vielleicht ist es damit nicht mehr erreicht, als dass Europa – sowohl Ost- als auch West- – seine Vergangenheit ein Stück weiter hinter sich gebracht hat. Die Zukunft hat gerade erst begonnen.

Holocaust und Revisionismus in Kroatien¹

Der Antisemitismus hat in Kroatien keine lange Tradition, denn obwohl Kroatien ein katholisches Land ist, war es bis weit in das 19. Jahrhundert hinein eine feudale Gesellschaft. Religiöser Antisemitismus war aufgrund der lokalen persönlichen Herrschaftsstrukturen wenig verbreitet und moderner Antisemitismus kam erst sehr spät auf. In den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts, 1848 und zur Jahrhundertwende gab es antisemitische Ausschreitungen, doch zu einer richtigen Antisemitismuswelle kam es – beeinflusst durch die Entwicklungen in Europa – erst in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts. 1930 wurden die *Protokolle der Weisen von Zion* erstmals auf Serbokroatisch herausgegeben, die antisemitische Presse blühte auf. Noch stand dahinter aber keine organisierte Massenbewegung und keine legale Partei Kroatiens hatte ein klar antisemitisches Programm.

Die Ustascha²-Bewegung, welche 1941 von Hitler an die Macht gehievt wurde, verfolgte von Anfang an einen antijugoslawischen Aktionismus, hetzte gegen die Belgrader Regierung und „die Serben“ im Allgemeinen, ihre Vertreter mussten aber in den 20er Jahren Kroatien verlassen, die Bewegung blieb marginalisiert. Bis 1934 war der Hauptfeind der Ustascha das Belgrader Regime, Antisemitismus kam

in ihren Veröffentlichungen zunächst nicht vor. Die Ustascha-Ideologie entwickelte sich im Laufe der 30er Jahre aber zu einer Synthese aus NS und Faschismus, unter Anpassung an die kroatischen Umstände. Der Antisemitismus wurde eins zu eins aus der NS-Ideologie übernommen, „der Jude“ wurde als Zersetzer des kroatischen arischen Volkes imaginiert, was die „Lösung der Judenfrage“ erforderlich machte. In einem 1936 von Ante Pavelić, dem Anführer der Ustascha (Poglavnik) verfassten Elaborat, benennt er die serbische Staatsmacht, das internationale Freimaurertum, das Judentum und den Kommunismus als die Feinde der kroatischen Befreiungsbewegung. Die Ideen der Ustascha stießen zunächst vor allem im rechten Bildungsbürgertum und bei den Studenten auf Zustimmung. 1937/38 kehrten zahlreiche Ustascha, die später hohe Posten innerhalb des Ustascha-Regimes bekleiden sollten, aus der Emigration nach Kroatien zurück.

Am 10.4.1941 marschierten deutsche Truppen in Zagreb ein. Der *Unabhängige Staat Kroatien* (NDH) wurde proklamiert. Es handelte sich hierbei jedoch keineswegs um einen souveränen Staat, sondern um ein okkupiertes Gebiet, in dem die Ustascha in manchen Bereichen Handlungsbefugnisse erhielten. In ihrer jeweiligen

Einflussphäre sorgten die Achsenmächte aber immer dafür, dass die willige Ustascha-Regierung auf richtigem Kurs blieb. Bereits am Tag nach der Besetzung Zagrebs beschlagnahmte die Gestapo das Vermögen der jüdischen Gemeinde und zog selbst in ihre Räumlichkeiten ein. Volksdeutsche halfen ab sofort der Ustascha-Polizei bei der Verhaftung von Jüdinnen und Juden, zündeten die Synagoge in Osijek an und übernahmen bald jüdische Geschäfte in ganz Slawonien. Die Ustascha-Regierung startete ihre antijüdischen Maßnahmen einen Tag nach den Deutschen, was sich in den ersten Tagen auf Plünderungen beschränkte. Als der Raub der Kontrolle der Regierung entglitt, wurden harte Strafen gegen eigenmächtiges Plündern verhängt, welches aber auf Regierungsebene fortgesetzt wurde. Die Gestapo verhaftete einige Tage später rund 50 der angesehensten Juden Zagrebs, sie wurden über die jüdische Gemeinde befragt und bald darauf freigelassen. Nach dieser Aktion haben sich die Nazis bis zum Frühling 1942 nicht mehr in die kroatische „Lösung der Judenfrage“ eingemischt. Die Ustascha nahmen einige Tage nach der Ausrufung des NDH bereitwillig alles selbst in die Hand.

Bereits im April 1941 wurden – dem deutschen Vorbild entsprechende – um-

Der eliminatorische Antisemitismus orientierte sich im Ustascha-Kroatien zwar an deutschen und österreichischen Vorbildern, die Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden wurde aber größtenteils eigenständig durchgeführt.

VON LJILJANA RADONIĆ *

*) Ljiljana Radonić ist Politikwissenschaftlerin und Übersetzerin in Wien.

fassende „Judengesetze“ erlassen: über die Rassenzugehörigkeit, den Schutz arischen Blutes und der Ehre des kroatischen Volkes, sowie das Gesetz über die Staatsbürgerschaft, etc. Jüdinnen und Juden durften seit Mai 1941 keine Restaurants, Cafés, Kinos, Theater und Parks betreten. Sie wurden aus dem öffentlichen Dienst und bald auch aus privaten Betrieben entlassen, wenn sie keine Sondergenehmigung bekamen. Genau einen Monat nach der Ausrufung des NDH mussten sich alle männlichen Juden zwischen 16 und 60 Jahren bei den Ustascha-Behörden melden, „Judenausweise“ wurden verteilt und die Kennzeichnungspflicht – drei Monate früher als im Deutschen Reich – eingeführt. Anders als in Deutschland und Österreich kam es nach der Einführung der Kennzeichnungspflicht zu Solidaritätsbekundungen in der Bevölkerung: Nicht-Juden und -Jüdinnen bekundeten – laut Ustascha- und Gestapo-Berichten – auf der Straße ihre Sympathie gegenüber Jüdinnen und Juden, älteren Frauen und Kindern wurden von Nicht-Juden die gelben Stoffketten entfernt. Der Antisemitismus in Kroatien scheint nicht eine derart einigende

Klammer der Gesellschaft gewesen zu sein wie in den NS-Staaten, zumindest gab es so etwas wie offene Solidaritätsbekundungen gegenüber Jüdinnen und Juden.³

Das Ustascha-Regime zeichnete zwar, ähnlich wie im Dritten Reich, Kompetenzüberschneidungen und -streitigkeiten, improvisierte Lösungen und ein scheinbares organisatorisches Chaos aus, aber die „Endlösung der Judenfrage“ wurde mit vernichtender Präzision organisiert. Nach deutschem Vorbild sah die Planung eine Phase der Ausgrenzung, danach die Konzentration in Sammellagern und schließlich die Vernichtung der Jüdinnen und Juden vor. Während aber der NS vom Anfang des Ausgrenzungsprozesses bis zur Vernichtung acht Jahre „vergehen ließ“, begannen die Ustascha bereits knapp vier Monate nach ihrer Machterlangung mit der Massenvernichtung. Paradoxe Weise benötigte das Regime sogar für die scheinlegale Enteignung jüdischen Eigentums (teils schon ermordeter EigentümerInnen), welche noch weit bis in das Jahr 1942 die Behörden beschäftigte, länger, als für die Konzentration, Deportation und Ermordung weiter Teile der

jüdischen Bevölkerung. In Zagreb wurden bis Ende September 1941 3000 Jüdinnen und Juden ermordet, deportiert oder verhaftet. Die Ustascha versuchten alle Jüdinnen und Juden auf NDH-Territorium in Zagreb zu konzentrieren. Dagegen gab es Protest: In einigen Fällen unterschrieben ganze Dörfer Petitionen an das Innenministerium, um „ihre“ Juden zu retten. Es kam zu kleineren Angriffen kommunistischer Gruppen auf Ustascha-Institutionen, woraufhin Standgerichte die Ermordung von Gefangenen als „Entschädigung“ verfügten.

Von Anfang an befürworteten die Deutschen die eigenständige Errichtung von KZ durch die Ustascha. Im Zuge des Erfahrungsaustausches reiste Eugen Dido Kvaternik, der Chef der Polizei, sowie der Nachrichten- und Sicherheitsdienste, bereits Ende Mai 1941 nach Deutschland, um von hochrangigen SS-Kollegen zu lernen. Mit dem Ausbau des Lagersystems war in Kroatien jedoch bereits Mitte April begonnen worden. Im Juni 1941 begann durch die Inbetriebnahme der Lager in Gospić am Velebit und auf der Insel Pag die letzte Phase des Holocausts im NDH. Als die italienische Armee im Sommer 1941 die Okkupation der Küstengebiete Kroatiens (Zone B) ankündigte, in die alle drei Lager fielen, waren die größten Opfer des Rückzugs der Ustascha die Lagerinsassen. Alle drei Lager wurden aufgelöst. Insgesamt kamen in Jadovno, auf Pag und in Gospić ungefähr 24000 Menschen um, davon rund 2500 Jüdinnen und Juden. In Djakovo und Ljuborgrad wurden danach Frauen- und

Kinderlager für Jüdinnen und Juden, wie auch für Gefangene serbischer Abstammung errichtet.

Mehr als die Hälfte aller jüdischen Opfer auf dem Gebiet des NDH fand in Jasenovac, dem rund 110 km südöstlich von Zagreb gelegenen Lager den Tod. Auch heute noch wird in Ex-Jugoslawien ein mühsamer Streit um die Zahl der Ermordeten geführt. Jasenovac war von August 1941 bis April 1945 der größte KZ-Komplex im ganzen NDH. Es handelte sich dabei gleichzeitig um das größte Lager Europas, in dem im Zweiten Weltkrieg ohne unmittelbare Teilnahme der Nazis gemordet wurde.

Das Lagersystem bestand aus mehreren Komplexen: Jasenovac I und II wurden Mitte November 1941 von der Save überschwemmt und mussten aufgelassen werden. Vjekoslav Maks Luburić der Lagerkommandant, ließ sich für die Konzeption von Jasenovac III während seines Besuchs in Sachsenhausen-Oranienburg inspirieren. Von drei Seiten umgab das Lager unwegsames Sumpfgebiet, auf der vierten Seite die Save, so dass die PartisanInnen es zu keinem Zeitpunkt des Krieges wagten, das Lager anzugreifen. Unmittelbar nach der Auflösung von Jasenovac I und II fand das Massenmorden in Jasenovac III an – und sollte jahrelang nicht mehr aufhören. Rund 120 Totengräber waren täglich mit der „Entsorgung“ der Leichen beschäftigt. Im Februar 1942 durfte eine internationale Kommission das Lager besuchen, wofür allerlei Maßnahmen getroffen wurden: Unter anderem wurden alle „schlecht aussehenden“ Häftlinge ermordet –

1 Als Hauptquelle für diesen Beitrag diente Ivo Goldstein: *Holokaust u Zagrebu*, Novi liber, Zagreb 2001.

2 Ustaša bedeutet im Kroatischen der Aufständische.

3 Im Mai 1941 fanden in einem Stadion für alle Mittelschüler Zagrebs verpflichtende Übungen statt. Als ein Redner während so einer Übung in seiner antiserbischen und antisemitischen Ansprache alle Jüdinnen/Juden und SerbInnen aufforderte, sich auf der anderen Seite des Stadions zu versammeln, folgten den jüdischen und serbischen SchülerInnen zuerst Mitglieder der kommunistischen Jugend – und danach alle anderen. Diese klare Solidaritätsbekundung ist ein deutliches Symbol für die Unterschiede zwischen der Situation in Kroatien und den Zuständen in Österreich und Deutschland.

ihre Zahl wird auf bis zu zwei Drittel aller InsassInnen geschätzt. Besonders auffällig sind die brutalen Methoden, mit denen die Häftlinge zu Tode kamen, nicht selten wurden sie mit einem Fallklotz erschlagen. Das Lager Jasenovac IV wurde im Jänner 1942 in Betrieb genommen. Die ehemalige Lederfabrik wurde zu einem Betriebskomplex umfunktioniert, in dem Häftlinge mit Fachausbildung arbeiteten. Deswegen waren dort die Überlebenschancen lange Zeit am größten. Im April 1945 wurden aber alle Häftlinge aus Jasenovac IV (bis auf elf Häftlinge, denen die Flucht gelang) ermordet. Im Februar 1942 wurde eine Strafanstalt im nahe gelegenen Stara Gradiška als Jasenovac V in das Lagersystem eingegliedert – ein Arbeitslager, bei dem auch Massentötungen stattfanden. Ab Juni 1942 wurden rund 100.000 Jasenovac-Häftlinge zur Zwangsarbeit nach Deutschland abtransportiert, es handelte sich meist um SerbInnen, aber auch um KroatInnen und Moslems. Im Sommer 1942 wurden in einer Sammelaktion mindestens 10000 Roma verhaftet und ermordet.

Auf Missfallen der deutschen Armeeinheiten stieß der Ustascha-Terror gegen die serbische Bevölkerung des NDH: Ganze Dörfer in der breiteren Umgebung von Jasenovac wurden „ausgehoben“, die Bevölkerung, meist bestehend aus älteren Menschen, Frauen und Kindern, nach Jasenovac gebracht, die Dörfer verwüstet. Aufgrund des deutschen Protestes musste Kvaternik sein Amt niederlegen, später auch Luburić, der Lagerkommandant.

Das Jahr 1943 und der Anfang des Jahres 1944 verliefen relativ „ruhig“. 1944 erlangte Luburić wieder indirekt Macht über das Lager, welches wieder mit alter Brutalität weitergeführt wurde. Mit der Auflösung des Hauptlagers, Jasenovac III, wurde am 19.4.1945 begonnen. In Jasenovac starben insgesamt zwischen 80000 und 90000 Menschen, davon rund 17000 Jüdinnen und Juden.

Aber nicht nur in Jasenovac wurde gemordet. Ab 1942 schalteten sich die Nazis wieder in den Vernichtungsprozess ein. Sie kritisierten, dass einerseits aufgrund von Ausnahmeregelungen immer noch „zu viele Jüdinnen und Juden“ am Leben wären und dass andererseits die Behandlung der Häftlinge „grundlos brutal“ gewesen sei. Aus diesem Grund plante man die „Umsiedlung“ der noch lebenden Jüdinnen und Juden in den Osten des Reiches. Im August 1942 wurden rund 1200 Jüdinnen und Juden verhaftet und nach Auschwitz transportiert. Der Transport zum Hauptbahnhof erfolgte am helllichten Tage, was den Protest vieler BewohnerInnen Zagrebs auslöste, viele brachten daraufhin den Verhafteten Essen, wie italienische Abgesandte in Zagreb berichteten. Insgesamt überlebte aus vier Transporten nach Auschwitz (knapp 5000 Jüdinnen und Juden) bloß eine Handvoll Menschen. Anfang des Jahres 1943 planten die Deutschen sorgfältig die letzte Deportation der kroatischen Jüdinnen und Juden. Die „letzte große Jagd“ startete in Zagreb am 3. Mai 1943, zu den Verhafteten



Chassiden. 1934

zählten auch die letzten Angestellten der Zagreber Gemeinde, die bis zuletzt Versorgungspäckchen in die Lager geschickt hatten.

Die beste Fluchtmöglichkeit für Jüdinnen und Juden im NDH war der Weg in die italienisch okkupierte Zone B, die Küstenregion, für die man keinen Pass, sondern bloß Durchlasspapiere benötigte, die leichter zu bekommen oder zu fälschen waren. Wiesen die Italiener bis zum Sommer 1941 manche Jüdinnen und Juden an der Grenze ab, so änderten sie ihre Politik, nachdem sie von den Schrecken der Lager auf Pag und in Jadovno erfuhren. Die Deutschen bestanden darauf, diese rund 5000 Geflohenen wieder unter die Kontrolle der Ustascha zu bringen, doch die in der Zone B stationierten italienischen Befehlshaber verweigerten das. Mussolini stimmte einer Konzentrierung der Geflohenen in Lager auf italienischem Gebiet zu. In diesen Lagern durften die InsassInnen tagsüber den Lagerbereich unbewacht verlassen. Die Verpflegung war jedoch nicht ausreichend. Als der deutsche Druck nach Auslieferung immer stärker wurde, er-



Leierkastenmann auf dem Hof. 1937

klärte Italien die Geflohenen zu Kriegsgefangenen und gründete auf Rab ein neues Lager für 3600 Jüdinnen und Juden der Zone. Als Italien am 8. September 1943 kapitulierte, befreiten sich 243 LagerinsassInnen und gründeten eine eigene jüdische PartisanInneneinheit. Ein Großteil der italienischen Streitkräfte übergab ihre Waffen an die PartisanInnen, wodurch diese deutlich erstarkten. Es entbrannte ein hitziger Kampf zwischen den einrückenden deutschen Einheiten und den PartisanInnen um die Küstenregion. Als die Deutschen Verstärkung schickten, gerieten die auf Rab verbliebenen Häftlinge in Gefahr. Im Herbst 1943 organisierten die PartisanInnen in einer komplizierten Aktion die Evakuierung beinahe aller InsassInnen des ehemaligen „Judenlagers“ und retteten 3151 Menschen. Es handelt sich dabei europaweit um eine der größten Rettungsaktionen von Jüdinnen und Juden aus einem Lager. Jene Menschen, die sich den PartisanInnen nicht anschließen konnten, wurden auf die bereits befreiten ländlichen Gebiete aufgeteilt. Dabei

kam es, abgesehen von den zu erwartenden Schwierigkeiten, wenn Städter auf ländlichem Gebiet angesiedelt wurden, zu keinen größeren Komplikationen, geschweige denn zu antisemitisch begründeter Ablehnung der Geretteten. Im Juli 1941 hatte der bewaffnete Widerstand gegen die Ustascha und die Besatzer begonnen. Erst als die PartisanInnen in der zweiten Hälfte des Jahres 1942 ein kompaktes befreites Territorium unter ihre Kontrolle gebracht hatten, schlossen sich auch ganze jüdische Familien den PartisanInnen an. Dabei ist ein Fall bekannt, in dem es eine PartisanInneneinheit aus antisemitischen Motiven ablehnte, Juden aufzunehmen, wie Goldstein in einer früheren Arbeit über kroatische Juden im antifaschistischen Widerstand schreibt. Die meisten Jüdinnen und Juden traten den PartisanInnen nach der Befreiung aus dem Lager auf Rab bei. Von den rund 9000 Jüdinnen und Juden, die den Holocaust auf dem Gebiet des NDH überlebten, gelang dies der Hälfte (10% der früheren jüdischen Bevölkerung) auf PartisanInnengebiet oder im PartisanInnenkampf. Das macht proportional die größte Zahl jüdischer KämpferInnen im antifaschistischen Kampf und auch die größte Prozentzahl der Geretteten aus. Rund 800 Jüdinnen und Juden überlebten unter dem Schutz ihrer „Mischehen“ in Zagreb. Außer ihnen überlebten noch 150 bis 200 mehr oder minder zufällig oder aufgrund der Hilfe ihrer MitbürgerInnen auf dem Gebiet des NDH. Insgesamt überlebten nur knapp mehr als

20% jener Jüdinnen und Juden, die vor dem Krieg auf dem Gebiet des NDH gelebt hatten, den Krieg.

Es scheint, als hätte es in Kroatien innerhalb der Bevölkerung eine stärkere Polarisierung für oder gegen die Ustascha gegeben, als das in Österreich und Deutschland für den NS der Fall war. Viele waren in den Ustascha-Apparat eingebunden, aber viele schlossen sich auch dem PartisanInnenkampf an oder unterstützten ihn zumindest. Dieser antifaschistische Kampf schloss die Rettung von Jüdinnen und Juden aus Lagern – soweit sie durchführbar war – ein. Auch gab es verbreitet Solidaritätsbekundungen und Hilfsversuche (vor allem von kommunistischen Gruppen). 84 KroatInnen wurden bis 2001 zu Gerechten der Völker erklärt.

Nach 1945 wurde in Jugoslawien der antifaschistische Kampf staatsideologisch gefeiert. Dieser Umgang mit der Vergangenheit war aber weitaus sympathischer, als die Entwicklungen, die 1990 ins Rollen kamen.

In der kroatischen Politik, Geschichtsschreibung, den Medien, Schulbüchern und der Öffentlichkeit versucht man seit der Unabhängigkeit Kroatiens den NDH in einem günstigeren, verharmlosenden Licht darzustellen. War der Revisionismus vor 1990 ein gesellschaftliches Randphänomen, so wurde er von der neuen Regierung nicht nur ermutigt, sondern auch in das politische Programm aufgenommen. Dabei wurden und werden, ausgehend von der Fetischisierung der kroatischen Nationalstaatsidee, alle Entwicklungen, die in Richtung eines selbstständigen kroatischen

Staates gingen, unkritisch überbetont und verherrlicht – die „schlechten Seiten“ werden dabei minimalisiert oder ganz abgestritten. Die Umdeutungsversuche reichen von der Behauptung, der NDH hätte zwar die Rassengesetze unter dem Druck der Nazis erlassen, sie aber nicht exekutiert, über den Versuch, die Ustascha als nicht antisemitisch darzustellen, bis zum Zweifel, ob der Holocaust in Kroatien wirklich stattgefunden hat. Die vom kroatischen Parlament beauftragte Kommission zur Untersuchung von Kriegs- und Nachkriegsverbrechen kommt nach einer siebenjährigen Untersuchungszeit (1992-1999) zu dem Ergebnis, der Zweite Weltkrieg hätte 331 nach ihrer Religion definierte bzw. 293 nach ihrer Volkszugehörigkeit definierte Juden das Leben gekostet. Für die Lager von Jasenovac wurden 2238 Opfer vermerkt, ihre Religion oder Nationalität wurde jedoch nicht angegeben. Bei diesem Revisionismus spielte der Präsident des neuen kroatischen Staates, Franjo Tuđman, eine Schlüsselrolle. Sein Buch *Irrwege der Geschichtswirklichkeit* stellt eine der Grundlagen dieses Revisionismus dar. Tuđman, behauptet darin erstens, in Jasenovac seien dreißig- bis vierzigtausend Menschen „umgekommen“, die meisten davon „Zigeuner“, dann Jüdinnen und Juden, SerbInnen, aber auch KroatInnen. Zweitens trügen nicht ausnahmslos die Ustascha schuld, auch seien Juden nicht nur Opfer von Jasenovac, sondern auch Mitschuldige, so Tuđman. Er behauptet, dass Juden in dem Lager eine privilegierte Stellung innegehabt und die Macht innerhalb des Lagers besäßen hätten. Sie

sollen mit den Ustascha eng verbunden gewesen sein, weshalb sie auch an Tötungen und Selektionen mitgewirkt hätten. Die Organisation der Ermordung einer Gruppe von Roma sei Juden übertragen worden, die auch geschickt gegen die serbischen Häftlinge intrigiert hätten. Als Quellen verwendet Tuđman erzwungene oder gefälschte Aussagen von drei ehemaligen Häftlingen, die seiner Meinung nach ein „ziemlich authentisches Bild“ vermitteln sollen. Er zitiert einen seiner „Hauptzeugen“, der gesagt haben soll, der Jude bleibe Jude, nur dass in Jasenovac seine schlechten Seiten deutlicher hervorgetreten wären. Tuđman schätzt diese Meinung als übertrieben ein, sogar als antisemitische Einstellung, fügt aber doppeldeutig hinzu, andere Zeugen würden ähnliches aussagen. Eine andere Quelle, die Tuđman in seinem Buch heranzieht, um das angebliche Verhalten „der Juden“ in Jasenovac darzustellen, ist ein Buch von Ante Ciliga, einem Schriftsteller, dessen Glaubwürdigkeit sich am besten an dem Beispiel demonstrieren lässt, dass er als einziger auf der Welt zu wissen glaubt, dass Stalin Pavelić angeboten habe, unter bestimmten Bedingungen den NDH nach Kriegsende in seinen Grenzen anzuerkennen. Tuđman zitiert also Ciliga, der schreibt, „die Juden“ hätten in Jasenovac die Initiative bei Vorbereitungen und Provokationen von Massentötungen von Nicht-Juden, Kommunisten, Partisanen und Serben übernommen. Unter dem Druck amerikanischer und westeuropäischer jüdischer Institutionen und staatlicher VertreterInnen nahm Tuđman in der amerikani-

schen Übersetzung seines Buches alle antisemitischen Passagen heraus und kürzte in der fünften Auflage seines Buches auf Kroatisch die antisemitischsten Stellen. Doch das ändert nichts an den Folgen seines Wirkens: Viele kroatische JournalistInnen und SchriftstellerInnen haben seine Thesen aus der ursprünglichen Fassung der „Irrwege“ als richtungsweisend übernommen und in ihren Apologien des NDH weiterverarbeitet.

Nicht nur als „Historiker“, auch als Politiker beförderte Tuđman den Revisionismus: Vor einer Versammlung der HDZ sagte er über den NDH, er sei nicht nur ein faschistisches Gebilde, sondern auch der Ausdruck des Jahrhunderts langen Strebens des kroatischen Volkes nach einem unabhängigen Staat gewesen.⁴ Er distanzierte sich zwar später von der „Doppeldeutigkeit“ dieser Aussage, änderte aber nichts an der Politik der Identifizierung mit dem Ustascha-Staat. Die Republik Kroatien knüpft mit dem Namen ihrer Währung (Kuna), den Rängen ihrer Armee, der Terminologie in Staatsakten und der Umbenennung staatlicher Institutionen, wie des kroatischen Parlaments (Sabor) an den NDH an. Fast 3000 Denkmäler für die gefallenen PartisanInnen und die Opfer des Ustascha- und Naziterrors wurden entfernt, zerstört oder beschädigt, Straßen, Kasernen und Institutionen nach Ustascha-Amtsträgern und Militärbefehlshabern benannt, Ustascha-Lieder in die kroatische Folklore übernommen. Der zweite Präsident des kroatischen Parlaments bezeichne-

te die in Bleiburg nach dem Krieg getöteten Ustascha als „kroatische Armee“, aus der das heutige Kroatien emporgewachsen wäre. Er meinte damit jene Armee, deren Anführer zu Kriegsende der langjährige Kommandant von Jasenovac, Vjekoslav Maks Luburić gewesen war.

Dieser Revisionismus machte sich mit der Zeit in den unterschiedlichsten Literaturrichtungen breit: in Lexika, Büchern über kroatische Literatur und natürlich in Geschichtsbüchern. Versucht man, in irgendeiner dieser Literatursparten etwas über ein bestimmtes Thema zu erfahren, und erwischt eine der unzähligen, weit verbreiteten Publikationen aus den 90-er Jahren, so kann man sich nur auf eines verlassen – dass alles, was man liest, mit äußerster Vorsicht zu genießen ist. So nennt z.B. ein Autor namens Dubravko Jeličić in einem Buch über kroatische Literaturgeschichte (1997) neben Miroslav Krleža, dem größten und bekanntesten kroatischen Schriftsteller, als mindestens ebenso großes Talent den antisemitischen Schriftsteller, Hetzredner und Ustascha-Minister Mile Budak.

Wie lange man noch Hitlers *Mein Kampf* in Schaufenstern der Hauptstraße von Zadar bewundern und die *Protokolle der Weisen von Zion* in Zagreber Buchläden („Diese Woche zum Aktionspreis!“) erstehen kann, wird sich weisen. Vor einigen Monaten forderte andererseits die *Kroatische Liberale Bauernpartei* (HSLs) ein Ustascha- und NS-Widerbetätigungsverbot. Im Moment ist in Kroatien jedoch der Geist der Ustascha präsent.

4 Rede Franjo Tuđmans vom 24.2.1990 in Zagreb.

Gelebter Ethnozentrismus

Roma in der Slowakei

In alltäglichen Identitätsdiskursen wird auf Ethnizität als quasi-natürliche Kategorie zurückgegriffen. Um sich selbst als schon immer existierendes nationales Kollektiv zu fassen, bedarf es einer Abgrenzung nach außen sowie der Abschottung von allem, was den vermeintlich einheitlichen Charakter des Inneren stört. Wenn dann eine segmentierte Integration durch Leistung oder ökonomische Verwertbarkeit angestrebt wird, sind wir bei einer guten Beschreibung der Situation der Roma in der Slowakei.

VON STEPHAN HOFER*

*) Stephan Hofer studierte Politikwissenschaft in Wien, Tel Aviv und Coleraine/Nordirland sowie am Institut für Höhere Studien (IHS) und arbeitet zur Zeit am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der TU München.

Mit der EU-Erweiterung und der Wende des westlich ausgerichteten Blickes nach Osten, ist es wieder *en vogue* geworden, über ethnische Minderheiten und aussterbende Völker zu schreiben. In der deutschsprachigen Literatur hat sich Karl-Markus Gauß darin einen Nischenplatz erkämpft und mit *Die sterbenden Europäer* oder seinem jüngsten Bändchen *Die Hundeesser von Svinia* Verkaufsschlager gelandet. Gauß beschäftigt sich in seinen Büchern mit kulturellen Eigenheiten von gesellschaftlichen Gruppen im peripheren Europa und scheut nicht vor Ausdrücken wie „ethnischer Blick“ zurück. Gauß begründet seinen eigenen Ethnozentrismus allerdings nicht etwa durch eine normative Vorstellung von einer „ethnisch“ begründeten Gesellschaft, sondern durch die spezifische Situation, in der sich etwa Roma in der Slowakei befinden. „Es ist einfach eine Realität“, sagt Gauß im Interview, „dass die ethnische Herkunft der Menschen in der Slowakei eine große Rolle spielt.“ Unter dem Gesichtspunkt eines ethnisch fixierten Identitätsdiskurses bleibt einer/einem Rom/ni kaum eine Chance, ein eigenes, nicht von der Herkunft determiniertes Selbstbewusstsein zu entwickeln. Das konstruierte Ethnizität wird somit zur alltäglichen Realität.

Die Roma in der Slowakei sind von Alltagsrassismus und Ethnozentrismus in mehrerer Hinsicht betroffen. Sie stellen

nach der ungarischen die zweitgrößte Minderheit der Slowakei, sind sozioökonomisch benachteiligt, leben zu zwei Dritteln in eng definierten Wohnbereichen und stoßen aufgrund ihrer „ethnischen“ Zugehörigkeit insbesondere am Arbeitsmarkt auf Ablehnung und Ausgrenzung. Obwohl die Verbesserung der Situation von Minderheiten in den neuen EU-Mitgliedsstaaten Teil der so genannten Kopenhagener Kriterien war und deren Einhaltung eine Voraussetzung für die Mitgliedschaft in der Union war, hat sich durch den Beitritt der Slowakei in die EU für die slowakischen Roma nicht viel verbessert, im Gegenteil. Durch die Steuerreform der rechtsliberalen Regierung unter Ministerpräsident Mikláš Dzurinda von der christdemokratischen SDKU und der Kürzung der Sozialhilfe im Zuge der Vorbereitungen für den Beitritt haben viele Roma einen großen Teil ihrer Einkünfte verloren. Als Reaktion auf die Maßnahmen der Regierung kam es im Februar 2004 zu Massenprotesten und Plünderungen in mehreren Orten der Ostslowakei.

Verfolgt und vertrieben

Roma leben schon seit Jahrhunderten in der Slowakei. So lustig, wie es in Volksliedern geschildert wird, dürfte das „Zigeunerleben“ allerdings nicht immer verlaufen sein. Zwischen dem neunten und vierzehnten Jahrhundert von Nordindien über Persien und den Kaukasus nach Südeuro-

pa eingewandert, wurde ihnen seit dem fünfzehnten Jahrhundert mit restriktiver Ausgrenzungspolitik begegnet. Der Habsburger Leopold I erklärte Roma für vogelfrei und ließ männliche Roma kurzerhand aufknüpfen. Maria Theresia und Joseph II versuchten Roma zu integrieren und erwirkten durch Niederlassungspflicht, Steuerpflicht und den verpflichteten Arbeitsdienst für Gutsbesitzer die Eingliederung in die besitzlose Landbevölkerung. Mit der Verfassungsreform und dem Staatsgrundgesetz von 1867 erlangten Roma BürgerInnenstatus und damit – zumindest auf der legalen Ebene im Verhältnis zum Staate – zum ersten Mal verbriefte Rechte.

Mit der Gründung der Tschechoslowakei 1918 wurden diese Rechte erneut eingeschränkt und einem neuen Nationalismus untergeordnet. Mit dem Einmarsch deutscher Truppen 1938 begann die systematische Verfolgung und Entrechtung der Roma. So durften sie nur in einer Distanz von zwei Kilometer von Hauptstraßen und Siedlungen leben, was die Grundlage für jene abseits gelegenen Siedlungen schuf, die bis heute existieren. Erst nach der Invasion der Slowakei durch deutsche Truppen im Jahr 1944 wurden slowakische Roma in Zwangsarbeitslager transportiert oder in Massenhinrichtungen vor Ort ermordet.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges versuchte das tschechoslowakische realsozialistische Regime Roma zu

Werkträgen unter Werkträgen zu machen und sie so in die Gesellschaft zu integrieren. Roma wurden überall dort zwanghaft angesiedelt, wo wenig ausgebildete Arbeitskräfte gebraucht wurden und landeten deshalb vor allem in Gegenden mit Schwerindustrie. Nach 1989 und dem Zusammenbruch der Industrie zog die slowakische Bevölkerung aus diesen Krisenregionen ab. Die Roma allerdings blieben und sitzen dort bis heute in ihren Siedlungen außerhalb der Städte, bei einer Arbeitslosigkeit von 90, oft 100 Prozent, und meist ohne Perspektiven.

Wirtschaftliche Depression

Zwischen 400.000 und 500.000 Roma leben in der Slowakei. Genauere Zahlen gibt es nicht, weil sich viele nicht als Roma deklarieren. „Man hat eben keine Vorteile, Zigeuner zu sein“, versucht Mirjam Karoly vom österreichischen Verein *Romano Centro* diesen Umstand mit leichtem Sarkasmus zu erklären. In der Slowakei leben etwa zwei Drittel im südöstlichen Teil des Landes, rund um Košice und im südlichen Bezirk Rimavská Sobota. Der Rest lebt in und rund um Bratislava.

Während Roma von Nicht-Roma als einheitliches Kollektiv gesehen werden, sind sie untereinander sehr verschieden. Die drei größten Gruppen, deren Unterscheidung vor allem auf linguistischen Eigenheiten basiert, sind die Rumungre (etwa 90 Prozent der slowakischen Roma), die Vlachika und die Sinti. Nur etwa die Hälfte der Roma sprechen auch die Roma-Sprache, das Romanes oder Romani Chib.

Die Bevölkerungsstruktur unterscheidet sich vom Rest

der SlowakInnen: Roma sind durchschnittlich jünger, haben eine wesentlich niedrigere Lebenserwartung und eine höhere Geburtenrate. Schätzungen gehen davon aus, dass – *ceteris paribus* – bis 2060 Roma die Bevölkerungsmehrheit in der Slowakei stellen können. Roma sind signifikant ärmer, schlechter ausgebildet und liegen bei allen sozialen Indikatoren wie Gesundheitsversorgung, Wohnsituation und Zugang zum Arbeitsmarkt hinter slowakischen Durchschnittswerten. Insbesondere in den Roma-Siedlungen der Ostslowakei, wo die Arbeitslosigkeit besonders hoch ist, leben viele ausschließlich vom staatlichen Sozialsystem.

Genau das zu ändern, war das Ziel der rechtsliberalen Regierung. Arbeitsminister Ludovít Kaník erklärte, dass die Einschnitte bei den Sozialleistungen Langzeitarbeitslose dazu bewegen sollen, sich Arbeit zu suchen. Gleichzeitig steht dahinter eine Integrationslogik der ökonomischen Verwertbarkeit. Im Februar 2004 wurde damit begonnen, die Sozialhilfe um bis zu 50 Prozent zu kürzen. Einzelpersonen erhalten nur mehr ein Maximum von 1450 Kronen (etwa 35,7 Euro) statt bisher 2900 Kronen, Familien maximal 4210 Kronen, während zuvor die Beihilfe 1400 Kronen pro Kind betrug. Zum Vergleich: Ein slowakisches Durchschnittseinkommen, das kaum ausreicht, um eine Durchschnittsfamilie zu ernähren, liegt bei etwa 15000 Kronen. Die beschlossenen Maßnahmen, so Arbeitsminister Kaník, seien der einzige Weg zur Integration der Roma in eine Gesellschaft, in der nicht die soziale Unterstützung, sondern Arbeit die wichtigste Einkommensquelle sei.

Neben den Kürzungen bei den Sozialleistungen sind Personen mit niedrigem Einkommen – und damit auch ein großer Teil der Roma – von der Steuerreform der Regierung Džurinda besonders betroffen. Mit der Einführung eines einheitlichen Steuersatzes von 19 Prozent mit 1. Jänner 2004 – einer so genannten Flat Tax – stieg die Slowakei in den europäischen Steuerstandortwettbewerb ein. Sowohl die Einkommensteuer für Private als auch die Körperschaftssteuer wurden auf 19 Prozent gesenkt, die Erbschaftssteuer und die Grundsteuer wurden gänzlich abgeschafft. Diese Flat Tax bedeutet allerdings auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 10 Prozent im Jahr 2002 und 14 Prozent im Jahr 2003 auf 19 Prozent. Gerade die Erhöhung dieser indirekten Steuern auf Güter des täglichen Bedarfs trifft niedrige Einkommen besonders. Für Menschen, deren einziges Einkommen die 35 Euro Sozialhilfe sind, werden Lebensmittel somit nicht mehr leistbar.

Für Roma bedeuten diese Maßnahmen Individualisierung und Kollektivierung gleichermaßen. Sozioökonomische Risiken, wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit werden auf sie als Individuen abgewälzt. Kollektive Diskriminierung kommt noch hinzu. Da können Roma noch so darauf pochen, dass sie ja eigentlich nichts anderes als die Regierung wollen, nämlich arbeiten und Geld verdienen, wenn es einerseits keine Arbeitsplätze gibt und andererseits arbeitssuchende Roma bei den wenigen ausgeschriebenen Stellen auf rassistische motivierte Ablehnung stoßen.

„Hungerrevolte“

Ende Februar, als die Kürzungen bei der Sozialhilfe bekannt wurden, gingen Hunderte Roma auf die Straße. In einigen größeren Städten der Ostslowakei stürmten sie Einkaufszentren und plünderten Lebensmittelgeschäfte. Mit dem größten Transfer von Sicherheitskräften seit 1989 versuchte die Regierung erfolgreich, weitere Plünderungen zu verhindern. Während Ministerpräsident Džurinda keinen Zusammenhang zwischen Sozialhilfekürzungen und den Ausschreitungen herstellen wollte und statt dessen von organisierten Unruhen „krimineller Elemente“ sprach, kündigten Roma-VertreterInnen weitere Proteste, Straßenblockaden und einen Schulboykott für den Fall an, dass die Reformen in Kraft treten. Seither blieb es aber ruhig.

Mit dem EU-Beitritt der Slowakei mit 1. Mai 2004 ändert sich die Situation der Roma. Zwar ist ihnen durch Übergangsfristen nach wie vor der Zugang zu den Arbeitsmärkten der meisten Mitgliedsstaaten verwehrt, Irland und Großbritannien haben aber bereits ihre Arbeitsmärkte geöffnet. Gleichzeitig versucht die EU, durch Förderprogramme die Abwanderung der Roma aus der Peripherie in die europäischen Zentren zu verhindern. Rein ökonomisch betrachtet dürfte es wenig Anlass für die insgesamt rund acht Millionen Roma geben, die seit dem 1. Mai EU-BürgerInnen sind, in den wirtschaftlichen Krisenregionen zu bleiben. Ob eine Emigration aus der Slowakei auch ein Ende der Diskriminierung bedeutet, ist, zumindest vor dem Hintergrund der österreichischen Volksgemeinschaft, allerdings mehr als fraglich.

Europäische „Wiedergeburt“

Zur Konstruktion Europas gegen die USA

Zwischen Irak-Krieg und Osterweiterung haben die europäischen Ideologiemaschinen alle Hände voll zu tun. Vor allem Rechtsextreme arbeiten an der Identität Kontinentaleuropas, das sich gegen die USA zur Weltmacht aufschwingt.

VON HERIBERT SCHIEDEL

Der ehemalige Nationalsozialist und spätere FPÖ-Nationalrat Otto Scrinzi weist nicht ohne Stolz und Berechtigung darauf hin, dass „die Europaidee (...) einen langen deutschen Stammbaum (hat)“ und „nicht nur in Zeiten deutscher Schwäche in Blüte (war)“. ¹ Tatsächlich kommt im Prozess der Konstruktion Europas den Ideologen des Deutschtums und der extremen Rechten eine Avantgardefunktion zu. Während Konservative und Sozialdemokraten im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion auch ideologisch das Bündnis mit den USA suchten und fanden, grenzten sie ihr integriertes Europa unter deutscher und später deutsch-französischer Hegemonie bereits von dieser „raumfremden“ Macht ab. Offen werden von Andreas Mölzer, der auf der FPÖ-Liste gerade einen Vorzugsstimmenwahlkampf um den Einzug ins Europäische Parlament führt, die revanchistischen Gelüste hinter der „deutsch-französische(n) Freundschaft“ gegen die USA eingeräumt: Diese wirke „als Keim europäischer Eigenständigkeit und damit auch deutscher Emanzipation.“ ²

Noch auf den Trümmern der nationalsozialistischen „Festung Europa“ begannen weite Teile der extremen Rechten mit ihrer Rekonstruktion. Dabei knüpften sie an den europäischen Befreiungsnationalismus an, wie er von faschistischen Intellektuellen vor allem in Italien und Frankreich konzipiert worden war. Dieser Befreiungsnationalismus ist bei aller Kollaboration

seiner Träger nicht gleichzusetzen mit den nationalsozialistischen Plänen zur „Neuordnung Europas“ ³. Erst ab Anfang 1943 kam es hier (vor allem aus militärstrategischen Überlegungen seitens Nazi-Deutschlands) zu einer Annäherung. Insbesondere von der Propagandaabteilung der „Wehrmacht“ wurde nun die Einheit Europas gegen die „raumfremden Mächte“ USA und UdSSR in Anschlag gebracht. Als Vorwegnahme dieser Einheit wurde die seit damals auch für „nicht-arische Völker“ offene Waffen-SS präsentiert. ⁴ Heute attestiert Mölzer dem Nationalsozialismus versucht zu haben, „den Kontinent zu einigen“ ⁵.

Nach der Überwindung der Nachkriegsordnung fand der Ruf nach Befreiung von der US-Hegemonie weit über die Grenzen des Rechtsextremismus hinaus Gehör. Entsprechend selbstbewusst wurde nun die alte Forderung vorgetragen: „Die Zeit ist reif für eine grundlegende Umorientierung der europäischen Völker – weg vom raumfremden, überstaatlichen Weltpolizisten, hin zu einer neuen kontinentalen Großraumordnung, die europäischen Interessen endlich Vorrang einräumt und Europa wieder in den Rang einer souverän handelnden Größe erhebt.“ ⁶

Old Europe

Spätestens mit dem Irak-Krieg hat der Antiamerikanismus Eingang gefunden in herrschende Diskurse. Wenn die deutsche Justizministerin a.D. Hertha Däubler-Gmelin (SPD) Bush mit Hitler ver-

gleicht, die ÖVP-Spitzenkandidatin bei den Wahlen zum Europäischen Parlament, Ursula Stenzel, angesichts des Falterskandals im Irak von „KZ-Schergen“ spricht, ist das nicht nur wahlstrategisches Kalkül, sondern auch spontaner Ausdruck des kollektiven antiamerikanischen Ressentiments. Und weil dieses eng verwandt ist mit dem Antisemitismus, begleitet auch sein Anwachsen den Prozess der ideologischen Einigung Europas. Es ist das alte Muster der (deutschen) Nationsbildung gegen die Juden und Jüdinnen, das hierbei aktualisiert wird. Dies aber nicht, ohne dass dem Formwandel des nachnationalsozialistischen Antisemitismus Rechnung getragen wird: Sein Subjekt will keiner mehr sein, sein Objekte sind (zumindest in seiner rationalisierten Form) weniger die europäischen Juden und Jüdinnen als vielmehr Israel als der „Jude unter den Staaten“ (J. Améry), die „Wall Street“ und die „Ostküste“.

Dementsprechend verlangte der Wiener FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache jüngst, dass „wir unsere Energie darauf konzentrieren sollten, eine gemeinsame Außenpolitik zu betreiben, welche nur die europäischen Interessen und nicht die der Wall Street vertritt.“ Dem deutsch-national Korporierten gefällt die „Achse Paris-Berlin-Moskau (...) mehr als jene von Brüssel-Washington.“ Vom Staatssozialismus befreit, wird nun also auch Russland zur Achsenmacht. Mit diesem und Japan würde Europa eine „lange Freundschaft“ verbin-

den, weil „wir uns auf der Basis unserer Kulturen sicher besser verständigen können als mit der seichten ‚Mc-Donalds- und Rock’n Roll-Kultur‘ der USA.“⁷ Der Kontinent ist nicht nur frei von der Seichtheit und Oberflächlichkeit der USA, sondern auch vom „krassen Materialismus“⁸ und von jüdischer Vorherrschaft. Demgegenüber würden in den USA laut Mölzer „nur zwei von undurchsichtigen Mächten kontrollierte Parteien einander als fragwürdige Alternativen gegenüberstehen und überdies mächtige Lobbys im Hintergrund die wahre Macht ausüben und keinesfalls das Volk zwischen San Francisco und Washington.“⁹

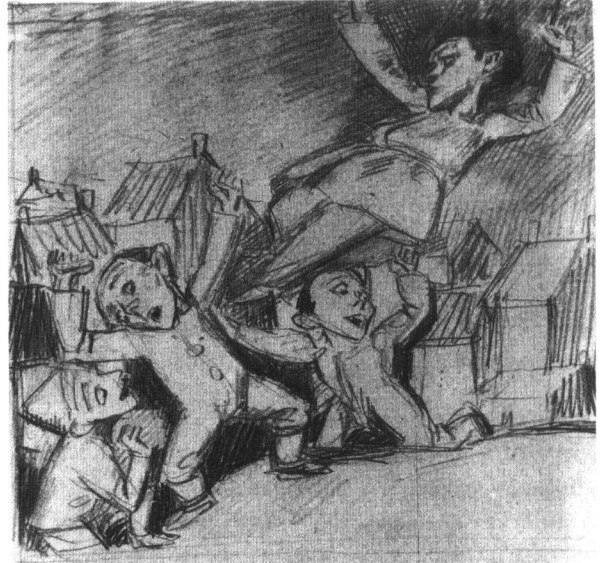
Und schließlich müsse Europa im Unterschied zu den kriegslüsternen USA eine neutrale „Friedensmacht“ darstellen: Mölzer verlangt, dass „es sein gesamtes moralisches Gewicht und seine wirtschaftliche Stärke in den Kampf um den Frieden und damit in erster Linie in den Kampf gegen den Terror investiere. Ein gemeinsames, geschlossenes und entschiedenes Auftreten der Europäer gegen jede Form von Terror: Gegen den, wie er von Osama Bin Laden ausgeht, und gegen jenen, den Herr Rumsfeld und Herr Sharon verbreiten.“¹⁰

Entsprechend der Tatsache, dass die EU-BürgerInnen mehrheitlich Israel für die größte Gefahr für den Weltfrieden halten, kämpft die um die deutsch-französische Achse gruppierte „Friedensmacht“ mit ihren arabischen FreundInnen gegen den globalen Brandstifter. Im europäischen Kampf gegen den Terror wird mit Arafat einer dessen Paten hofiert und mit Millionen an Euro monatlich alimentiert. Und mit islamistischen MordbrennerInnen sucht man den

„kritischen Dialog“, so jüngst bei einem Symposium, das die deutsche Friedrich Ebert Stiftung gemeinsam mit der österreichischen Botschaft in Beirut ausgerichtet hat. Aber noch kann die EU nicht wie sie will: Auf Druck der USA musste eine Dialogpartnerin, die Hamas, als terroristisch eingestuft werden. Insbesondere das Europäische Parlament ist zu einer „Festung des Anti-Israel-Extremismus“ (MdEP François Zimeray) geworden. Anstatt mehrheitlich einem Untersuchungsausschuss zur zweckwidrigen Verwendung der EU-Gelder an die Palästinensische Autonomiebehörde zuzustimmen, überschlagen sich die Abgeordneten in Solidaritätsbekundungen für die Opfer des israelischen „Staatsterrorismus“ und in Boykottaufrufen gegen Israel. Begleitend zu dieser Politik wurde Ende Juni 2003 die Foto-Ausstellung „Die neuen Mauern Jerusalems – Israel, Land der Apartheid“ im Gebäude des EU-Parlaments präsentiert.

Europas Kern

Die Ideologen einer eigenständigen europäischen Weltmacht rezipieren die EU-Osterweiterung ambivalent. Einerseits wird sie vor dem Hintergrund christlicher Abendlandschwärmerei und ökonomischer Interessen als „Wiedervereinigung“ (Bundeskanzler Schüssel) gefeiert, andererseits wird dadurch ein Rückschlag in den Emanzipationsbestrebungen von den USA befürchtet. Vor allem Polen wurde seine Beteiligung an der Befreiung des Irak in Berlin und Paris übel genommen. Der deutsche Friedensbewegte Alfred Mechttersheimer, der von den Grünen über den arabischen Nationalismus zum Rechtsextremismus wanderte, beklagt, dass die „Politik der



Szymeio wird fortgeweht. 1937

(US-amerikanischen, Anm. H. S.) Einmischung auf dem europäischen Kontinent (erleichtert wird) durch die Politik der mittelosteuropäischen Staaten, die sich wie eine Fünfte Kolonne der USA verhalten. (...) So führt die Osterweiterung absurderweise zu einer Verstärkung der Westorientierung, das heißt der Amerikanisierung“¹¹

Aber den widerspenstigen Neulingen werden die Herrenmenschen ihren Amerika-

nismus schon noch austreiben. Offen wird die von der geographischen Mittellage und der Vergangenheit abgeleitete Vormachtstellung Deutschlands und Österreichs von Mölzer angesprochen: Ausgehend von der „Tatsache (...)“, dass Europa, sowohl geopolitisch als auch geistig-kulturell bis dorthin reichen muss, wo die geistigen Grenzen und damit auch die Grenzen der politischen Einflüsse des alten Heiligen Römischen Reiches

1 Otto Scrinzi: *Imperium, Reich, Europa*. In: Mölzer, Andreas (Hg): *Europa im rechten Licht. Rechtsdemokraten und Patrioten über Zustand und Zukunft des Kontinents*. Wien 2004, S. 54.

2 Andreas Mölzer: *Europa – das Friedensprojekt*. In: ebd., S. 27.

3 vgl. Paul Kluge: *Nationalsozialistische Europaideologie*. In: *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte*, 3/1955, S. 240-275.

4 So bezeichnete Jörg Haider noch Anfang der 90er Jahre die Waffen-SS als „Vorkämpfer für das vereinte Europa“. (Zit. n. Hans-Henning Scharach: *Haiders Kampf*. Wien 1992, S. 7)

5 Andreas Mölzer: *Europa am Scheideweg*. In: Mölzer a.a.O., S. 18f.

6 Karl Richter: *Fortschritt 1992*. In: *Nation & Europa*, 1/1992, S. 3.

7 *Zur Zeit*, 20/04, S. 4-5.

8 Andreas Mölzer: *Das Abendland als Ganzes*. In: Mölzer a.a.O., S. 38.

9 ders.: *Europa am Scheideweg*. In: ebd., S. 19.

10 *Zur Zeit*, 17/04, S. 2.

11 Alfred Mechttersheimer: *Welches Europa?* In: Mölzer a.a.O., S. 94.

Deutscher Nation waren“, wird dieser Nation ihr Führungsstatus zugewiesen. Das „größte Interesse an der Osterweiterung eben dieser Art“ haben daher „die Deutschen und auch die Österreicher, die in ihrer historischen Staatlichkeit für eben diesen Bereich zum Teil Hegemonialmacht, zum Teil Entwicklungszentrum, Schutz und Schild waren (...). Damit rücken nämlich die Deutschen, rücken Berlin und Wien in die Mitte des neuen Europa. Die Achse Brüssel-Straßburg, die bisher (...) das Zentrum der EU war, dürfte damit von der Achse Berlin-Wien mit einer gewissen Zwangsläufigkeit abgelöst werden.“¹²

Die zunächst ökonomisch und dann außenpolitisch (gegen die USA) motivierten Überlegungen zur Notwendigkeit eines Kerneuropas wurden von Mölzer bereits Mitte der 90er Jahre mit dem Hinweis, dass dieses „das Europa Karls des Großen wäre“ begrüßt. Bei aller Bescheidenheit erinnert er daran, dass die kerneuropäische „Hartwährungszone als ein Bereich besonderer ökonomischer Leistungskraft und finanzpolitischer Disziplin auf ganz kurioser Weise mit dem alten deutschen Volksboden identisch ist.“¹³

Achsen-Philosophen

Am 31. Mai 2003 publizierte eine Gruppe von prominenten europäischen Intellektuellen ihre Vorstellungen zu einer eigenständigen Weltmacht Europa. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* tat sich Jürgen Habermas mit Jacques Derrida zusammen, um von der „Wiedergeburt Europas“ zu schwadronieren. Schon im

Titel schwingt der reaktionäre Gehalt dieser Utopie mit, denn wann hat denn Europa jenseits des christlichen Abendlandes und seiner aristokratisch-despotischen Verteidiger gelebt? Dass gar die Überwindung des US-amerikanischen Einflusses nach 1945 gemeint ist, das wiedergeborene Europa der beiden Philosophen also das nationalsozialistische ist, soll hier nicht unterstellt werden. Es ist schon so schlimm genug, was sich da an europäischer Ideologie entfaltet.

Einleitend erklären Habermas und Derrida die anti-amerikanischen Großdemonstrationen gegen die alliierte Invasion in Saddams Republik des Schreckens vom Februar 2003 zum „Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit“. Weil sie so sehr Europäer sind, können sie das Problematische an der eigenen Formulierung von der „Macht der Gefühle“, welche „Europas Bürger gemeinsam auf die Beine gebracht hat“, gar nicht mehr sehen.

Habermas und Derrida machen auch das, was IdeologInnen immer machen, nämlich das partikulare Interesse als allgemeines verkaufen. Sie reden von Europa, wo sie die Staaten rund um die deutsch-französische Achse meinen. Erst auf institutioneller Ebene sprechen sie Klar- und offen von Kerneuropa: „Einstweilen sind wohl nur die kerneuropäischen Mitgliedstaaten bereit, der EU gewisse staatliche Qualitäten zu verleihen.“ Im Unterschied zu den rechtsextremen EuropäerInnen, die nach wie vor die Vaterländer hochhalten, sind die sozialdemokratischen bereit, zugunsten eines einheitli-

chen Auftretens gegenüber dem imperialistischen Konkurrenten auf nationalstaatliche Politikkompetenz zu verzichten. Konsequenterweise beginnen Habermas und Derrida hier auch mit der Forderung nach einem tatsächlichen EU-Außenminister.

Vor dem Hintergrund der anti-amerikanischen Massen geben sich die beiden aber nicht mit Kerneuropa zufrieden. Weil sich dieses „nicht zu Kleineuropa verfestigen (darf)“, müssen die übrigen Staaten von ihrem „Separatismus“ – Mechttersheimers „Amerikanismus“ – Abschied nehmen und sich der deutsch-französischen „Lokomotive“ unterwerfen.

Auch wenn das Feindbild nicht unmittelbar erwähnt wird, sind die USA schnell als dazugehörige Negativfolie erkannt, wenn bei Habermas und Derrida die Rede auf „ein solidaristisches, auf gleichmäßige Versorgung abzielendes Ethos des Kampfes für ‚mehr Gerechtigkeit‘“ kommt, welches sich in Europa „gegen ein individualistisches Ethos der Leistungsgerechtigkeit durchgesetzt“ habe.

Mit dem Nationalsozialismus hat das deutsche Europa noch eine Erfahrung den USA voraus. Diese prädestiniert es als moralische Instanz und als Friedensmacht, an der nun die Welt genesen soll: „Das heutige Europa ist durch die Erfahrungen der totalitären Regime des zwanzigsten Jahrhunderts und durch den Holocaust (...) gezeichnet. Die selbstkritischen Auseinandersetzungen über diese Vergangenheit haben die moralischen Grundlagen der Politik in Erinnerung gerufen. Eine erhöhte Sensibilität für Verletzungen der persönlichen und körperlichen Integrität spiegelt sich unter anderem darin,

dass Europarat und EU den Verzicht auf die Todesstrafe zur Beitrittsbedingung erhoben haben.“ Aufgrund des großen Erfolges wird das deutsche Stück des Lernens aus der Vergangenheit nun auf der europäischen Bühne gegeben. Wie die Deutschen in Auschwitz gelernt haben, dass sie morgen weltweit für Frieden und Gerechtigkeit kämpfen müssen, legitimiert nun die Vergangenheit Europa als kantischen Weltinnenminister. Das gilt auch für den Kolonialismus, dem von Habermas und Derrida ebenfalls kathartische Wirkung angedichtet wird: „Jede der großen europäischen Nationen hat eine Blüte imperialer Machtentfaltung erlebt und, was in unserem Kontext wichtiger ist, die Erfahrung des Verlusts eines Imperiums verarbeiten müssen. Diese Abstiegserfahrung verbindet sich in vielen Fällen mit dem Verlust von Kolonialreichen. Mit dem wachsenden Abstand von imperialer Herrschaft und Kolonialgeschichte haben die europäischen Mächte auch die Chance erhalten, eine reflexive Distanz zu sich einzunehmen. So konnten sie lernen, aus der Perspektive der Besiegten sich selbst in der zweifelhaften Rolle von Siegern wahrzunehmen, die für die Gewalt einer aufgetroffenen und entwurzelnden Modernisierung zur Rechenschaft gezogen werden. Damit könnte die Abkehr vom Eurozentrismus befördert und die kantische Hoffnung auf eine Weltinnenpolitik beflügelt werden.“ Unverschämter wurden materielle Interessen noch selten hinter Idealen und Moral versteckt. Aber das ist ja eigentlich seit jeher das Widerliche an sozialdemokratischer Ideologiekonstruktion, nun halt auch auf europäischer Ebene.

¹² Andreas Mölzer: *Das Abendland als Ganzes*. In: *ebd.*, S. 40.
¹³ *Aula* 10/94, S. 8.

Germany goes east. Reloaded

Die Anstrengungen Deutschlands die Nachkriegsordnung zu begraben, die mit der deutschen Wiedervereinigung einen vorläufigen Höhepunkt erreichten, kennzeichneten im letzten Jahrzehnt deutsche Politik. „Ein starkes, vereintes und demokratisches Europa mit einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik überwindet endgültig die Vergangenheit“, heißt es sichtlich erleichtert in der Presseaussendung der deutschen Bundesregierung anlässlich des EU-Beitritts der zehn hauptsächlich osteuropäischen Staaten am 1. Mai 2004. Deutschland hat sich unter der rot-grünen Regierung endgültig von der „Last der Vergangenheit“ befreit. Gerhard Schröder darf heuer den alliierten Feiern zum D-Day in der Normandie beiwohnen und mit dem „ideellen Gesamtdeutschen“ Martin Walser am Jahrestag der deutschen Kapitulation öffentlich und ungestraft über Nation und Vaterlandsliebe schwafeln. Während die Heimat-Vertriebenenverbände noch in den revanchistischen Startlöchern stehen, um ihr „Recht auf Heimat“ mittels EU-Recht durchzusetzen, hat sich die deutsche Wirtschaft durch den expansiven Drang nach Osten schon eine günstige Ausgangsposition verschafft. Anlass genug, die Vormachtstellung Deutschlands in der EU und die Germanisierung in den ehemaligen „Ostblockstaaten“ ein wenig genauer zu betrachten.

Expansion um des Friedens willen

Am Anfang stand Mitte der 1990er Jahre die implizite Drohung mit Krieg.¹ Europa müsse um der Sicherung des Friedens willen zusammenwachsen, so die gebetsmühlenartigen Appelle der Regierung Kohl. Sollten sich die ehemals realsozialistischen Staaten dieser Zwangsbeglückung verweigern, wäre Krieg deutscher Logik mögliche Konsequenz – eine Erfahrung, die Jugoslawien 1999 machen sollte. Es war damals weniger noch der unbedingte Wille zur Erweiterung der Europäischen Union, sondern vor allem die Möglichkeit der wirtschaftlichen Expansion. Ungefähr zehn Jahre später befinden sich die neuen EU-Mitglieder sowohl in ökonomischer als auch in großer politischer Abhängigkeit von Deutschland. Der Streit um die vom EU-Konvent entworfene neue EU-Verfassung und die Ablehnung derselben durch Polen und Spanien im Dezember 2003 machte dies deutlich.

Schon im Vertrag von Nizza 2000 wurde der Einfluss der bevölkerungsstärksten Staaten beträchtlich vergrößert, Deutschland wurden 9% der Stimmen zugesprochen, ebenso wie Frankreich, Großbritannien und Italien. Außerdem wurde Deutschland als dem größten EU-Mitglied durch diese Einführung des demographischen Faktors eine zusätzliche Vetofunktion wesentlich erleichtert. Der Entwurf der neuen EU-Verfassung zementiert die Hegemonialstellung Deutschlands

weiter ein. Sollte diese Verfassung angenommen werden, dann verpflichteten sich nicht nur alle EU-Staaten zur militärischen Aufrüstung, sondern Deutschland würde auch etwa 18% der Stimmen in den entscheidenden EU-Gremien erhalten. Zusätzlich wird in einigen Bereichen wie Justiz und Inneres die Aufgabe des die Zustimmung aller erfordernden Einstimmigkeitsprinzips den Einfluss weniger großer Staaten, darunter u.a. Spanien, Polen und die Tschechische Republik, massiv verringern. „Qualifizierte Mehrheiten“ sollen die Entscheidungsfindung der EU „erleichtern“. Dass der Präsident des Europäischen Konvents, Valérie Giscard d'Estaing, ebenfalls ganz nach deutschem Geschmack war, erscheint angesichts dieser Fakten nur mehr als Detail am Rande. Dieser ordnete 1975 als Staatspräsident Frankreichs an, dass aus Rücksicht auf die deutsch-französischen Beziehungen anlässlich des Jahrestags der militärischen Zerschlagung des Nationalsozialismus keine offiziellen Feiern mehr stattfinden sollten.²

Die Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten zeichneten sich durch genau jenen Unilateralismus aus, der der US-amerikanischen Außenpolitik zu jeder erdenklichen Gelegenheit von deutsch-europäischer Seite vorgeworfen wird. Im Rahmen des als „Regatta“ bezeichneten Aufnahmeverfahrens wurden den Beitrittswerbern Kriterien vorgeschrieben, die umgesetzt werden mussten. Neben der bedingungslosen Übernahme

„Zwei Aufgaben gilt es parallel zu meistern: Im Innern müssen wir wieder zu einem Volk werden, nach außen gilt es etwas zu vollbringen, woran wir zweimal gescheitert sind.“

Klaus Kinkel, damaliger deutscher Bundesaußenminister 1993

VON MATTHIAS FALTER*

*) Matthias Falter studiert Politikwissenschaft in Wien und ist in der Basisgruppe Politikwissenschaft aktiv.

Bahamas

Der Antimperialismus ist ein Meister aus Deutschland: Die Verständnislosigkeit, ja die kaum verhohlene Begeisterung, die insbesondere das sozialdemokratisierte deutschfreundliche Europa dem brachialen Antisemitismus und dem zivilisationsfeindlichen Kollektivismus, wie ihn der Djihadismus propagiert und praktiziert, entgegenbringt, läßt nur einen Schluß zu: Der antiwestliche Krieg spricht ihm aus der Seele. Im Djihadismus findet es alle Ingredienzen des historischen „deutschen Weges“ (Schröder); jene Ingredienzen, die von Beginn an das ausmachen, was deutsch ist: die Installation des Kapitalismus nicht durch sondern gegen das Bürgertum; Konkurrenzfähigkeit ohne Krise, Frieden ohne Freiheit, Gemeinschaft statt Gesellschaft, die Feindseligkeit gegen die Individuation, die Verteidigung der Regression als höhere Kulturstufe; allgemein gesagt: der Affekt gegen das Fremde, Unordentliche, Vermischende, gegen Liberalismus, Tauschbeziehungen, Abstraktheit, Kritik und Aufklärung, und die selbstbezügliche Liebe zum Hergebrachten, Kindlichen, Vorbegrifflichen, zur fraglosen Autorität.

**Die Bahamas erscheint 3 bis 4 mal im Jahr.
Sie kostet pro Heft 4 EUR (auch Briefmarken).
Das aktuelle Heft oder Nachbestellungen bei:**

**Bahamas, Postfach 62 06 28, 10796 Berlin
Telefon: 030 / 623 69 44
mail@redaktion-bahamas.org
www.redaktion-bahamas.org**

des *acquis communautaire*, das ungefähr 80 000 Seiten umfassende EU-Regelwerk, galt es vor allem die Kopenhagener Kriterien zu erfüllen.³ Diese verlangten neben politischer Stabilität, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in erster Linie eine funktionierende Marktwirtschaft. Das Nichterreichen dieser Parameter hätte, so wie im Falle Bulgariens und Rumäniens, eine Nichtaufnahme in die EU oder zumindest Sanktionen zur Folge gehabt.

Deutsche Wirtschaftspolitik im Osten

Am Anfang der Transformation in Ost- und Mitteleuropa

nach dem Ende des Realsozialismus stand eine radikale Umstrukturierung der Wirtschaft mittels Zerschlagung bzw. Teil-privatisierung der Industrie. Die von Westeuropa forcierte Öffnung des Marktes war die Voraussetzung für die Expansion nach Osten und die Abhängigkeit der Kandidatenländer. Westliche und hier wiederum vor allem deutsche Konzerne verlegten hauptsächlich arbeitsintensive Branchen aufgrund der Lohn Differenz in eben diese Staaten. Während sich die osteuropäischen Märkte für Kapital und westliche Produkte öffnen mussten, agierte die EU äußerst protektionistisch ge-

genüber jenen Ländern und schottete ihren Markt gegenüber Importen aus Osteuropa ab, der Handel innerhalb des ehemaligen RGW-Raumes wurde großteils unterbunden. Westliche Agrarprodukte werden auch nach dem Beitritt bei weitem höher subventioniert als östliche. Die von der EU als so bedeutend hervorgehobene Freizügigkeit der ArbeitnehmerInnen wurde für Menschen aus den neuen Mitgliedsländern auf mehrere Jahre außer Kraft gesetzt.

Anhand einiger Zahlen wird das asymmetrische Verhältnis und die Abhängigkeit der neuen EU-Mitglieder von der Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft deutlich. Im Jahr 2001 gingen über 34% der polnischen Exporte nach Deutschland, umgekehrt schlugen sich Importe aus Deutschland mit 24% in der polnischen Handelsbilanz nieder. Mit jeweils nur ungefähr 2% an Exporten und Importen für die deutsche Gesamtwirtschaft wird die polnische Abhängigkeit verdeutlicht. Eine ähnliche Asymmetrie tritt im Fall der Tschechischen Republik auf. 38% der tschechischen Exporte gingen 2001 nach Deutschland, in dessen Außenhandelsbilanz diese mageren 3% ausmachen. Die knapp 40% deutscher Importe nach Tschechien bedeuten für Deutschland insgesamt weniger als 3% der Gesamtexporte. Die Gewinne von Firmen in Osteuropa werden wiederum hauptsächlich von deutschen Unternehmen erwirtschaftet. So sorgt Skoda, das sich im Besitz von Volkswagen befindet, allein für 10% des tschechischen Außenhandels und das VW-Werk in Bratislava dominiert mit mehr als einem Fünftel den slowakischen Export. Die in diesen Ländern erwirt-

schafteten Gewinne fließen zurück nach Deutschland. Entgegen der gängigen Argumentation fließt dadurch weniger Kapital von West nach Ost als umgekehrt.

Ähnlich wie die Wirtschaft befindet sich auch der osteuropäische Mediensektor mit ungefähr 60% Anteil, in Ungarn sogar mit drei Viertel, in sprichwörtlich „deutscher Hand“. Bezeichnend für die große Beteiligung deutschen Kapitals in der tschechischen Medienlandschaft war die Diskussion über die Beneš-Dekrete, als sich zwar die Regierung für die Beibehaltung der Gesetze aussprach, der Großteil der Zeitungen sich jedoch für deren Abschaffung stark machte.

„Die Zeit der europäischen Binnenkriege muss beendet und der europäische Partikularismus überwunden werden“, heißt es nicht etwa in einer Stellungnahme einer deutschen Regierung nach 1989 sondern in dem Entwurf für eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes im September 1943.⁴ Angesichts der drohenden Niederlage im zweiten Versuch, Europa, insbesondere Osteuropa zu germanisieren, besinnt man sich auf deutscher Seite auf betont „antinationale“ Strategien, um deutsche Interessen durchzusetzen. Die Kontinuitäten in der aktuellen Ostpolitik Deutschlands sind unübersehbar. Die EU-Osterweiterung vor dem Hintergrund der Konkurrenz zu den USA bietet hierfür eine perfekte Gelegenheit im Einklang mit „europäischen Werten“ die deutsche Vormachtstellung in Osteuropa auszubauen. Ob die neuen EU-Mitglieder am „deutsch-europäischen Wesen genesen“, ist zu bezweifeln, Deutschland wird es auf jeden Fall.

1 Ralf Schröder: *Stationen eines Feldzugs*. In: *Konkret* 5/2004, S. 35-38.

2 Peter Reichel: *Politik mit der Erinnerung*, Frankfurt/Main, 1999, S. 244.

3 Hannes Hofbauer: *Osterweiterung. Vom Drang nach Osten zur peripheren EU-Integration*, Wien, 2003, S. 77ff.

4 Zit. nach Hofbauer, a.a.O., S.29.

Versöhnung auf Sudetendeutsch

Neues von der Vergangenheitsüberwältigung

Wie um zu zeigen, die VertreterInnen der *Sudetendeutschen Landsmannschaft Österreichs* (SLÖ) seien alles andere als Ewiggestrige, die die Sprache der Jugend nicht sprächen, ließen diese Ende 2003 mit folgender Presseaussendung aufhorchen: „Nach JA der Tschechen zur EU – An alle Bürger der EU. Warnung: Computervirus in der Gemeinschaft (...) Mit dem Beitritt der Tschechischen Republik wird das Virus Vertreibung und Völkermord in das Netzwerk der EU eingespeist. Leider hat die EU, auf das vom Europaparlament geforderte Antivirusprogramm ‚Aufhebung der Vertreibungsdekrete‘, bei der Abstimmung im EU-Parlament gegen die Stimmen der Bayerischen CSU-EU-Abgeordneten und einigen weiteren Gegenstimmen und Enthaltungen, verzichtet. So wird die Tschechische Republik, deren Grundlagen Geschichtslügen, sowie die Vertreibung und der Völkermord an über drei Millionen Sudetendeutschen und Ungarn sind, 2004 in die EU aufgenommen und damit auch das Virus Vertreibung. (...) Jeder Staat auf der Welt, der Minderheiten los werden will und eine sogenannte ‚Ethnische Säuberung‘ plant, kann sich auf das Beispiel Tschechische Republik berufen, die trotz dieses unverjährbaren Völkermordes in die ‚Rechts- und Wertegemeinschaft EU‘ aufgenommen werden soll. Das

Computervirus Vertreibung und Völkermord ist damit am 09.04.2003 in das EU-Internet eingespeist worden, seine Adresse sollte lauten: www.Tschechische-Republik-Völkermord-Spezialist.CR“¹

Dieser sowohl infame als auch infantile Anwurf fasst die Wahnvorstellungen der SLÖ zur Osterweiterung allgemein und zur Tschechischen Republik im speziellen zusammen. Aber hinter der Hetze steckt auch taktisches Interesse: Die EU wird als „Wertegemeinschaft“ gesehen, mittels derer man versucht, der als skandalös empfundenen Nachkriegsordnung zum eigenen Vorteil den Rest zu geben. Dabei wird auf Hilfe der Staaten Deutschland und Österreich (das mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ, zu deren traditionellem Klientel die SLÖ zählen, eine ausgezeichnete Plattform bildet) zwar zurückgegriffen, aber die verwandelte politische Landschaft ermöglicht es den Vertriebenenverbänden, eigenständiger zu handeln als noch zu Zeiten des Kalten Krieges, wie Samuel Salzborn analysiert: „Während die Vertriebenenverbände vor dem Ende der Systemkonfrontation in der Hoffnung auf Realisierung des von ihnen eingeforderten ‚Rechtes auf die Heimat‘ stets auf die Bundesrepublik als sie vertretenden Anwalt setzen mussten, entstand durch die Transformationen des osteuropäischen Politik-, Rechts- und Wirtschaftssystems die Chance auf

eine aktive Außenpolitik, die zwar noch auf den diplomatischen Schutz durch die Bundesrepublik, jedoch nicht mehr zwanghaft auf ihre konkrete außenpolitische Aktivität im Sinne der Vertriebenenverbände in den betreffenden Staaten angewiesen war.“² Da aber die Versuche der VertriebenenlobbyistInnen, den Beitritt der ČR von der Aufhebung der Beneš-Dekrete abhängig zu machen, scheiterten, wird nunmehr versucht, über den *Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte* eine Aufhebung der Dekrete bzw. Wiedergutmachungszahlungen und Restitution von Gütern anzustreben.

Federführend bei dieser Beschwerde sind der *Witikobund*, eine Vereinigung die man, nachdem sie 1949 von ehemaligen sudetendeutschen Funktionären des Nationalsozialismus aller Ränge gegründet worden war, als Kaderorganisation der SL bezeichnen könnte, und eine Sudetendeutsche Initiative.

Zwischen dem *Witikobund* und den SL gab es im Vorfeld Meinungsverschiedenheiten, da diese dem Vorsitzenden des Witikobundes, Hort Rudolf Übelacker, zu versöhnlicherisch vorgingen und er 2002 klagte: „Die Spitzenvertreter [der SL, F.R.] in München, allesamt CSU-Mitglieder, sind offen auf Verzichtkurs gegangen, allen voran Bernd Posselt, MdEP. Nach mehreren Anläufen der Aufweichung von Positionen,

Die sudetendeutschen Verbände wollen sich die EU-Osterweiterung für ihren Revisionismus und ihre Vorstellungen von Versöhnung zunutze machen.

VON FLORIAN RUTTNER*

*) Florian Ruttner studiert in Wien und ist in der *Basisgruppe Politikwissenschaft* aktiv.



Józef, Jakub und die Terroristen. 1937

wofür er in der SL-Bundesversammlung (Exil-Parlament) nachdrücklich gerügt wurde und sich entschuldigte, brachen die Dämme bei ihm in Prag. Dort erklärte er – wie bekannt – am 24. März 2002 in einem FS-Live-Interview, was er (nicht etwa er persönlich, sondern als SL-Bundesvorsitzender!) verlange: „Nichts!“³

Schuld und Abwehr

Mittlerweile scheint man sich aber geeinigt zu haben, denn im Juni 2003 berichtet die SLO von einer Strategietagung zur kommenden EU-Osterweiterung, was sie sich unter Versöhnung vorstellt: „In Arbeitskreisen wurden besonders historische, rechtliche und wirtschaftliche Fragen ausführlich diskutiert. Ei-

nigkeit herrschte darüber, daß sich durch die geänderten Verhältnisse die Aussichten auf die Durchsetzung der gerechtfertigten Ansprüche verbessern werden. Gerade die Anwendung der europäischen Rechts- und Werteordnung wird die Tschechische Republik zu einem Umdenken gegenüber den Sudetendeutschen bewegen. (...) Innerstaatlich [innerhalb der ČR, F.R.] sollte damit eine Aufarbeitungs-Offensive über die dunkle Vergangenheit folgen, um das kommunistische und chauvinistische Geschichtsbild des Großteils der tschechischen Bevölkerung zur Wahrhaftigkeit hinzuführen. Das ist die beste Grundlage für eine Versöhnung.“⁴

Aus diesem Ansinnen ist ersichtlich, dass die Restituti-

onszahlungen nur einen Teil der Ziele der SL darstellen, und dass ihr Unterfangen auf mehr abzielt als auf Länderreien im Osten, nämlich auf eine Uminterpretation der Geschichte, durch die jede historische Unterscheidungsmöglichkeit verschwimmen und der Unterschied zwischen TäterInnen und Opfern im Getöse des Rufs „Wir sind doch alle Opfer“ untergehen soll. Wird der Beschwerde stattgegeben, so würde das eine geschichtspolitische Zäsur darstellen, die die Sichtweise der SL europaweit rechtlich und so quasi objektiv bestätigen würde.

Für diese Neuinterpretation der europäischen Geschichte geht die SLO neuerdings strategische Koalitionen mit anderen Organisationen ein, die ähnliche Ziele haben, wie mit dem *Weltbund der Ungarn*, einer Vereinigung, die das Rad der Geschichte noch weiter zurückdrehen will und eine Revision des Vertrags von Trianon fordert und die völkische Parzellierung Europas vorantreiben will.

Der Schutt der antifaschistische Nachkriegsordnung von Potsdam soll weggeräumt und dabei unter der Hand die Rolle der Sudetendeutschen von begeisterten Volksgenossen im „Mustergau Sudetenland“ in Opfer umgelogen werden. Das Bedürfnis, sich nur als Opfer darzustellen, hat bei den Sudetendeutschen schon eine lange Tradition. Auch der Turnlehrer, Führer der *Sudetendeutschen Partei* und Gauleiter des Sudetenlandes Konrad Henlein, der Anfang 1945 noch Liberec mit dem Volksturm verteidigen wollte, sah sich im Mai als Opfer, wie ein Augenzeuge berichtet: „(...) nun brach ein Strom bitterster Anschuldigungen aus seinem

Mund. (...) Ich habe das alles nie gewollt, sie haben mich getäuscht, sie haben mich erst belogen, dann haben sie mich entmachtet, sie haben meinen Namen missbraucht.“⁵

Diese schon wahnhaft zu nennende Weigerung, für die eigenen Taten die Verantwortung zu übernehmen, findet man auch noch heute. So ist auf der Homepage der SLO folgende „Erklärung“ für die Vertreibung der Sudetendeutschen zu finden: „Für unsere Vertreibung gab es zwei Hauptgründe: Das Verlangen der Nationalisten in der Tschechoslowakei, einen tschechoslowakischen Nationalstaat zu schaffen, und die Absicht Stalins, Millionen ausgeraubte Ost-, Südost-, Sudetendeutsche und Altösterreicher in den Rest von Deutschland und nach Österreich zu pferchen, um dort ein soziales Chaos zu schaffen, das die Vorstufe zu einer kommunistischen Machtergreifung sein sollte.“⁶ Kein Wort von der treibenden Rolle der *Sudetendeutschen Partei*, die sich breiteste Unterstützung der Sudetendeutschen erfreute, bei der Zerschlagung der ČSR, oder von der breiten Unterstützung in der Bevölkerung für die Massaker der Nazis. So berichtete der Regierungspräsident von Aussig (Ústí nad Labem) über die Stimmung der Sudetendeutschen angesichts der Auslöschung der Dörfer Lidice und Ležáky, deren Bevölkerung Verbindungen zum Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor und Gastgeber der Wannseekonferenz Reinhard Heydrich nachgesagt wurden: „Die deutsche Bevölkerung hat sich an der Mitfahndung nach den Tätern nicht nur sehr rege beteiligt, sie hat nicht nur die scharfen Maßnahmen der deutschen Staatsführung ein-

1 www.sudeten.at/index2.html, 13.01.04

2 Samuel Salzborn: *Heimatrecht und Volkstumskampf. Außenpolitische Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung*, Hannover 2001, S. 12.

3 www.witikobund.de/html/aktuell.html, 10.5.04

4 <http://www.sudeten.at/index2.html>, 4.2.04

5 Volker Zimmermann: *Die Sudetendeutschen im NS-Staat. Politik und Stimmung in der Bevölkerung im Reichsgau Sudetenland (1938-1945)*, Essen 1999, S. 453.

6 <http://www.sudeten.at/index2.html>, 13.4.04

7 Zimmermann, a.a.O., S. 332

heitlich als gut und richtig angesehen, sondern sie hat ganz allgemein die *konsequente Verfolgung der reichsfeindlichen Elemente im Protektorat mit wahrer Genugtuung aufgenommen*. [kursiv i. O., F.R.]⁷

Überhaupt wird die Geschichte des Nationalsozialismus und dessen Opfer, die im gesamten Tschechischen Gebiet auf ca. 260.000 geschätzt werden, von den SL nur sehr selektiv wahrgenommen. Das wiederum ist in Österreich, das immer noch vom Mythos des ersten Opfers des Nationalsozialismus zehrt, nichts Neues, deshalb stoßen die SL in weiten Bevölkerungsschichten auch auf Verständnis, teilen sie doch psychologische Mechanismen der Abwehr, die Theodor W. Adorno in der Studie *Schuld und Abwehr* analysierte. Den Kern des Abwehrmechanismus beschreibt Adorno so: „Wenn die Wahrheit oder zumindest Elemente der Wahrheit von den Abwehrmechanismen verarbeitet werden, vollzieht sich durchweg eine Verschiebung. Man verkehrt die eigene Schuld in die der anderen, indem man Fehler, welche diese begangen haben oder begangen haben sollen, zur Ursache dessen erklärt, was man selbst getan hat. Dieser Mechanismus hat aber eine wohlbekannte psychologische Seite: die der Projektion.“⁸ Diese Projektion ist aber immer ambivalent, sie pendelt immer zwischen purer, wahnhafter Projektion und dem bewussten Versuch, sich die eigene Geschichte schön zu lügen: „Der Projektionsmechanismus ist wesentlich mit Rationalisierung verbunden, und es fällt angesichts der Virtuosität des Rationalisierens oft überaus schwer, eine Grenze zu ziehen zwischen dem zweckmäßigen Versuch, durch Aufmachung

eines Schuldkontos für den Partner sich selbst zu entlasten, und der unbewussten und zwanghaften Übertragung eigener Neigungen und Trieb Tendenzen auf andere, denen man daraus Vorwürfe macht.“⁹ So wird der selbst betriebene Massenmord an Juden und Jüdinnen auf die TschechInnen projiziert: „Das tschechische Volk war zwar, und das beweisen Mordaufrufe und die exakt formulierten Beneš-Dekrete, das habgierigste und brutalste aller Völker, die das Kriegsende 1944/45 dazu nützten, sich ihrer jahrhundertlangen Mitbürger durch ‚Säuberung‘ zu entledigen.“¹⁰ Auch im Gründungsdokument der Vertriebenenverbände, der sogenannten *Charta der Heimatvertriebenen*, findet sich folgende nur auf den ersten Blick kryptische Stelle: „Die Völker der Welt sollen ihre Mitverantwortung der Heimatvertriebenen als der vom Leid dieser Zeit am schwersten Betroffenen empfinden. [sic]“¹¹ Nicht Juden und Jüdinnen sollen also erstes Ziel der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik gewesen sein, sondern die Vertriebenen phantasieren sich selber in die Rolle des Opfers hinein.

Aus der Perspektive des Opfers heraus kann die SLÖ auch trefflich das Weltgeschehen kommentieren, alte Freunde und Feinde wiederentdeckend: „Die unfaire Politik der USA ändert sich nicht. Unter Ausschaltung der betroffenen vertriebenen Palästinenser, hat Präsident Bush mit Israel-Premier Ariel Sharon Pläne des Landraubes beschlossen. Die Parallele [sic] lässt sich zur sudetendeutschen Tragödie ziehen: 1918 besetzte tschechisches Militär gesetzwidrig die deutschen Gebiete Böhmens und Mährens.

(...) Dann die Potsdamer Konferenz Anfangs August 1945: US-Präsident Harry S. Truman nimmt die Vertreibung von bereits 700.000 Sudetendeutschen als Realität zur Kenntnis – sie soll nur ‚human‘ ablaufen. Bis heute setzt sich die völkerrechtswidrige US-Politik fort!“¹² Überhaupt hegt die SLÖ große Sympathien für die palästinensische Sache, gibt es doch neben der gemeinsamen Vergangenheit der Kollaboration mit dem Nationalsozialismus auch andere Überschneidungen: Der Kampf gegen einen als „unnatürlich“ gebrandmarkten Staat und das völkische Verständnis von Heimat, das sich hauptsächlich um die Kategorien Blut und Boden dreht.

Edvard Beneš se zasloužil o stát!

Auf tschechischer Seite reagiert man angesichts solcher Wahngebilde mit gekonnten Sticheleien. So lehnte der tschechische Senatspräsident Petr Pithart eine Verleihung eines europäischen Preises durch Edmund Stoiber ab, da dessen CSU bei der Abstimmung über den EU-Beitritt der ČR zu den Scharfmachern gehört hatte. Und im Frühling wurde ein von den KommunistInnen eingebrachtes Gesetz verabschiedet, das nur aus dem Satz „Edvard Beneš hat sich um den Staat verdient gemacht“ besteht. Die SL schäumen heute noch vor Wut und geißeln Benes als „Vertreiberpräsident“, der „für seinen

hochverräterischen Beitrag zur Zerschlagung des Habsburgischen Vielvölkerstaates (1918/1919) und offenbar auch für den Völkermord an den Sudetendeutschen und seine Auslieferung der ČR an die kommunistische Hemisphäre erst im April des Jahres 2004 per Gesetz mit einem ‚Lorbeerkrantz‘“¹³ ausgezeichnet werde.

Insgesamt aber sieht die Situation für die ČR nicht gerade rosig aus, denn sollte die von Sudetendeutschen eingebrachte Beschwerde Erfolg haben, würde das neben den finanziellen Einbußen auch das deutsch-österreichische Unterfangen einer Neuinterpretation der Geschichte, die im Nationalsozialismus nur Opfer, aber keine TäterInnen kennt, einen gewaltigen Schritt vorwärtsbringen und einer Sichtweise einen Präzedenzfall liefern, die die SLÖ so ausdrückt: „Mit Politikern, die 60 Jahre nach einem Krieg noch in Kategorien von Siegern und Besiegten denken, die alle Feindbilder in die Zukunft unseres vereinigten Europas hineinprojizieren wollen, wird unserer Wertegemeinschaft noch großer Schaden zugefügt werden.“¹⁴ Erst wenn diese letzten Kränkungen beseitigt sind, die an den Nationalsozialismus, dessen Niederlage, und dessen (Sudeten)deutsche Täter und Täterinnen gemahnen, könnte man sich ungestört an die Neuordnung der „Wertegemeinschaft Europa“ machen.

8 Theodor W. Adorno: *Schuld und Abwehr. Eine qualitative Analyse zum Gruppenexperiment*, in: Ders.: *Soziologische Schriften II*, GS 9.2, Frankfurt a. M. 1997, S. 232.

9 Ebd., S. 233

10 www.sudeten.at/index2.html, 4.2.04

11 www.sudeten.at/index2.html, 4.2.04

12 <http://www.sudeten.at/index2.html>, 10.5.04

13 <http://www.sudeten.at/index2.html>, 5.5.04

14 <http://www.sudeten.at/index2.html>, 23.5.04

Wiederauferstehung des „christlichen Mittelstandes“ in Ungarn?

Seit der Wende 1990 gab es in Ungarn vier Parlamentswahlen, wobei jedes Mal die Regierung abgewählt wurde. Dieser ständige Wechsel ist Zeichen einer kontinuierlich wachsenden Polarisierung in der ungarischen Gesellschaft, die von einer rückläufigen Wahlbeteiligung begleitet wird.

VON KARL PFEIFER*

Seit 1990 versuchen die Rechten das 1944 untergegangene Horthyregime zu rehabilitieren. Dessen Politiker hatten in Trianon (1920) mit den Alliierten Frieden geschlossen und waren danach bestrebt, eine Revision zu erreichen, nach 1933 auch um den Preis eines Bündnisses mit den Achsenmächten, obwohl weitsichtige konservative Politiker davor warnten.

War Ungarn in der Monarchie noch eine staatstragende Nation, so wurde – kurz nach der erreichten Unabhängigkeit von Wien – das Nationalgefühl durch den Frieden von Trianon (nicht weit von Versailles) tief gekränkt. Diese Kränkung wurde vom Regime benützt. Neben Revanchismus, Chauvinismus, Antiliberalismus und Antikommunismus zeichnete es sich durch Antisemitismus aus. Alle damaligen Regierungspolitiker postulierten den ungarischen Rechten so sehr strapaziert, wie der des „christlichen Mittelstandes“, den kein/e Soziologe/in präzise Schutz des „christlichen Mittelstandes“.

Kein Begriff wurde und wird im Sprachgebrauch der definieren kann. In Wirklichkeit geht es darum, wie schon in der Zwischenkriegszeit, Juden und Jüdinnen (zu denen auch diejenigen zählen, die von der Gesellschaft als solche betrachtet werden) zu markieren, zurückzudrängen, ihren Einfluss zu schmälern,

und vielleicht am Ende auch aus dem Land zu treiben. Das Wort „christlich“ wird heute – wie in der Zwischenkriegszeit – oft als Synonym für nichtjüdisch gebraucht.

Nicht zu leugnen ist, dass der Säkularisationsprozess auch in Ungarn seit der Befreiung 1945 wirksam war. Trotzdem bekennen sich auch viele Leute des rechten Lagers zum „christlichen Mittelstand“, die eine Kirche höchst selten wenn überhaupt betreten. Wenn es im soziologischen Sinn auch nicht mehr die gleiche Klasse gibt, schließt diese sich heute als solche definierende aber in der Mentalität an diejenige, die das Horthyregime repräsentierte, voll an.

Der im Exil gestorbene Schriftsteller Sándor Márai qualifizierte diesen Mittelstand als einen, der in der Zwischenkriegszeit „seine Qualitätsansprüche aufgab, das Diplom durch den Tauschein als Mittel zum Vorwärtskommen ersetzen wollte und mit der Rassenbewertung den Adelsbrief, dieses rissige Pergament, verriet.“

Ein Evergreen des „christlichen Mittelstands“ ist das Jammern ob der „jüdischen Ausbreitung“. Wurden im Horthyregime die Juden und Jüdinnen beschuldigt, am Kommunismus und Kapitalismus schuld zu sein, so kommt heute noch die Globalisierung dazu.

Der ehemalige Schriftsteller und Geheimdienstspitzel István Csurka, Vorsitzender der rechtsextremen MIEP, die bei den Wahlen 2002 aus dem Parlament flog, erlaubte sich am 19. April, dem Gedenktag des Holocausts, der an die Deportation der ungarischen Juden und Jüdinnen vor 60 Jahren erinnert, zu erklären: „Das Judentum will seine Hegemonie über Millionen Ungarn bewahren, es will Ungarn zum Hinterland von Israel machen, es will angesichts der ungarischen Schwäche eine neue europäische Basis aufbauen.“

Die Oppositionspartei *Fidesz* – die sich als die Partei des „christlichen Mittelstandes“ versteht – versucht das Kunststück zu vollbringen, in Ungarn mit ungehemmter innenpolitischer Hetze, mit unterschwelligem Antisemitismus, vulgärem Antikommunismus und billiger Sozialdemagogie zu mobilisieren, gleichzeitig aber in der breiten Öffentlichkeit und im Ausland den Anschein zu erwecken, man habe es mit einer normalen konservativen Partei zu tun.

Wie viele Juden und Jüdinnen heute in Ungarn leben, kann nicht mit Bestimmtheit gesagt werden, da ja die Gesellschaft in der Regel die Abstammung bei der Beurteilung wer jüdisch ist als Kriterium nimmt, danach aber bei der Volkszählung natürlich nicht gefragt wird. Man

*) Karl Pfeifer, ehemaliger Redakteur der Zeitschrift *Die Gemeinde*, lebt als freier Journalist in Wien

schätzt die Zahl auf 80.000 bis 100.000, die zumeist in Budapest leben.

Das Wort „Jude“ wird nicht nur auf Sportplätzen als Beschimpfung verwendet. Die Polarisierung zwischen „links“ und „rechts“, zwischen „urbanen“ und „völkischen“ Intellektuellen führte auch dazu, dass man den ungarischen Schriftsteller Peter Esterhazy „beschuldigte“ jüdischer Abstammung zu sein. Esterhazy trat den Gegenbeweis öffentlich an. Es ist schauderhaft zu lesen, wie auch entschiedene GegnerInnen des Antisemitismus ihre lupenreine nichtjüdische Abstammung glauben beweisen zu müssen und welche Rolle diese im heutigen Ungarn spielt.

Der Holocaust in Ungarn

Die ungarischen Juden und Jüdinnen lebten im Mittelalter und in der Moderne relativ im Windschatten. Erst nach der Emanzipation (1867) eröffneten sich für sie große Möglichkeiten. So spielten sie bei der Industrialisierung und Modernisierung Ungarns eine wichtige Rolle und viele von ihnen wurden zu Pionieren der Magyarisierung der Minderheiten, die ja im ungarischen Teil der Monarchie die Mehrheit bildeten.

Antisemitismus war auch aus eben diesem Grund vor dem Ersten Weltkrieg nicht mehrheitsfähig, doch gab es warnende Zeichen, wie den Ritualmordprozess Tiszaeszlár, der nach 1882 die Öffentlichkeit einige Jahre beschäftigte. Als in den katholischen Städten Transdanubiens der Pöbel antisemitische Unruhen auslöste, gab der reaktionäre Ministerpräsident Kálmán Tisza den Husaren den Befehl, diese mit Gewalt zu unterdrücken. Auch sein

Sohn István Tisza nahm als Ministerpräsident vor dem Ersten Weltkrieg energisch gegen den Antisemitismus Stellung.

Trotz staatlicher Ablehnung war der Antisemitismus in der Gesellschaft stark verankert. Dies war mit ein Grund, warum viele junge Juden und Jüdinnen die aufkommende Linke unterstützten. Das machte sich insbesondere während der Zeit der kurzlebigen Räterepublik 1919 bemerkbar, als fast alle Führungskader jüdischer Abstammung waren.

Es folgte der von Miklós Horthy angeführte „weiße Terror“ mit vielen linken und jüdischen Opfern. Während der zwanziger Jahre versuchten jüdische Apologeten, mit Fakten dem Antisemitismus entgegenzutreten und lieferten Beweise, dass unter den Opfern des „roten Terrors“ auch nicht wenige Juden waren. Doch das hatte keine Wirkung. Damals wie heute wird den Juden und Jüdinnen pauschal „Kosmopolitismus“ und „Internationalismus“ vorgeworfen.

Im Friedensabkommen von Trianon wurden auch kompakte von Ungarn bewohnte Gebiete abgetrennt und viele Ungar/inne/n aus den Nachfolgeländern strömten in das kleiner gewordene Land. War noch in der „guten alten Zeit“ für einen ungarischen Gentry ein Posten im Geschäftsleben nicht erwünscht, so änderte sich das. Ungarn wurde das erste Land in West- und Mitteleuropa, das bereits nach dem Ersten Weltkrieg den „*numerus clausus*“ beschlossen hatte, mit dem das Hochschulstudium von Juden und Jüdinnen eingeschränkt wurde.

Während der Konsolidierung des Horthyregimes in

den frühen zwanziger Jahren wurden die antisemitischen Strömungen zwar zurückgedrängt, doch hatten große Teile des „christlichen Mittelstands“ sich längst zum Ziel gesetzt, den Juden und Jüdinnen die wirtschaftlichen Grundlagen zu entziehen. Auch die Regierung setzte den Antisemitismus gezielt ein, um von Missständen abzulenken. Nach der Machtübergabe an die Nationalsozialisten in Deutschland und insbesondere nach dem „Anschluss“ erstarkten die antisemitischen Strömungen in der ungarischen Politik und Gesellschaft. Bei den Wahlen 1939 gelang den Pfeilkreuzlern ein Einbruch in die traditionelle WählerInnenenschaft der Sozialdemokraten.¹ Es gab in der ungarischen Öffentlichkeit und Kultur Stimmen, die vor dem Bündnis mit den Nationalsozialisten immer wieder warnten, so der ehemalige Antisemit und Parlamentsabgeordnete Endre Bajcsy-Zsilinszky, der von den Pfeilkreuzlern Ende 1944 hingerichtet wurde, als die Rote Armee schon in Ungarn stand. 1938/39 wurden zwei antijüdische, diskriminierende Gesetze mit Zustimmung der katholischen und reformierten Kirche beschlossen. Einige führende ungarische Intellektuelle, darunter der Nobelpreisträger Albert Szentgyörgyi, die Musiker Béla Bartók und Zoltán Kodály sowie eine Reihe von bekannten AutorInnen protestierte dagegen. 1941 wurde ein Gesetz gegen Juden und Jüdinnen ausgearbeitet, in

dem zum erstenmal rassistische Kriterien angewandt wurden.

Der Wissenschaftler Randolph L. Braham schreibt in seinem grundlegenden Werk² von den unmöglichen Paradoxen der Geschichte der Juden und Jüdinnen in Ungarn. Ungarn war in der Zeit bis zur deutschen Besetzung Zufluchtsort in Mitteleuropa, verhältnismäßig vielen verfolgten Juden und Jüdinnen gelang die Flucht nach Ungarn. Nur wenige wurden von den Behörden interniert. Obwohl es nach Stalingrad allen klar war, dass Deutschland diesen Krieg verlieren wird, und das Kommando Eichmann lediglich aus ca. 150 Männern bestand, machten die ungarischen Behörden nach der deutschen Besetzung am 19. März 1944 begeistert mit bei der Ghettoisierung, Beraubung und Deportierung der Juden und Jüdinnen. Binnen ungefähr sieben Wochen wurden sie aus der Provinz vor allem nach Auschwitz-Birkenau deportiert und die meisten fanden dort ihren Tod. Nachdem Reichsverweser Horthy von den Alliierten und Neutralen bedrängt worden war, gab er Befehl, die Deportation der Juden und Jüdinnen aus Budapest zu verhindern. Ungarisches Militär hinderte am 7. Juli 1944 die ungarische königliche Gendarmerie daran, mit der Deportation auch in der Hauptstadt zu beginnen. Nach der Machtübergabe an Szálasi und die Pfeilkreuzler am 15. Oktober 1944 wurden rund 100.000 Juden und Jüdinnen

1 Die Sozialdemokratische Partei konnte bis zur deutschen Besetzung legal wirken, durfte jedoch in Dörfern und am Land keine Agitation betreiben.

2 *The Politics of Genocide. The Holocaust in Hungary*, New York 1994

aus Budapest Richtung Österreich in Marsch gesetzt. Viele von ihnen wurden ermordet oder starben an den Strapazen. Insgesamt fielen rund 450.000 Juden und Jüdinnen dem ungarischen Holocaust zum Opfer.

István Bibó hat in seinem bereits 1948 erschienenem Essay³ sich mit der Verantwortung der ungarischen Gesellschaft beschäftigt. János Gyurgyák resümiert in seinem umfassenden Werk⁴ die Haltung der Gesellschaft, die bis heute den ungarischen Holocaust „weder verdauen noch aufarbeiten“ konnte.

Während der Zeit des Stalinismus 1949 - 1956 wurde das Thema Antisemitismus und Judenverfolgung in Ungarn tabuisiert. In der Zeit der Konsolidierung des Kádárregimes wurden in der Regel Juden und Jüdinnen nicht diskriminiert, jedoch wurden für repräsentative Posten eher Nicht-Juden/-Jüdinnen bevorzugt. Es erschienen zwar in kleiner Auflage einige belletristische Werke zum Thema, doch herrschte noch die Geschichtslüge vor, wonach „die Deutschen“, die volle Verantwortung gehabt hätten für die Schoah. Denn man konnte sich ja zurecht darauf berufen, dass es ohne deutsche Besetzung nicht dazu gekommen wäre. Das aber war nur die halbe Wahrheit.

Denkmal für einen Antisemiten

Anfang 2004 wurde der Plan bekannt, in Budapest ein Denkmal für den Antisemiten Pál Teleki aufzustellen. Der liberale Bürgermeister Gábor Demszky stimmte zu. Erst als die jüdische Gemeinde protestierte, nahm er seine Zustimmung zurück.

Der Politiker, Geograph, Pfadfinderführer Teleki war mehrfach Minister und Ministerpräsident Ungarns und als solcher schloss er auch im März 1941 ein Nichtangriffsabkommen mit Jugoslawien. Als ihm klar wurde, dass das Horthy-Regime den deutschen Truppen den Durchmarsch nach Jugoslawien gestatten würde, beging der praktizierende Katholik Teleki Selbstmord.

Teleki war 1920-21 Ministerpräsident und führte den „*numerus clausus*“ gegen jüdische StudentInnen ein. Er ließ auch die Prügelstrafe zu und tolerierte während der zwanziger Jahre in einem von ihm geleiteten Institut die Fälschung französischer Francnoten, was zu einem internationalen Skandal führte. Vom 16.2.1939 bis zum Selbstmord am 3.4.1941 war Teleki neuerlich Ministerpräsident und als solcher verantwortlich für den Beitritt zum Antikominternpakt und dem Austritt aus dem Völkerbund 1939 sowie den Beitritt zum

Dreimächtepakt 1940. Teleki verschärfte das zweite ungarische Judengesetz und während eines Gesprächs mit Hitler in Berlin am 20.11.1940 kam er ungefragt auf die Perspektiven der Judenpolitik zu sprechen: „Graf Teleki warf die Judenfrage auf“, heißt es im Protokoll, „und erklärte, daß die Juden bei Friedensschluß aus Europa herausgebracht werden müssten.“⁵ Auch entsandte er eine offizielle ungarische Delegation zur Eröffnung des Frankfurter *Instituts zur Erforschung der Judenfrage*.

Der Historiker Krisztián Ungváry hat sich kritisch mit den Befürwortern des Teleki-Denkmal ausinandergesetzt⁶ und beanstandet, dass diese den Antisemitismus Telekis, der zur Diskriminierung von 750.000 ungarischen Staatsbürger/innen und damit zur Vorbereitung der Deportation einen großen Beitrag geleistet hat, verharmlosen. Er wirft ihnen vor, dass sie nicht an die zehntausenden Menschen denken, denen Teleki die ungarische Staatsbürgerschaft entzogen hat, die hunderttausend, in deren Grundbuchauszügen er hinschreiben ließ, dass der Eigentümer „Jude“ sei, an die Menschen, die aufgrund der Richtzahlen Telekis ihre Arbeit verloren haben.

Der Historiker Károly Vigh⁷ meinte: „Auch Teleki konnte sich nicht der Kritik an den Juden entziehen.“ Darauf Ungváry: „Wie kann man Antisemitismus ‚Kritik‘ nennen? Das Wort ‚Kritik‘ setzt eine Tat des Kritisierten voraus. Das stimmt unter mehreren Gesichtspunkten nicht. Einerseits weil für die Taten einzelner Menschen eine ganze Gemeinschaft nicht verantwortlich sein kann, andererseits weil im Falle des

‚Judentums‘ Vigh nur dann eine Gemeinschaft zwischen assimilierten, kommunistischen, kapitalistischen und religiösen Juden postulieren kann, wenn er die Rassentheorie akzeptiert.“

Ungváry findet diese Argumentation – auch vom Standpunkt der ungarischen Konservativen und Rechten – bedenklich, nennt eine Reihe von ungarischen Konservativen, die sich entschieden gegen diese Gesetze stellten und fragt, ob diese angesehene Persönlichkeiten Dilettanten und von den Realitäten abgekoppelt waren. In diesem Zusammenhang erwähnt er Béla Bartók, der gegen diese Gesetze protestierte und Ungarn deswegen verließ, sowie die Sozialdemokratin Anna Kéthly, die im Parlament gegen die antisemitischen Gesetze protestierte und davon sprach, dass am Ende dieser Entwicklung die Vernichtung stehen könne.

Ungváry sieht in der Berufung auf den damaligen „Zeitgeist“ eine Fälschung, denn Teleki war nicht irgendwer, sondern stellte sich während des Ersten Weltkriegs an die Spitze des „Zeitgeistes“, als er notorisch antisemitische Ansichten verbreitete. Ungváry bringt für die Argumentation von Vigh und anderen, die sich auf den entlastenden „Zeitgeist“ berufen, „menschlich“ Verständnis auf, „denn sie haben so oder anders auch tief die Versuchung des Opportunismus erlebt und wurden selbst Opfer dieses Zeitgeistes. Das beweise Vighs Publikation vor der Wende, in der er noch vom Wüten der ‚horthystischen Gegenrevolutionäre‘ schrieb.“

Zum Schluss fragt Ungváry, wie es erlaubt werden

3 Zur Judenfrage, Am Beispiel Ungarns nach 1944, Frankfurt a. M. 1990

4 A zsidókérdés Magyarországon/ politikai eszméletörténet (Die Judenfrage in Ungarn, politische Ideengeschichte), Osiris, Budapest 2001

5 Andreas Hillgruber (Hg.): Staatsmänner und Diplomaten bei Hitler, München 1969, S. 198. Hillgruber bemerkt dazu: „Diese Äußerung Telekis ist bemerkenswert, da die Haltung der ungarischen Regierung zur ‚Judenfrage‘ im allgemeinen gemäßigt und Gegenstand ständiger Kritik Hitlers war.“

6 Élet és Irodalom, 9. April 2004, 48. Jg, Nr.15

7 Élet és Irodalom, 2. April 2004, 48. Jg, Nr.14

könne, ein Denkmal eines Politikers aufzustellen, „der die ungarische Gesellschaft aufgrund der Rasse zerschlagen hat, mit seinen jüdenfeindlichen Gesetzen und Verordnungen Massen ihrer Rechte beraubt hat, der mit seiner Politik, die sich auch gegen die ungarische politische Elite wandte, das Land in eine Krise brachte und dann mit seinem Selbstmord sich der Verantwortung entzog.“

Balatonboglár am Platten-see, wo einst mein Onkel Arthur Puskás (früher Pfeifer) Direktor der Wasserwerke und Kaufmann war, unterstützt die Errichtung eines Denkmals für Pál Teleki mit zwei Million Forint an Steuergeldern. Obwohl Teleki dafür mitverantwortlich ist, was nach der deutschen Besetzung geschah. Mein Onkel, seine Frau, seine Tochter mit Enkelkind und seine beiden Söhne wurden 1944 in ein Ghetto gesperrt, ihres Eigentums beraubt und von der königlichen ungarischen Gendarmerie, für die in Budapest bereits vor einigen Jahren ein Denkmal errichtet wurde, in einen Viehwaggon gepfercht, um dann in Auschwitz-Birkenau ermordet zu werden.

Moderne Rechtspartei oder Rückkehr zum „christlichen Mittelstand“

Ob mit dem Wiederaufleben des historischen Mummenschanzes und dem Rückgriff auf die Ideologie des Horthyregimes auf die Dauer Wahlerfolge erzielt werden können, darf bezweifelt werden. Die Taktik der Rechten, die Provinz gegen die Hauptstadt auszuspielen, brachte ihr in Budapest eine einmalige Niederlage. Sogar im noblen Bezirk des Rosenhügels in Budapest ist der Bezirksbürgermeister Sozialist.

Fidesz-Chef Viktor Orbán hat heuer eine „nationale Petition“ unterschreiben lassen, die „Arbeit, Wohnung und Sicherheit“ fordert. „Jedermann hat das Recht eine Wohnung zu erwerben, damit die Jungen zu einer Wohnung kommen, bitten wir das Subventionssystem wieder einzuführen. Jedermann hat das Recht auf sichere Existenz, deswegen bitten wir die Regierung, sie soll die Privatisierung stoppen, sie soll die ungarischen Arbeitsplätze schützen und die ungarischen Unternehmer schützen...“ Hätten Linke während der Zeit der Ministerpräsidentenschaft Orbáns dies postuliert, hätte man sie verspottet. Nun kommt dieser Freund Edmund Stoibers und Wolfgang Schäubels mit solchen in der EU unerfüllbaren Forderungen und möchte im Ausland ernst genommen werden.

Orbán ist es gelungen, rechts von seiner Partei alle Kräfte zu zermalmen. Damit folgte er dem Beispiel der CSU. Nur konnte er damit keine Mehrheit erringen. In seiner Partei gibt es aber auch ernst zu nehmende PolitikerInnen, die aus *Fidesz* eine moderne Volkspartei machen möchten. Orbán selbst versucht mit symbolischen und populistischen Aktionen die Rechten zu halten und mit Sozialdemagogie die NichtwählerInnen bzw. sozialistische WählerInnen umzustimmen.

Die Rechten erinnern sich nicht gerne an den Zivilisationsbruch und möchten vergessen machen, dass die ungarische Administration unter dem Reichsverweser Horthy binnen weniger Wochen im Frühjahr 1944 hunderttausende Juden und Jüdinnen vor allem nach Auschwitz-Birkenau deportieren



Strassenszene. Mann grüßt eine Dame. Vor 1936

ließ. Die meisten heutigen NationalistInnen haben während des Regimes von János Kádár (1956-1988) nicht aufgemuckt, sondern sich arrangiert. Plötzlich sehen sie im Realsozialismus ein von „fremden Kräften“ verursachtes „Unglück“, einen nationalen Fluch, Schicksal, ja Verhängnis. Es „lässt sich wohl sagen, dass sie den Antisemitismus brauchen“ (Imre Kertész).

Tatsächlich ist es bequem, Juden und Jüdinnen, die weniger als ein Prozent der Bevölkerung ausmachen, als Sündenböcke zu benutzen. In der Ära Kádár war das Thema Antisemitismus tabuisiert. Die Wende brachte auch die Freiheit zu versuchen, die Verantwortung für die eigenen Irrtümer und Verbrechen der Jahrzehnte nach 1945 allein den aus der Nation wieder auszugrenzenden Juden/Jüdinnen und Linken in die Schuhe zu schieben. Die konservative Opposition wird sich in den nächsten zwei Jahren entscheiden müssen, ob sie den gegenwärtigen Kurs fortsetzt und zu einer Art Haider-Partei wird oder es schafft, zu einer modernen Volkspartei zu werden nach dem Modell der britischen Konservativen oder der deutschen CDU.

East meets West

Wie Ost-West-Verhältnisse gedacht werden können

*„Welcome to East meet West the UK's premier Russian women dating service for men looking to correspond and meet single Russian women. We have over 18'000 Russian ladies seeking men for serious relationships leading to marriage. All our women are real.“*¹

VON THERESE GARSTENAUER*

Der Westen ist in aller Munde. Der Osten auch. Allen scheint völlig klar zu sein, wovon die Rede ist. Osten da drüben, rechts oben. Westen immer einen Schritt voraus. Ost-West ist hip. Dies ist gewiss zu einem großen Teil der kürzlich von Statten gegangenen EU-Osterweiterung zuzuschreiben, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wieder einmal einen thematischen Impuls (unter anderem auch) an die Wissenschaften gibt. Konferenzen werden veranstaltet, Ringvorlesungen abgehalten, Sonderhefte von Zeitschriften herausgegeben.

Ost und West sind relationale Begriffe: Ohne Osten – oder anderes Anderes (der Islam ist gegenwärtig Favorit!) – ist der Westen nicht denkbar und umgekehrt genauso. Aber Vorsicht: Wenn nicht eins von beiden fixiert wird, kommt man ins Trudeln: Ost und West von wo aus gesehen? (East of the sun? West of the moon?) Und wenn Osten: der nahe oder der ferne Osten? Mein Osten, um dies einmal festzuhalten, soll Russland sein.

Dieser Beitrag soll nicht mehr und nicht weniger sein als Gedankentreibgut aus der aufhaltsamen Arbeit an meiner Dissertation. In dieser soll es um Forschungskooperation gehen, und zwar zwischen Ost und West, soll heißen zwischen russischen Forscherinnen und solchen, die von diesen als Westliche bezeichnet werden. Der Be-

reich, in dem ich Beobachtungen anstelle, ist Gender Studies, Geschlechterforschung, Gendernye issledovanija.

Die Fragestellung ist zum einen eingebettet in den Bereich von Wissenschaftssoziologie – also jener Forschung, die danach fragt, wie Wissenschaft funktioniert oder auch nicht. Zum anderen geht es aber auch um Vorstellungen und Verwendungen von Ost und West, Begriffen mit einer Fülle an Konnotationen und Assoziationen. Ein endloses Feld, das die Gefahr birgt, in hoffnungsloser Ver(w)irrung zu enden. Schon bei der Literatursichtung und in den Interviews für meine Diplomarbeit über Frauen- und Geschlechterforschung in Moskau stieß ich ständig auf Osten und Westen. Feminismus in Ost und West. Westliche Theorien und Förderungsgelder. Wobei zum einen der Westen öfter und dominanter vorkommt als der Osten. Zum anderen sprechen und schreiben RussInnen tendenziell eher vom Westen, während die entsprechenden WestlerInnen eher Osten und östlich erwähnen.

Auch in meiner eigenen Vorstellung wurde ich fündig: Beim Nachdenken und Klarwerden über die Motivationen für die Themwahl: Qualifikationsarbeit, natürlich. Und das mit Hilfe (auf Kosten?) von russischen Forscherinnen, den For-

schungsobjekten. Aber auch: Ein naives Helfen-Wollen, Übersetzen-Wollen, das Bestreben, die Arbeiten von russischen Genderforscherinnen einem deutschsprachigen Publikum zugänglich machen zu wollen. Die Erkenntnis: dazu brauchen sie mich nicht. Idealistische Diplomandin fällt auf die Illusion des goldenen Westens herein! (Nebenbei: wo liegt eigentlich Österreich? Osten oder Westen?)

Aus diesen Überlegungen und Erfahrungen entstand die Idee, die Verhältnismäßigkeiten zu thematisieren. Wie sehen die ForscherInnen einander in der Zusammenarbeit? Wie geht Doing East/Doing West/ Doing East-West vor sich? Stören Unterschiede in Sprache, persönlichen und akademischen Gepflogenheiten? Oder sind die Unterschiede zwischen Studierenden und AkademikerInnen einerseits und dem Rest der Welt andererseits bedeutsamer als nationale Unterschiede (wie eine meiner russischen Respondentinnen anmerkte)?

Zentral für wissenschaftliche Zusammenarbeit ist auch die gegenseitige Rezeption. Hier scheint schon aufgrund historischer Gegebenheiten eine offensichtliche Schiefe zu bestehen.

Sowjetische Sozial- und Geisteswissenschaften existierten bis zu den Zeiten von Glasnost' und Perestrojka einigermmaßen isoliert von Entwicklungen im Rest der Welt. Kontakte zu ausländischen

*) Therese Garstenauer studierte Soziologie und Russisch in Wien und Moskau, arbeitet im Projektzentrum Genderforschung der Universität Wien und ist Dissertantin am Institut für Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsforschung.

KollegInnen wurden erst zu Ende der 1980er bzw. Anfang der 1990er möglich. Erschwert war auch der Zugang zu entsprechender Literatur. Abgesehen davon, dass die wenigsten Werke übersetzt vorlagen, waren die Bücher nicht oder nur in speziellen Abteilungen (*spec-branchy*) wissenschaftlicher Bibliotheken, die nur für wenige Personen zugänglich waren, verfügbar.

Im Laufe der 1990er Jahre entstanden zahlreiche Übersetzungen zentraler Werke der Frauen- und Geschlechterforschung bzw. solcher, die bestimmte Personen für zentral oder kanonisch hielten. Die Soziologinnen Anna Temkina und Elena Zdravomyslova aus Sankt Petersburg beschreiben diese Situation folgendermaßen: „Der russische (theoretische) Diskurs unserer Zeit ist heute offen; er ist in der Lage, sich eine Vielzahl von Sozialtheorien unterschiedlichster Herkunft anzueignen, zu verarbeiten, zu rezipieren, in sich aufzunehmen, zu übersetzen, zu ‚verdauen‘. Darunter sind sowohl klassische Ansätze als auch solche, die aus ihrer Kritik entwickelt wurden. Diese *diskursive Allesfresserei* [Kursiv im Original, T.G.] kompensiert offenkundig das diskursive Defizit der Sowjetzeit, als viele Traditionen, die die Grundlage für die kritische Theorie bildeten, marginalisiert wurden.“² Russische Genderforscherinnen fanden sich gleichsam in der Situation von Studierenden, die schlagartig 30 Jahre Feministische Theorie (und Praxis) nachlernen muss – bloß, dass diese Studierenden größtenteils bereits etablierte Wissenschaftlerinnen sind. Die Moskauer Historikerin Galina Zvereva sieht ein wesentli-

ches Kriterium von Spielarten der russischen Genderforschung der späten 1990er Jahre darin, wie sie es mit „westlichen“ Theorien und Konzepten halten: ob sie diese unkritisch als „Eigenes“ appropriieren, ob sie diese als „Fremdes“ kategorisch ablehnen oder ob sie sie als „Anderes“ akzeptieren und sich in entsprechend differenzierter Weise annähern.³

Die Rezeption funktioniert bislang hauptsächlich in eine Richtung, und zwar vom so genannten Westen nach Russland. Russland, Russische Geschlechterverhältnisse, Russische Kultur, Osteuropa hingegen stellt ein Forschungsobjekt par excellence dar. Die innerakademische Arbeitsteilung läuft oft darauf hinaus, dass die Konzepte und Theorien „westlicher“ Provenienz sind, während Datenmaterial und Thema der Forschung Russland und/oder den Osten betreffen. Dies lässt sich auch in gemeinsamen Publikationen beobachten (Woher kommen die HerausgeberInnen? Von wem stammen welche Beiträge?), wobei eine systematische Auswertung, die auch danach fragen könnte, ob Veränderungen sich im Laufe der 1990er Jahre und darüber hinaus ergeben haben, und wenn ja, welche, noch ausständig ist.

Westliche Gelder, die von Förderungsinstitutionen wie der *Soros Foundation* oder der *John D. and Catherine T. McArthur Foundation* für die Entwicklung einer Civil Society im postkommunistischen Russland zur Verfügung gestellt wurden, spielen ebenfalls eine bedeutende Rolle in der Entwicklung von Gender Studies in Russland und darüber hinaus. Die Absicht war, dem endlich vom



Zwei Frauen in einer Kutsche ohne Kutscher. Vor 1937

kommunistischen Joch befreiten Land zu helfen, die Segnungen westlicher Gesellschaften und Kulturen erleben zu können, zu denen auch die Gleichberechtigung von Männern und Frauen gehören soll. Die paternalistisch-gutgemeinten Finanzierungen führten zu sehr ungleichen Verteilungen dieser Mittel. Personen, die zum einen Englisch sprachen und zum anderen den erforderlichen Antragsjargon meistern konnten, hatten bessere Chancen als andere. Personen, mit denen die Förderungsinstitutionen gute Erfahrungen gemacht hatten, konnten auch mehrmals Unterstützungen lukrieren. Der Vor-

wurf tauchte auf, dass viele sich nur des Geldes wegen als FeministInnen und/oder GenderforscherInnen betätigten. Hier kam es auch zu Konflikten zwischen (nicht-akademischen) Frauenorganisationen und Genderforscherinnen. Rebecca Kay von der Universität Glasgow, die ein Buch über russische Frauenorganisationen der ersten Hälfte der 1990er Jahre geschrieben hat, wirft die Frage auf, ob die westlichen Förderungsgelder „Pot of Gold“ oder doch eher „Poisoned Chalice“ darstellen.⁴

All diese Kriterien verweisen darauf, dass die Kooperationssituation eine sehr spezifische, ein Verhältnis

- 1 Aus der Website einer britischen Partnervermittlungsgesellschaft: www.eastmeetwest.com (23. 5. 2004). Auch solche Dinge findet man auf der Suche nach Verwendungen von Ost und West.
- 2 Anna Temkina/Elena Zdravomyslova: *Feministische Übersetzung in Russland. Anmerkungen von Koautoren*, in: Elisabeth Cheauré/Carolyn Heyder (Hg.): *Russische Kultur und Gender Studies*, Berlin 2002, S. 26.
- 3 Galina Zvereva: „Das Fremde, das Eigene, das Andere...“ *Feministische Kritik und Genderforschung im postsowjetischen intellektuellen Diskurs*, in: Elisabeth Cheauré/Carolyn Heyder (Hg.): *Russische Kultur und Gender Studies*, Berlin 2002, S. 71-98.
- 4 Rebecca Kay: *Russian Women and their Organizations. Gender, Discrimination and Grassroots Women's Organizations, 1991-96 (insbesondere Kapitel 9: Pot of Gold or Poisoned Chalice? The Impact of Western Support, 187-209)*, Houndmills et al. 2000.

zwischen Ungleichen ist. ForscherInnen, die egalitäre, gleichberechtigte Bedingungen in gemeinsamen Forschungsunterfangen umsetzen wollen, können dies nicht oder nur unter großen Schwierigkeiten tun, wie mir ForscherInnen aus Russland, Deutschland, Großbritannien in Interviews mitteilten. Solche Schwierigkeiten entstehen zum Beispiel im Bereich der Projektorganisation (wer reicht bei welcher Institution Anträge ein, wie sieht die Entlohnung aus?), der Kommunikationsmedien (beschränkter oder kein Zugang zu Internet/E-mail), der Sprache(n) und anderen mehr. In der feministischen Forschung wird in solchen Zusammenhängen von asymmetrischen Verhältnissen gesprochen. Aber steckt dahinter nicht die eher absurde Vorstellung von symmetrischen Verhältnissen?

Dabei kann einer aber auch auffallen, dass zum Beispiel auch Publizieren auf Deutsch gegenüber Publizieren auf Englisch einen Nachteil darstellt. Nicht umsonst möchte ich die Dissertation auf Englisch verfassen. Damit die Chance größer sei, dass alle möglichen Beteiligten in Ost und West das Werk lesen können. Abgesehen von etwaigem Größenwahn und Zweifeln an meiner Sprach-

kompetenz: Ist das nun Pragmatismus oder vorauseilender Gehorsam gegenüber der Hegemonie der englischen Sprache in der internationalen Wissenschaftslandschaft?

Edward Said schrieb 1982, dass Theorien und Ideen reisen, so wie Leute das auch tun.⁵ Diese Vorstellung stößt eine ganze Menge von brauchbaren und/oder unsinnigen Vorstellungen an (zu Fuß? per Flugzeug? Brauchen sie ein Visum? Leichtes Gepäck? In Gesellschaft von wem? ...), wie Metaphern das eben zu tun pflegen. Im Bereich von feministischer Forschung und Gender Studies kann etwa danach gefragt werden, was mit so zentralen (und umstrittenen) Unterscheidungen wie privat/öffentlich oder gar sex/gender geschieht, wenn sie in einer Gesellschaft aufgegriffen werden, wo Geschlechterverhältnisse in ganz anderer Weise organisiert sind als etwa in den Vereinigten Staaten des letzten Viertels des 20. Jahrhunderts.

Im Rahmen des *Advanced Thematic Network in Activities in Women's Studies in Europe* (ATHENA) beschäftigt sich gegenwärtig die Gruppe *Teaching Travelling Concepts in European Women's Studies* mit solcherlei Fragen – was sind überhaupt zentrale Konzepte der Frauen- und Geschlechterforschung, und wie werden sie zwischen Sprachen und Kulturen übermittelt, übersetzt? – auch im Hinblick auf Ost-West-Reiserouten.

Russland ist freilich nicht der einzige Osten, der zum Westen gedacht werden kann. Auch im Hinblick auf andere osteuropäische Staaten kann nach Ost-West-Interaktionen und -Konstruktionen gefragt werden, wie etwa

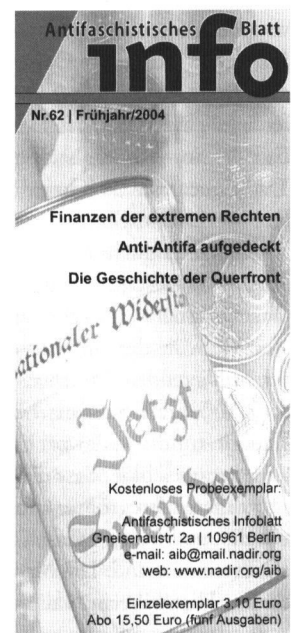
Veronika Wöhrer das in ihrer in Entstehung begriffenen Dissertation über Gender-Diskurse zwischen tschechischen und slowakischen Forscherinnen und deren westlichen Kolleginnen tut.⁶ Gender Studies sind auch nicht der einzige Wissenschaftsbereich, in dem Doing East/West erforscht wird. Hier kann auf die noch dieses Jahr zu erwartende Dissertation von Julia Lerner verwiesen werden, einer Soziologin, die über *Russification of Western Knowledge in the Era of Globalization: The Constitution of Social Sciences in the Former Soviet Union*⁷ arbeitet. Sie ist in Sankt Petersburg aufgewachsen, hat in Israel studiert und zu Forschungszwecken ein Jahr in Russland verbracht. So ist sie dabei selber eine Grenzgängerin zwischen verschiedenen Staaten. (Nebenbei: Wo liegt eigentlich Israel? Osten oder Westen?)

Wie gesagt, Ost-West scheint im Schwang zu sein. Aber das muss ja nicht schlecht sein, zumal wenn im Zuge dessen Neues erdacht und erkannt werden kann.

5 Edward Said: *Traveling Theories*, in: Ders., *The World, the Text and the Critic*, Cambridge (Mass.) [1982] 1938, S. 226-247.

6 Veronika Wöhrer und ich hatten zunächst geplant, unsere Dissertationen im Rahmen eines gemeinsamen Projektes, auch unter Beteiligung von Kolleginnen aus Russland, der Slowakischen und der Tschechischen Republik, zu realisieren. Mangels Finanzierung musste dieser Plan leider aufgegeben werden. Nichtsdestotrotz waren und sind gemeinsam mit ihr angestellte Überlegungen wesentlich für die Weiterentwicklung meiner Arbeit.

7 So der Titel ihres Beitrages zur Spring School „Sites of Knowledge Production“ an der Universität Basel im März 2004.



Die drei Musketiere in der toten Klasse

Gombrowicz, Schulz, Witkacy, Kantor

In der Traumaforschung gibt es den Begriff Men-made-desaster, er bezeichnet eine durch Menschenhand, bzw. durch vieler Menschen Hand produzierte Katastrophe unter der wiederum (meist andere) Menschen zu leiden, zu sterben haben. Wenn mensch die Shoah als ein durch Menschen verursachtes Desaster bezeichnet, trifft das zwar in einem gewissen analytischen und wissenschaftlichen Kontext zu, doch hört sich das irgendwie verharmlosend, die Dimension des Unfassbaren nicht greifend an. Für Adorno hat Beckett das Unbegreifliche in jene Worte gefasst, die auf Papier und auf der Bühne jene Angst, jene Beklemmung, jenen Todesgeschmack, jenes Unverständnis zu all dem hinterlassen, was das Desaster des Ichs darstellt. Kühle Apokalypse. Ganz unausgeschmücktes Desaster der Seele nach der Erkenntnis, dass sie alleine, hilflos sich an Illusionen festhaltend, all dem Untergang und all der Schuld ausgeliefert ist.

Am 19. November 1942, am *Blutigen Donnerstag von Drobobytsch*, im Ghetto einer ehemals polnischen Stadt, an dem die Nazis wahllos Menschen ermordeten, wurde Bruno Schulz, der polnische Intellektuelle, Avantgardist, auf Druckplatten und mit Worten all das zeichnend, was zu erträumen war im XX. Jahrhundert vor 1942, beim Brot holen vom SS-Mann Karl Günther aus nächster Nähe

und auf offener Straße erschossen. Wie es heißt, fiel Bruno Schulz einer Querelle zwischen Günther und dem Gestapomann Landau zum Opfer. Wie es heißt, hatte Landau Günthers „Protege“ den Zahnarzt Dr. Löwe erschossen. Die gezielte Ermordung von Bruno Schulz war Günthers Rache an Landau, der wiederum Schulz protegiert hatte, weil dieser ihm seine Villa mit deutschen Märchen ausmalte. Günther soll nach dem Mord triumphierend zu Landau gesagt haben: „Du hast meinen Juden getötet – und ich deinen!“ Men-made-desaster? Wie soll das beschrieben werden, wenn zwei reife Menschen, wie diese Grimm-Märchen liebenden, Zahnarzt benötigenden Deutsche oder Österreicher, in einem als absurd zu bezeichnenden Zusammenhang, wahrscheinlich auch noch für sich erklären könnend warum, in Drobobytsch und sonst wo im „Generalgouvernement“ Menschen ermordeten, täglich unzählige Menschen ermordeten. Welcher Realität gehört dieses Massaker an?

Bruno Schulz, Witold Gombrowicz und Stanislaw Ignacy Witkiewicz, die drei Musketiere der polnischen Avantgarde haben, wie es für Avantgarde üblich war, in der Zeit zwischen dem ersten großen Massaker und dem zweiten großen Massaker versucht die Realität neu zu bestimmen, zu beleben. Sie haben nicht wie die Surrealist-

Innen begrifflich etwas über die Realität gestellt, sondern das über der Realität stehende, die Utopie, als die Realität des Menschen bezeichnet, die durch die Konstruktionen der Menschen zerstört, unterdrückt, schlussendlich ermordet wird. Das Abenteuer der Musketiere war nicht wie bei Dumas den König zu retten, sondern die sprachlose Menschenwürde durch die Sprache der Phantasie, der Träume, der Ironie, der Buffonerie, der Abbildung. Die Realität des Menschen ist heimatlos, denn die Heimat beschreibt nur eine öffentliche Seite, des sich als reif bezeichnenden und somit all den Illusionen und Projektionen, all den Chimären und all dem Streben der Zwischenmenschlichkeit hingebenden Menschen. Realität ist nicht das, was die Anderen wollen, auch wenn oft, gerade wenn die geistige Vergewaltigung schon vollzogen wurde, sie als solche betrachtet wird. Die Realität des Menschen ist all das, was eben nicht dem tradierten Willen der Anderen und ihren Konstruktionen ausgesetzt war und ist. Die Aufgabe der eigenen Realität bedeutet Mittäter-Innenschaft, MittäterInnen-schaft an reiflich überlegtem Handeln. Und es ist eben die Realität des Menschen, die unausweichlich unter der offiziellen Seite, der bestimmten Bahnen folgenden Interaktion, der Reife und ihrem Handeln zu leiden hat, von ihr abgestumpft, konsequenterwei-

VON ALEXANDER S. EMANUELY

se hingemordet wird. Schulz, der Darsteller, Nachsteller der Realität des Menschen stellte, als die Form des Desasters sich abzuzeichnen begann, den einzigen, scheinbaren Zufluchtsort vor, den es für das Individuum und seine Realität gibt: die Unreife. Sie zu beschreiben, ihren und den Leidensweg des durch sie geprägten Menschen, musste Bruno Schulz nicht alleine in Angriff nehmen, da 1937 sein Freund Witold Gombrowicz, der polnische Intellektuelle, gräfliche Avantgardist und Vorverfechter von Antiromanen und absurdem Theater den Roman *Ferdydurke* verfasst hatte, der in einer unzusammenhängenden Kontinuerlichkeit der Beschreibung, den Werdegang der Herrschaft der offiziellen Seite über den Menschen nachvollzieht. Mit *Ferdydurke* handelte sich Gombrowicz Bruno Schulz Auszeichnung als „Manager“ der Unreife ein.

Es ist nicht verwunderlich, dass im Polen der 30er Jahre, zwischen der negativen Utopie einer Staatsgründung samt herrschendem Obristenkorps und der Vorahnung, dass eine Existenz zwischen Hitler und Stalin zwangsweise dem „cordon sanitaire“ Staat die Karriere eines Schlachtfeldes

bescheren wird, einige die Köpfe sich zerbrachen, in der Vorstellung all dessen was kommen wird können. Und dabei lag die Vorstellung dessen, was wirklich kommen würde nur ansatzweise in den Ängsten der Denkenden. Etwas Schreckliches war zu erwarten, To be or not to be... Dieser Zustand war auch der ideale Dünger dafür, dass zur Unreife das generalisierte Zweifeln kam, sowie der alle Vereinnahmungen trotzen Ich-Bezug. Neben Schulz, Gombrowicz gab es da auch noch das dritte Musketier: Witkiewicz, den polnischen Intellektuellen, Avantgardisten, Dramatiker des todernst Clownesken, des gewollt geschmacklosen, der Opera Buffa des XX. Jahrhunderts, den Kunst- und Theatertheoretiker, den viele nicht verkannt haben und der als Nebenhauptberuf Glasfenster und Porträts malte, der abschreckende und düstere Sucher der reinen Form, dessen Gemälde keine Titel trugen, sondern mit der chemischen Formel der eingenommenen Rauschgifte versehen waren. Sein Ich-Bezug setzte er konsequenterweise am 18. September 1939 als Offizier der polnischen Armee mit Hilfe von Schlafmitteln und einem Messer für die Pulsadern ein Ende, als nach und mit den Nazis, die Sowjets in Polen einmarschierten. Wie geahnt, half keine Utopie, half keine Realität des Ichs in der Einklemmung, der Aufreibung zwischen zwei Konstruktionen, die dem Kollektiv neuer Menschen verpflichtet waren. „Nehmt euch eine nützliche Arbeit vor“, wie Atanazys (Schluss jetzt mit diesem Namen) alte Tante immer sagte. Und so taten denn auch die von dem alten Abschaum, die alles überstanden hatten – nur

waren es nicht eben viele. Langsam entstanden neue, andere Menschen... Aber was für welche, das vermag sich niemand auch nur halbwegs auszumalen.“ Wie im Roman *Abschied vom Herbst* beschrieben, war für Witkiewicz die Verwirklichung der kollektiven Utopie ein Alptraum, die Weiterführung der Form und der Konstruktion – deshalb zog er die Rettung der eigenen Realität vor, wenn zur Abgrenzung nötig, auch dank Rausch, auch dank Tod.

Es sind eindeutig die Tanten, welche bei Witkiewicz und später bei Gombrowicz als Wegbereiterinnen der Geistesvergewaltigung herhalten müssen. „Wenn du nicht Arzt werden willst, sei wenigstens ein Weiberhengst oder ein Pferdejockey, aber daß man's wenigstens weiß... daß man's nur weiß...“ (*Ferdynand*). Sie wollen nur das Beste. Ahnend oder wissend, das der Unterdrückung nicht zu entkommen ist, wollen sie, dass sich die lieben Nichten und Nefen der Last so aussetzen, dass niemand darunter mehr zu leiden hat, als notwendig, im Schutz einer Schublade. Nach dem guten Zureden der Tanten folgt die tatsächliche Gewalt der Gesellschaft: die Schule, die Erziehung zur Unmündigkeit, das ins „Ohr gefickt werden“. Józio, der Hauptdarsteller in *Ferdynand* ist ein dreißigjähriger Mann, der eben keine Stellung in der menschlichen Konstruktion innehat, und somit seine Tanten bitter enttäuscht. Er träumt jedoch immer davon den reinen Roman zu schreiben. Ein dreißigjähriger unreifer Mensch, der sich bewusst ist, dass wenn sie, die Anderen „bei jemand Unreife wittern, wenn sie den Buhen und Rotzbengel riechen, dann stürzen sie sich auf ihn,

zerhacken ihn wie Schwäne eine Ente – mit Ironie, Spott picken sie ihn zu Tode und lassen nicht zu, dass ihr Nest ihnen von einem Findelkind der Welt beschmutzt wird, das sie schon längst verleugnet hatten.“ Eines Morgens tauchen bei ihm auch Gestalten, ähnlich wie in Kafkas Prozess (übrigens erstmals 1935 von Jozefina Szelinska und ihrem Verlobten Bruno Schulz ins Polnische übertragen) auf und nehmen ihn mit. Doch sind die Verhafter keine Polizisten, sondern Professoren. „Ein Geist!“ rief ich. „Ich! Ein Geist! Nicht ein Autorchen! Ein Geist! Ein selbst lebender! Ich!“ und der Professor gibt zur Antwort auf diese Ungeheuerlichkeit „Was denn für ein Geist?“ Ich schrie: „Meiner!“ Da fragte er „Ein heimischer? Ein vaterländischer?“ „Kein heimischer, sondern meiner!“ „Deiner?“ fragte er leutselig. „Sprechen wir vom eigenen Geist? Und ist uns wenigstens der Geist König Ladislaus bekannt?“ Und er saß da. „Was für ein König Ladislaus?“ Ich war wie ein Eisenbahnzug, der überraschend auf das Nebengleis des Königs Ladislaus hinübergewechselt wurde. Ich bremste und machte den Mund auf, indem mir bewusst wurde, dass ich den Geist König Ladislaus nicht kannte. „Und den Geist der Geschichte kennen wir? Und den Geist der hellenischen Zivilisation? Und den Geist der gallischen, den Geist der Mäßigkeit und des guten Geschmacks? Und den niemandem außer mir bekannten Geist des Idyllendichters aus dem 16. Jahrhundert, der als erster den Ausdruck »Nabelgebrauchte? Und den Geist der Sprache? Wie ist der Infinitiv des Verbums, dessen Partizipium Perfekti »verschollen heißt?“

Józio findet sich im Gefängnis eines Internats mit 15jährigen wieder. Dort soll ihm die Uniform der Reife verpasst werden: die Maske, treffender: die Fresse. Diese Fresse soll über die Realität des Menschen gestülpt hinwegtäuschen, dass diese „ewig unfertig, verpfuscht, geflickt und lückenhaft ist.“ (Schulz, S. 282). Die Form als Unterdrückung. Gombrowicz wusste ab 1933 ein literarisches Denkmal der „Ausflucht vor der wirklichen Gestaltung“ (Hans Mayer) zu setzen: das Tagebuch, ewig unfertig, widersprüchlich, zerrissen, verpfuscht. Witold Gombrowicz war nicht 1939 durch seine Anwesenheit in Polen zum Tode verurteilt worden, wie seine beiden Freunde, er war ein Monat vor dem Krieg samt einer Kulturdelegation nach Buenos Aires unterwegs gewesen und schließlich 24 Jahre in Argentinien geblieben. Er hatte zumindest seine Haut vor dem großen unfassbaren Verbrechen, welches er mit der Unfassbarkeit des Himalayagebirges verglich, retten können. So wie viele EmigrantInnen wäre er fast verhungert, denn die internationale Anerkennung kam erst spät, dank der literaturgeilen FranzosenInnen, allen voran François Bondy, der nach der Lektüre von *Ferdynand* erklärte, einen „lyrischen Clown“ entdeckt zu haben, „der in seinem eigenen Zirkus herumstolpert.“

Witkiewicz, der todernste Clown, Gombrowicz, der lyrische Clown, Schulz, mit seinem Ton „einer phantastischen Buffonerie“ – waren die drei Musketiere wirklich Hofnarren im Konstrukt der Menschheit, deren Abwehrhaltung und Ambivalenz dem herrschenden gegenüber ohne „größeren objektiven Erkenntniswert“ (Hans Mayer)

und deshalb amüsant, sympathisch ridikul waren? Gegenständig hatten sie sich eher als dämonologisch gesehen, nicht im Sinne „der Dämonologie (Hexen, Teufel und so weiter), sondern lediglich um das Böse, seinem Wesen nach eine Schicht der menschlichen Seele (Egoismus, der nur qualitativ eine Ausnahme bildet, Raublust, Besitzgier, sexuelles Verlangen, Sadismus, Grausamkeit, Herrschsucht, Unterjochung der Umwelt)“ (Witkiewicz über Schulz) zu beschreiben, ähnlich wie Goya. Denn was heißt schon Reife und Unreife, Erkenntnis und Individuum, Mensch. Was tun zwei Männer, einer groß, einer klein mit einem Kleiderschrank, wenn sie aus dem Meer kommen und unter die Menschen gehen, wie in Roman Polanskis Kurzfilm (1957), was geschieht mit ihnen und mit dem schönen großen Spiegel an ihrem Schrank? Was geschieht, wenn die Schläger kommen, das Men-made-desaster? Vielleicht hat aus diesem Gefühl des Unvermögens heraus Bruno Schulz am 20. März 1938 an seine erkrankte Freundin und Fördererin Romana von Kenig-Halpern, welche 1944 in Krakau von der Gestapo erschossen wurde, in einem Brief geschrieben: „Der Frühling ist so schön – man müsste leben und die Welt schlucken... Werde rasch gesund und lebe, denn das ist das größte Unglück – das Leben nicht auszuleben.“ Das Ewig Unfertige, Bruno Schulz hatte ihm nicht Form, jedoch mit seinem Buch *Zimtläden* Inhalt gegeben. 1934 geschrieben, wurde es bald bewundert und anerkannt. „Die ‚Zimtläden‘ geben ein bestimmtes Rezept für die Wirklichkeit, stellen eine besondere Art der Substanz fest. Die

Substanz dieser Wirklichkeit befindet sich in einem Zustand permanenten Gärens und Keimens, verborgenen Lebens. Es gibt keine toten, festen, begrenzten Gegenstände. Alles dringt über seine Grenzen hinaus und währt nur einen Augenblick in bestimmter Form, um sie bei erster Gelegenheit aufzugeben.“ (Schulz an Witkiewicz). Stanislaw Ignacy Witkiewicz – Witkacy auch sich nennend – schließlich setzte der Formlosigkeit mit seinem eigenen Leben ein Denkmal, indem er jeden intellektuellen Triumph von sich schüttelte und nachdem er in allen existierenden künstlerischen Tätigkeiten Maßstäbe gesetzt hatte, Porträtauftragmaler wurde. Seine Rebellion gegen die Form war die Abstrusität, mit der nur die wenigsten etwas anfangen können, ist sie doch eher abschreckend, als anziehend, wie Gombrowicz einmal bemerkt hat. Es ist der philosophische Standpunkt eines „metaphysischen Hungers“, wie Witkacy selbst es formuliert hat, ein antreibender Hunger ohne Ende und ohne Sättigung. Wie die von Witkacy eingeforderte Deformation im Theater zur reinen Form führt, die Deformation der Dramenpersonen, konnte nach der großen Zerstörung, da fast alle Erinnerung, fast jedes Zeugnis von vor 1939 der Vernichtungsmaschinerie der Nazis zu Opfer gefallen war (wie fast alle Manuskripte und Briefe und Lithographien von Bruno Schulz), ein anderer polnischer Intellektueller, Avantgardist, der lautsprechende Theatermensch und in seinem Passport als Maler bezeichnete Tadeuz Kantor fort und vorführen und das bis 1990. Als Leiter des 1942 gegründeten Untergrundtheaters *cricot* in Krakau, inszenierte

Kantor 1944 das Stück *Die Rückkehr des Odysseus* von Witkacy. In Folge setzte er als d'Artagnan, als viertes Musketier das Werk von Schulz und Witkacy, der von Kugeln und der Hoffnungslosigkeit ermordeten, fort. Genau wie seine Meister, setzte Kantor auf das Ich, darauf, dass der Künstler sich zu retten hat und nicht die Welt, denn das ist unmöglich. Mit seinem „eigenen Maul“ und sonst nichts schuf Tadeuz Kantor auf der Bühne Illusion, und Illusion bedeutete für ihn Wiederholung der Welt, des einzigen Besitzes, welchen der Mensch hat, die Vergangenheit. Die Dämonologie findet in den Todestänzen Kantors ihre Fortsetzung, zwischen den DarstellerInnen, die Kantor live auf der Bühne, als aktiver Zuschauer herumdirigiert, anbrüllt wenn nötig, und den Puppen, den von Bruno Schulz schon längst eingeführten Mannequins, die wieder auferstanden sind und die Menschheit in ihrer hoffnungslosen Erstarrung widerspiegeln. Denn „Mannequins, willenlose Kreaturen, sind sehr gute Ausdrucksmittel für die unerbittliche Macht des Schicksals, das Fatum, das menschliche Lebensgeschicke vorherbestimmt. (...) Lebende sind von Mannequins umgeben.“ (Kantor). Als einzige Rettung sieht Tadeuz Kantor die Verpackung, die Mumifizierung, Ver- oder gar Einhüllung, das Emballément der eigenen Person, welches sie vor

der Welt schützt und isoliert. Neben den verschiedenen Verpackungsformen, wie Briefkuverts und Kisten galt der Regenschirm als beliebtestes Symbol und Werkzeug Kantors in der Kunst. Dies zeigte er auch am 1. Mai 1970, als er mit einigen WeggenossInnen in der im Meer aus roten Fahnen bestehenden Parade vor dem Kulturpalast in Warschau mit deformierten Regenschirmen mitparadierte. Nicht umsonst galten nach 1945 von Anfang an im offiziellen Polen diese letzten Vertreter der Vorkriegsavantgarde „als entartete Formalisten, die durch ihre abstrakte, menschenfeindliche Kunst der antihumanistischen und kosmopolitischen Ideologie des Imperialismus huldigen“ wie sich die Dichterin und Mitstreiterin Erna Rosenstein erinnert.

In *Die tote Klasse* (1975) dreht Tadeuz Kantor den Spieß um, in einem Klassenzimmer in einem Keller lässt er an Greisen, die sich selbst als Kind, in Form von Puppen um den Hals geschnallt haben, seine Wut, seine unverhüllte, nicht emballierte Wut und Unabhängigkeit aus. Er ist rechtlos in dieser Schulklasse, auf der Bühne, vor der Theatergeschichte, welche noch nie diese Interaktion erlebt hat. Er ist rechtlos und in diesem so realen und geliebten Zustand lebt er die Realität des Menschen aus, wie er sie sieht, wie Gombrowicz, Schulz und Witkacy sie gesehen haben: „Das bin ich, nur ich!“

Literatur:

- Bruno Schulz: *Die Wirklichkeit ist Schatten des Wortes. Aufsätze und Briefe*. München 2000
 Witold Gombrowicz: *Ferdynand*. München 1983
 Stanislaw Ignacy Witkiewicz: *Abschied im Herbst*. Berlin 1991
 Hans Mayer: *Weltliteratur*. Frankfurt am Main 1994
 Erna Rosenstein: *Meine Nacht wird hier sein und mein Tag*. Blieskastel 1996
 Tadeuz Kantor: *Plus Loin, Rien!* Paris 1989

Unideologisch und unpolitisch?

NGOs in Kirgistan

Wer in Jekaterinburg, Tiflis oder Odessa nach einer linken Szene sucht, wird vielleicht auf ein anarchistisches Grüppchen oder eine neu entstandene Gruppe von GlobalisierungsgegnerInnen treffen. Eine Szene dagegen wird auch bei intensiver Suche nicht aufzufinden sein. Dagegen stößt man leicht auf Nichtregierungsorganisationen (NGOs): Sie haben in vielen ehemals sozialistischen Ländern praktisch ein Monopol auf gesellschaftliche Partizipation – und das nicht zufällig.

VON MICHAEL SCHULTE*

Ich möchte am Beispiel von Kirgistan aufzeigen, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen im weitesten Sinne kritische und politische Arbeit stattfindet. Manches davon lässt sich auf andere periphere ex-sozialistische Länder übertragen, anderes hat nur regionale Bedeutung. In den relativ wohlhabenden neuen EU-Mitgliedsstaaten allerdings ist die Situation deutlich anders: Dort entwickelt sich eine Linke, die mit der westlichen vieles gemein hat und die sich auf kalkulierbare rechtsstaatliche Verhältnisse verlassen kann.

NGOs beschäftigen sich in Kirgistan mit Themen, die im Westen immer (auch) von Linken bearbeitet werden: Antirepressionsarbeit, Antirassismus, Ökologie, Jugendarbeit, Prostitution oder Sozialprojekte. Sie arbeiten professionell mit Angestellten und mit Fördergeldern westlicher GeldgeberInnen: Von der Open Society Foundation von George Soros, deutschen Parteistiftungen, europäischen, amerikanischen und kanadischen Stiftungen. Nur wenige dieser Gruppen haben ein ehrenamtliches Umfeld, und eine Bewegung, in die sie eingebunden sind, gar eine linke, gibt es nicht. Das hat mehrere Gründe. Einerseits gab es in der Sowjetunion keine solchen Strukturen. Es gibt also keine Möglichkeit, aus den Erfahrungen und Fehlern Jahrzehnte alter Bewegungen zu lernen, und eine linke Ge-

sellschaftskritik gab es außerhalb kleiner Dissident-Innenzirkel nicht. Tschinara Jakypova, Direktorin der kirgisischen Niederlassung des Londoner Institute for War and Peace Reporting, macht drei Gruppen aus, aus denen in Kirgistan in den 90er Jahren MenschenrechtsexpertInnen hervorgingen: ehemalige Staatsorgane, die z.B. als Polizisten die Praxis der Folter aus eigener Anschauung kannten, Menschen mit Englischkenntnissen wie LehrerInnen, die die Förderprogramme der internationalen GeldgeberInnen lesen und bedienen konnten, und Arbeitslose. Sowjetoppositionelle hingegen konnten keine Anträge schreiben und blieben meist außen vor.

Links und rechts

Den gesellschaftstheoretischen Hintergrund, ob explizit oder implizit, liefern Theorien wie jene von Karl Popper von der offenen Gesellschaft, auf die sich die kritischeren der GeldgeberInnen beziehen. Es gibt für AktivistInnen in Ländern wie Kirgistan Naheliegenderes, als auf der Suche nach einer plausiblen kritischen Gesellschaftstheorie gerade bei der Linken nachzusehen: Links steht in vielen osteuropäischen Gesellschaften für das alte repressive System und deren konservative Repräsentanten, die sich nach dem Zusammenbruch Produktionsmittel und Regierungsgewalt unter den Nagel gerissen haben. Links

steht für den starken, nationalistischen Staat, Ordnung, Autorität. Rechts steht für bürgerliche Freiheiten, Menschenrechte, aber auch ökonomischen Liberalismus. Der Zusammenbruch eines Systems, das sich auf Marx berief und sich als links bezeichnete, hinterlässt seine Spuren.

Im Gegensatz dazu stellt der Westen vieles von dem dar, was man zu Hause schmerzlich vermisst: ökonomische Prosperität, soziale Absicherung, Rechtsstaat. Ob das immer so ist, ist für die wenigsten überprüfbar – und wenn doch: Sticht dann die Brutalität der Verhältnisse im Westen ins Auge, oder nicht eher der im Verhältnis enorme Wohlstand auch breiter Bevölkerungsschichten oder die Möglichkeit, meist unbehelligt von Repression demonstrieren zu können? Für Menschen, die mit einem guten Job 50 oder 150 Euro im Monat verdienen und die sich von ihrer Familie durchfüttern lassen müssen, wenn sie ihren Job verlieren, sehen auch die gekürzte Arbeitslosenhilfe oder den Terror deutscher Sozialämter noch ganz erfreulich aus.

Kapitalismus und Korruption

Kapitalismus erscheint nicht als Problem, sondern als Ziel für die, denen er vorenthalten wird. Die Ursachen werden im eigenen Land gesucht. Korruption ist in Kirgistan wie in vielen Ländern aufgrund der Ar-

*) Michael Schulte lebt in Berlin, studiert Übersetzungswissenschaften und ist im *Internationalen Arbeitskreis e.V.* (www.iak-net.de) aktiv.

mut ein zentraler Faktor, der ökonomischen Aufschwung verhindert. Für seine LenkerInnen ist der Staat zualtererst eine Einkommensquelle. Politische Herrschaft ist in Clans organisiert, in großen Abstammungs- und Loyalitätszusammenhängen. Mit politischen Ämtern lassen sich lukrative Aufträge für die Firmen der Clanmitglieder akquirieren und Bestechungsgelder kassieren. „Es gibt gewisse Preislisten für Posten im Innenministerium,“ sagt Alymbai Sultanov, Vorsitzender des Parlamentsausschusses für öffentliche Ordnung, Kriminalitätsbekämpfung und Korruption. „Ein Job als einfacher Streifenpolizist etwa kostet 100 bis 500 Dollar“² – Monatsgehalt etwa 20 Euro. Karriere wird meist nicht durch Qualifikation, sondern durch den Kauf von Posten gemacht. Das hat Folgen: Autofahrten werden häufig von Milizionären unterbrochen, die entweder einen Anlass für ein Bußgeld finden oder die Autopapiere in der Hand haben, deren Rückgabe ein kleines Dankeschön kostet. Prüfungen in Schule und Uni kann man nur ablegen, wenn die Lehrerin ein Schmiergeld bekommt. Was soll sie auch tun? Wie der Milizionär verdient sie 20 oder 30 Euro im Monat, und davon kann man auch in Kirgistan nicht leben. Geld für höhere Löhne aber hat der Staat nicht. Korruption findet auf allen Ebenen statt, von der Gerichtsverhandlung über die Genehmigung fürs Unternehmen bis zum Großauftrag. Sie behindert das tägliche Leben aller vom armen Schlucker bis zum großen Fisch. Gerade Firmen kom-

men kaum um Bestechungen herum, wenn sie die erforderlichen Genehmigungen bekommen wollen, die ihnen eigentlich zustehen, und damit wird jeder erpressbar: Mit Untersuchungen der Staatsanwaltschaft lassen sich Firmen so weit schädigen, dass Mitglieder der herrschenden Clans sie sich dann leicht aneignen können. Ein Anreiz für Investitionen ist das nicht. Schon bevor die Zwänge von Weltmarkt, kapitalistischer Ökonomie und Vergesellschaftung Reichtumsproduktion unmöglich machen, ist die Hoffnung auf wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung zunichte gemacht. Kapitalismus, wie man ihn aus dem Westen kennt, mit garantierten Rechten, klaren Verfahren und einem Schutz vor willkürlicher Verfolgung für den, der sich an die Gesetze hält, erscheint so als die Lösung.

Die Schweiz Zentralasiens

Dabei ist Kirgistan einst optimistisch gestartet. Als einzige GUS-Republik ist die Herrschaft nicht ungebrochen von den alten Kadern übernommen worden. Erster Präsident wurde der DissidentInnen zugeneigte Askar Akaew, Präsident der kirgisischen Akademie der Wissenschaften. Er hatte seine kleine Hochgebirgsrepublik westlich von China nach der Unabhängigkeit 1991 zur „Schweiz Zentralasiens“ ausgerufen. Das Land mit 5 Millionen EinwohnerInnen und einer Fläche mehr als doppelt so groß wie Österreich sollte zu einem demokratischen Musterstaat ausgebaut werden. Es wurde ein relativ starkes Parlament neben



Die Leninstatue am Zentralplatz in Bischkek wurde im Sommer 2003 durch eine nationale Freiheitsstatue ersetzt und an anderer Stelle wieder aufgebaut. Foto: Michael Schulte

dem Präsidenten installiert, das demokratisch gewählt wurde und noch immer zu den unabhängigen Parlamenten der GUS gehört. Das Parlament erwies sich jedoch viel konservativer als der Präsident und blockierte dessen Reformpolitik,

- 1 Die anderen wie z.B. die deutschen Parteistiftungen von Heinrich Böll (Grüne) bis Konrad Adenauer (CDU) betreiben hauptsächlich Infrastruktur- oder Elitenförderungsprojekte, gerne mit Schwerpunkt auf der Partizipation von Frauen.
- 2 Institute for War and Peace Reporting: Reporting Central Asia, No. 283. www.iwpr.net. Reporting Central Asia ist eine kritische Berichterstattung über Zentralasien von örtlichen JournalistInnen (Englisch und Russisch).
- 3 Islamismus spielt in Kirgistan – im Gegensatz zu Usbekistan – praktisch keine Rolle. Lediglich im Süden des Landes gibt es einige Islamisten. Die Bevölkerung ist nicht stärker islamisch als die deutsche christlich ist.
- 4 Hinzu kommt, dass massive ethnische Konflikte befürchtet wurden, nachdem es 1990 in Uszgen in Südkirgistan zu Unruhen zwischen ethnischen Kirgisen und Usbeken kam, die bis zu 800 Menschenleben forderte. Seit dieser Schreckenswoche hat es in Kirgistan jedoch keine weiteren ethnischen Konflikte mehr gegeben.

und so wurden dem Parlament gleich in den ersten Jahren kurzerhand einige Kompetenzen entzogen, damit Akaew seine gesellschaftlichen und ökonomischen Liberalisierungsbestrebungen umsetzen konnte.

Mit den Jahren ist auch der Akaew-Clan immer abhängiger von den zahlreichen Aufträgen und Posten geworden, die am Präsidentenamt hängen, und so wurde vor den Präsidentschaftswahlen 2000 der aussichtsreichste Gegenkandidat Feliks Kulow wegen Korruption zu langjähriger Haft verurteilt. Gerüchteweise ist er der erste und einzige, der in Kirgistan deshalb einsitzt. 2005 stehen neue Wahlen an, und so verschärft sich das Klima zurzeit. Dennoch zählt Kirgistan noch immer zu den offeneren GUS-Ländern. Das

frei gewählte Parlament hat soeben einen Untersuchungsbericht über Abhöraktionen des Innenministeriums gegen Abgeordnete der Opposition, NGOs und sogar die OSZE veröffentlicht, und die Opposition ist stark genug, dass dieser ziemlich scharf ausfiel. Die Nachbarstaaten zeigen, wie es härter geht: Usbekistans Präsident Karimow unterdrückt unter dem Mantel der Islamismusbekämpfung³ alles, was sich regt; eine handlungsfähige Opposition gibt es dort nicht. In Turkmenistan wiederum hat sich Saparmurat Nijasow zum Präsidenten auf Lebenszeit ernennen lassen, sich zum Turkmenbashi – Vater der Turkmenen – ausgerufen und Monatsnamen nach Frau und Mutter benannt. Im letzten Jahr wurde die russische Bevölkerung ausgewiesen.

Experimentierfeld für Demokratisierung

In diesem Umfeld ist Kirgistan zwar nicht mehr das Musterland des Westens. Der Ausreisewelle von russischer, ukrainischer und deutscher Bevölkerung, die zu Zeiten der Sowjetunion die gut ausgebildeten städtischen Schichten bildeten, wurde mit einer erfolgreichen Kampagne „Unser gemeinsames Haus Kirgistan“ entgegen gearbeitet, als ihre Abwanderung zum Problem wurde, und Russisch 2001 wieder als gleichberechtigte Amtssprache in die Verfassung aufgenommen; heimische NGOs und internationale Organisationen sind als Beraterinnen noch immer in Regierungskommissionen einbezogen. Dies ist der Grund dafür, warum sich westliche GeldgeberInnen Mitte der 1990er Jahre auf Kirgistan konzentrierten, dort ihre Dependancen eröffneten und viel Geld in den Aufbau von nicht-staatlichen Strukturen steckten⁴. Entsprechend viele NGOs gibt es heute: Etwa 6.000 soll es geben, davon sollen nach Angaben örtlicher Organisationen über 1.000 auch aktiv sein. In jeder Kleinstadt gibt es mindestens eine. Sie übernehmen dort Jugendarbeit, Kontrolle der Sicherheitskräfte und der Staatsanwaltschaft, Monitoring, Familienberatung, Konfliktschlichtung und stellen Büroinfrastruktur zur Verfügung oder vergeben Mikrokredite an Kleinbauern. In der Hauptstadt Bischkek gibt es differenziertere Organisationen: Jugend-, Medien- oder Landlosenprojekte, eine Prostituiertenselbstorganisation, eine Journalistengewerkschaft, Lobbies für verschiedene Interessen usw.

Recht

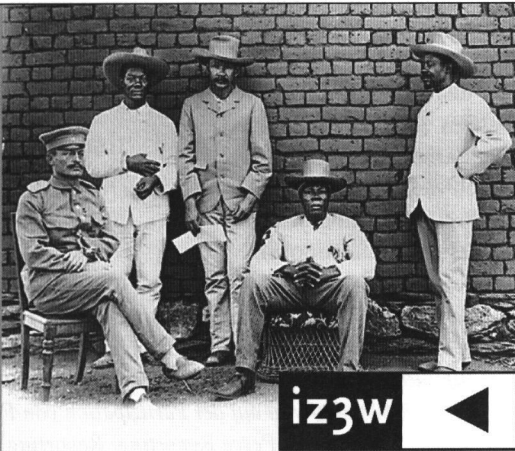
Die Fixierung auf geschriebenes Recht ist für die meisten Organisationen charakteristisch. Fast jede Gruppe unterhält eine anwaltliche Rechtsberatung. Ein Netzwerk, das zentral aufbereitete Nachrichten kostenlos der armen Landbevölkerung zur Verfügung stellt, druckt sogar täglich einen Gesetzestext auf der letzten Seite ihrer Zeitung ab – keinen Kommentar oder Rechtstipp, sondern das Gesetz selbst, als nütze dies NichtjuristInnen.

Viele der Bischkeker Gruppen arbeiten in Kommissionen mit, in denen Gesetze erarbeitet werden. Der Verweis auf all die internationalen Menschenrechtsabkommen, die das Land unterschrieben hat, ist allgegenwärtig. Es gibt einen enormen Glauben an das geschriebene Recht – obwohl es den geltenden Gesetzen vor allem an der Umsetzung durch korrupte BeamtenInnen und an den nötigen Mitteln mangelt. Wichtigste Aufgabe von NGOs ist hier die Durchsetzung und Überwachung einer liberalen gesellschaftlichen Ordnung. Sie stärken bürgerliche Freiheiten. Das ist vielleicht nicht besonders links. Recht als ein individueller Schutz gegen den Staat, wie es im modernen Kirgisien versucht wird durchzusetzen, ist etwas Neues im Gegensatz zur Sowjetunion.

Protest

Wer an Lateinamerika denkt, wird von dort eine ausgeprägte Protestkultur kennen. So etwas gibt es in den meisten ex-sozialistischen Ländern nicht. Für seine Interessen oder gegen irgendwel-

iz3w ▶ Zeitschrift zwischen Nord und Süd



iz3w

275 Deutscher Kolonialismus (I)
 ▶ Vergangenheitspolitik ▶ Genozid in Namibia ▶ Tansania-Park ...

276 Deutscher Kolonialismus (II)
 ▶ Kamerun ▶ Tanzania ▶ Kolonialdenkmäler ▶ Deutsche Ethnologie ▶ Feministische Debatten ...

Einzelpreis je € 4,-

iz3w ▶ Telefon 07 61 – 7 40 03
 info@iz3w.org · www.iz3w.org

che Übel auf die Straße zu gehen, zu streiken oder auch nur politisch zu diskutieren, ist in vielen Ländern völlig unbekannt. In Kirgistan ist das prinzipiell möglich, in anderen Republiken wie Usbekistan kann dies aber der direkte Weg in den Knast sein.

NGOs gehen zwar üblicherweise nicht auf die Straße oder blockieren den Präsidentenpalast. Sie setzen sich dennoch für ihre Interessen und ihre Themen ein, starten Initiativen, nehmen Dinge in die Hand und warten nicht darauf, dass die Regierung etwas tut. Es ist noch keine Protestkultur, kann aber ein erster Schritt sein in sowjetisch geprägten Gesellschaften, in denen Eigeninitiative außerhalb des offiziell Gewünschten immer noch kaum vorkommt. NGOs bilden Menschen aus, die ihre Interessen formulieren können. Gleichzeitig wird durch die NGOs aber wieder ein Stellvertretersystem etabliert – NGOs empfehlen sich als Lobbies für verschiedene Interessen, die über ihre Kanäle Dinge regeln.

Politisch – unpolitisch

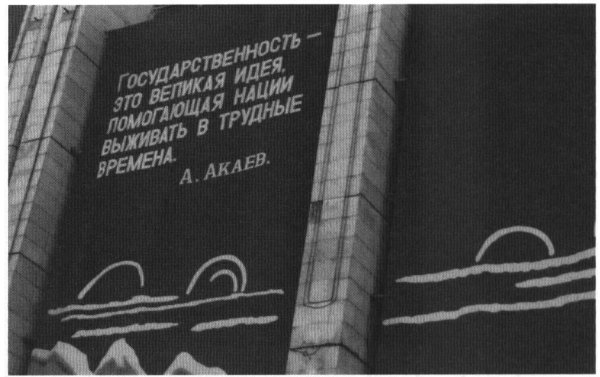
Eine Eigenschaft, die praktisch alle NGOs in Kirgistan teilen, ist ihre Selbstdefinition als vollkommen unpolitisch. Wenn man Politik als das, was sich auf Gesellschaft, ihre Analyse und Veränderung bezieht, sind die meisten NGOs aber politisch. Politik ist in Kirgistan das Geschäft der Herrschenden, bei dem es vor allem um Selbstbereicherung geht. Mit diesem Geschäft wollen die meisten NGOs nichts zu tun haben. Politik machen PolitikerInnen. Selbst ihre Beratungsarbeit in Regie-

rungskommissionen begreifen sie nicht als politisch, sondern als ExpertInnenarbeit oder Lobbying.

Repression und Sicherheit

Die Selbstdefinition als unpolitisch hat aber vor allem eine Schutzfunktion. Wer nicht politisch ist, setzt sich nicht so leicht Repressionen aus, und auch vor Diffamierungen durch regierungstreue Medien schützt es ein wenig, nur Expertin zu sein und die Umsetzung all der internationalen Abkommen zu fordern, die die Regierung selbst unterschrieben hat. PräsidentIn anstelle des Präsidenten will man nicht werden, und das macht das Leben um einiges sicherer.

Gerade in den zentralasiatischen Republiken ist außer in Tadjikistan noch immer der erste Präsident nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Amt. Zudem sind die Staaten politisch nicht sehr stabil. In allen Ländern verschlechtern sich die Bedingungen eher, als dass sie sich verbessern. In Kirgistan ist noch nicht entschieden, ob es weiter Richtung Diktatur geht oder nicht. Man wartet auf die Wahlen 2005: Entweder wird eine Familiendynastie gegründet und der Sohn oder die Ehefrau des Präsidenten als NachfolgerIn installiert. Sie oder er muss aber genauso die Macht sichern. Oder es kommt jemand anderer, vielleicht ein/e echte/r KonkurrentIn. Was der/die bringt, ist aber jeweils vollkommen unsicher: Opposition heißt zunächst nur, gegen die Regierung zu sein, weil man selbst nicht an den Fleischtöpfen sitzt. Inhaltliche Unterschiede oder Unterschiede in der Seriosität



„Staatlichkeit ist eine große Idee, die der Nation hilft, schwere Zeiten zu überleben.“ A. Akaew. Foto: Michael Schulte

sind kaum auszumachen, und das ist allen klar. Sich zu weit aus dem Fenster zu lehnen mit allzu politischen Thesen, kann eine potentielle Gefahr in der unklaren Zukunft sein.

Diese Furcht vor der Zukunft wird noch genährt durch die Erfahrungen, die zumindest die Älteren in der Sowjetunion gemacht haben. Liberalere Phasen gab es immer wieder und sie wurden zuverlässig nach ein paar Jahren durch repressivere abgelöst. Viele, die sich in der besseren Zeit zu kritisch geäußert hatten, hatten danach massiven Ärger. Das vermindert noch heute die Bereitschaft, sich zur Wehr zu setzen.

NGOs arbeiten mit internationalen Fördergeldern und haben dadurch Kontakte, die ihnen helfen können, wenn ihre Leute im Knast verschwinden sollten. Die Form NGO bietet einen Schutz, den eine Politgruppe nicht hätte. Zudem kann man von theoretischen Gedanken nicht leben, während NGOs zu den relativ gut zahlenden ArbeitgeberInnen gehören.

GeldgeberInnen

Welchen Einfluss haben die GeldgeberInnen auf Inhalt und Arbeit der NGOs? Sie

bieten Förderprogramme, die für bestimmte Aktivitäten Gelder zur Verfügung stellen. Sie fördern selten ganze Organisationen, sondern stets Projekte zu bestimmten Themen. Damit entscheiden sie, welche Arbeit erwünscht ist und realisiert werden kann und welche nicht. Sie strukturieren über ihre Förderprogramme, welche Themen behandelt werden. NGOs müssen permanent neue Projekte entwickeln, um im Geschäft zu bleiben, haben gleichzeitig jedoch kaum die Möglichkeit, die Förderprogramme zu beeinflussen und ihre eigenen Themen auf die Agenda zu setzen. Der Vorwurf, die Geldgeber manipulierten die NGOs in armen Ländern, ist dennoch falsch: Einerseits treffen sie auf ein Bedürfnis, stabile liberale gesellschaftliche Verhältnisse herzustellen. Andererseits würden sie kein Geld geben, wenn sie damit nicht auch ihre jeweiligen politischen Interessen verfolgen würden. Und da es unterschiedliche GeldgeberInnen gibt, gibt es eine gewisse Vielfalt. Zumindest ein Teil der AktivistInnen weiß, was er sich wünscht: eine funktionierende bürgerliche Gesellschaft, die Respektierung von Menschenrechten, Umweltschutz, Wohlstand.

Post/Koloniale Verbindungen?

Dass die Gesetzgebungen zur Arbeitsmigration einer Nützlichkeits- und Bereicherungslogik für den anwerbenden (und den sendenden) Staat folgen, ist nicht besonders neu. Kien Nghi Ha stellt diese Logik – die BRD betreffend – in einen kolonialistischen Kontext.¹ An welchen Punkten lassen sich in Österreich, das in der offiziellen Selbstrepräsentation nie Kolonien zu haben schien – und dies mitunter bedauerte² – derartige Verbindungen herstellen?

VON RENÉE WINTER*

In der Ausstellung *Gastarbajteri – 40 Jahre Arbeitsmigration* wurde versucht Kontinuitäten und Brüche zu gesetzlichen und sprachlichen Diskursen des Nationalsozialismus für BesucherInnen rezipierbar zu machen.

In diesem Text werden – angeregt durch Jo Schmeisers Kritik an fehlenden Bezügen auf die Zeit vor 1938 und kolonialistische Logiken – fragmentarische Überlegungen zu versuchten Verwertungslogiken in postkolonialen Kontexten und ihren repräsentationalen Implikationen angestellt.

„In der Funktion als billige ‚industrielle Reservearmee‘, im ‚Inländer-Primat‘, in der dauerhaften Struktur gesellschaftlicher Unterschichtung, in der Verweigerung staatsbürgerlicher Rechte und in der auf Diskriminierung beruhenden Ausländerpolitik werden historische und koloniale Muster deutlich sichtbar. Das bestimmende Element in der deutschen Migrationspolitik sind zweifellos sog. Nationalinteressen, während die Befriedigung der Bedürfnisse und Rechte der Migrierten, die infolge rassistischer Diskurse als Arbeitsobjekte verdinglicht und als Rechtssubjekte nur rudimentär anerkannt wurden und werden, kaum oder gar keine Rolle spielen.“¹

Was Kien Nghi Ha den bundesdeutschen Kontext betreffend analysiert schrieb sich auch in die österreichische Legislation zu Arbeitsmigration ein. In den Erläuterungen zur Regierungsvorlage des Aufenthaltsgesetzes 1993 heißt es: „Grundsätzlich muß klar sein, daß sich das Aufenthaltsrecht in Österreich nicht primär an

den Bedürfnissen der Niederlassungswilligen orientiert, sondern nach den Bedürfnissen der österreichischen Gesellschaft auszurichten hat. Österreich muß entscheiden können, wer sich niederlassen kann und soll. (...) Nur auf dieser Grundlage gelangen sie dorthin, wo sie auch tatsächlich gebraucht und gewollt werden.“ (Allgemeiner Teil der Erläuterungen zur RV, AufG 93)

Die zitierte Passage folgt einem Wir-Diskurs, der hier über Homogenisierungen – „die österreichische Gesellschaft“, „Österreich“, „sie“² – funktioniert. Die bevorzogene Argumentationslinie, die vorgibt „das Beste für sie zu wollen“ steht in der Tradition einer Gesetzesentwicklung, die Arbeits/MigrantInnen systematisch zu objektivieren versuchte.

Kien Nghi Ha spricht die im 19. Jahrhundert in Preußen übliche Koppelung des Arbeits- und Aufenthaltsrechtes an, die sich unter anderem in der Verwendung einer „Legitimationskarte“ ausdrückte, die sowohl als arbeitsrechtlicher als auch polizeilicher Ausweis fungierte. Die Ergreifung fremden/polizeilicher Maßnahmen zur Kontrolle des Arbeitsplatzwechsels von MigrantInnen wurde in den 60er Jahren auch in Österreich von ArbeitgeberInnenseite gefordert: „Den [sic] Arbeiter wäre sodann der Reisepass behördlicherseits abzunehmen und durch eine interimistische Bescheinigung zu ersetzen. Bei Vertragsbruch oder sonstigen Verstößen wäre der Ausländer auf der Stelle aus Österreich auszuweisen, sofern er zur Ar-

beit eingereist ist. Es dürfte ihm nicht gestattet werden, zum Schaden der Unternehmung, welche ihm unter erheblichen Kosten angeworben und eingeschult hat, einen anderen Arbeitsplatz aufzusuchen.“ Am 9.10.1965 erfolgte die Antwort der Vereinigung österreichischer Industrieller: „Auch die Idee einer strafbaren Kontrolle der ausländischen Arbeitskräfte durch Deponieren des Reisepasses und Ausstellung eines speziellen Ausweispapiers wurde von der Bundeskammer bereits aufgegriffen und entsprechende Vorschläge bereits an das Innenministerium und das Sozialministerium erstattet.“³

Fremden/Polizeiliche Arbeitskontrollen

Die Kontrolle des Arbeitsmarktes und die der ArbeitnehmerInnen über fremden/polizeiliche Mittel hat Tradition. 1922/23 „gab die österreichische Bundesregierung dem Drängen der Gewerkschaften und Arbeiterkammer nach und begrenzte schrittweise den Zugang zum heimischen Arbeitsmarkt durch eine Verschärfung der Visaerteilung. Das Prinzip des Inländerschutzes wurde in den Rang eines staatspolitischen Dogmas erhoben.“⁴

In den 60er Jahren wurde Abschiebung als Reaktion auf migrantische Arbeitskämpfe durchaus in Erwägung gezogen. Neben dieser Funktion der Kontrolle der ArbeitnehmerInnen, wurde sie auch als Mittel zu Arbeitsmarktregulierung eingesetzt. Während der „zweiten Abbauphase“⁵ in einer Zeit der Rezession wurden im August 1983 15-20

*) Renée Winter ist Autorin der Station *Fremdenpolizei/Regulierungsbestrebungen* in der Ausstellung *Gastarbajteri – 40 Jahre Arbeitsmigration* (Wien Museum, 21.1.-11.4.2004). Derzeit schreibt sie gemeinsam mit Vida Bakondy an einer Diplomarbeit zu (filmischen) Afrikadiskursen im Österreich der 50er.

Menschen täglich abgeschoben.⁶ Im Februar des gleichen Jahres fasste der ÖGB den „einheitlichen Beschluß, den Zuzug auf Null zu stellen“.⁷

Dieser Position des ÖGB entspricht auch das schon vor dem Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975 gültige Abkommen, dass ausländische vor inländischen ArbeitnehmerInnen zu entlassen seien.⁸ Wobei das Ausländerbeschäftigungsgesetz die erste kodifizierte Erfassung der unterschiedlichen Regelungen und Handhabungen der Arbeitsmigration in der Zweiten Republik darstellt. Bis dahin galt die Verordnung über ausländische Arbeitnehmer aus dem Jahr 1933.

So stellte der ÖGB 1970 den Antrag auf Zurückziehung der Beschäftigungsgenehmigungen für türkische Arbeiter in der Glasfabrik des Unternehmers Kurt Wokan, da er österreichische Arbeitskräfte entließ.⁹ Jene klagten darauf Wokan wegen Vorenthaltung von kollektivvertraglich vorgeschriebenen Beiträgen sowie Kündigungsentschädigungen.¹⁰

Die Fremden Gesetze der 90er Jahre sind zwar geschlechtsneutral formuliert, haben jedoch geschlechtsspezifische Auswirkungen. So sind nachziehende Migrantinnen mit der Quotenregelung beim Familiennachzug konfrontiert. In der Folge sind arbeits- oder aufenthaltsrechtliche Bewilligungen an eine (Aufrechterhaltung der) Ehe gebunden: „Die Aufenthaltsberechtigung zu behalten bedeutet im Falle von familiären Problemen eine nicht mehr erwünschte Ehe zu dulden. Diese Frauen werden per österreichischem Gesetz von ihren Ehemännern abhängig gemacht.“¹¹

Auch das sogenannte KünstlerInnen- oder TänzerInnenvisum stellt eine geschlechtsspezifisch genutzte und konnotierte Form einer Verschränkung von Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung dar, mit deren Beschränkungen und daraus entstehenden Abhängigkeiten vor allem als Sexarbeiterinnen arbeitende Frauen konfrontiert sind: „Für die Barbesitzer ist es sehr leicht, immer wieder neue Tänzerinnen anzuwerben, hingegen ist es für die Frauen fast unmöglich, im Land zu bleiben, wenn sie nicht mehr als Tänzerinnen arbeiten wollen.“¹²

Hartnäckige Bilder

Die Verobjektivierung, die sich auch in Berichten mit antirassistischen Intentionen über „Schlepper“, „Abwerbung“, „Wohnungsprobleme“ findet, hat Affinitäten zur kolonialen Vorstellung einer „weißen agency“, einem Handeln weißer Subjekte in vorgestellten Ländern/Bereichen, deren BewohnerInnen handlungsunfähig gesetzt werden.

Im Aufkommen der „Schlepper“-Diskussion werden auch österreichische ArbeitsmigrantInnen handlungsunfähig gesetzt. „Olympia-Schlepper werben Bauern ab“ ist der Titel eines Presse Artikels vom 25.3.1972. Bayerische Unternehmen würden für die Olympia-Bauten in München mit Erfolg österreichische Bauern anwerben, was in der damaligen Setzung von „Schleppern“ als „illegale Stellenvermittler“ ein wirtschaftliches wie polizeiliches Problem darstelle. In der Anwendung des „Schlepper“-Diskurses auf ArbeitsmigrantInnen ist in den 70er Jahren zwar noch eine andere Richtung gemeint.¹³ „Schlepper“ sind diejenigen, die den in

Österreich ersehnten ArbeitsmigrantInnen einen Job in Deutschland, den Niederlande oder Belgien versprechen und sie dementsprechend aus Österreich abwerben. Diese Argumentationsstruktur, dass die Entscheidung zum Jobwechsel/zur Migration, nicht von der/dem MigrantIn selbst ausgehe, gleicht dem (aktuellen) Diskurs der 90er. Den „Schlepper“-Diskussionen ist gemein, dass sie die nicht staatlich/sozialpartnerschaftlich abgesegnete Form der Anwerbung/Migration kriminalisieren. Die imaginäre Figur des – immer männlich gesetzten Schleppers – wird variabel ausgefüllt – 1967 beschreibt Ferdinand Vavra im *Express* „Schlepper“ als „sprachkundige Ausländer, meist Studenten“¹⁴ – und zur Legiti-

mation von polizeilichen Maßnahmen und Gesetzgebungen herangezogen.¹⁵ Die östliche Grenze von Österreich betreffend fand außerdem seit 1989/90 ein Begriffswechsel statt, die jetzt als „Schlepper“ bezeichneten, trugen aus westlicher Perspektive schon mal die Bezeichnung „FluchthelferInnen“.

Die – in aktuellen Diskussionen¹⁶ – damit verknüpften Bilder von Grenzsicherungen sowie Kontrollen innerhalb des Staatsgebietes, die Migration regulieren sollen, beruhen nach Ayse Ceyhan und Anastassia Tsoukala „auf dem Mythos der Existenz eines souverainen Staates, der sein Territorium vollkommen kontrollieren kann.“¹⁷ Kien Nghi Ha stellt diese Phantastie in eine Tradition der

1 Kien Nghi Ha, 2003, 65f.

2 Matouschek/ Wodak/ Januschek 1995, 50.

3 Brief der Papier- und Blechdruckindustrie Willibald Lang an die Arbeitsgemeinschaft für die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in der Bundeskammer für gewerbliche Wirtschaft, 8.9.1965. Archiv der WKÖ. Für den Hinweis auf diesen Briefwechsel danke ich Vida Bakondy.

4 Sensenig 1999, 393-394.

5 Sensenig, 1999, 631.

6 Davy/Gächter, 1993, 168.

7 Hubertus Czernin: Absolute Sperre, in: Wochenpresse, 22. 2. 1983.

8 Womit es auch dem in der Ersten Republik festgeschriebenen Prinzip des „Inländerprimats“ folgte. vgl. Ljubomir Bratić: Diskurs und Ideologie im österreichischen Staat., http://www.no-racism.net/antirassismus/texte/diskurs_ideologie.htm

9 Keine Arbeitsbewilligung für Gastarbeiter in Schneegattern, AZ 5.2.1970, S.2.

10 14 Gastarbeiter klagen Wokan. Schmälerte Glashüttenunternehmer Türken die Löhne?, AZ, 11.2.1970, S. 4.

11 Ongan, 2002, 107.

12 LEFÖ, 1998, 134.

13 Sensenig, 1999, 268-298, insbesondere: 205.

14 Express, 1.10. 1967.

15 Winter 2004, 54.

16 Die Reaktion der 70er Jahre in österreichischen Gesetzgebungen war die einer Bindung von Aufenthalt an einen Arbeitsplatz, vgl. AuslBG 75.

17 Ceyhan / Tsoukala, 1997, 26-27.

„Allmachtsphantasie der kolonialen Naturbeherrschung“.¹⁸

Benennungen

Koloniale Beherrschung heißt auch zu benennen/umzubenennen, ein Gestus, der sich nicht nur in der rechtlichen sich verändernden Bezeichnungspraxis für Menschen, die nach Österreich migrieren (um zu arbeiten), abzeichnet. Offiziell folgte dem Begriff „Fremdarbeiter“ Mitte der 60er der des „Gastarbeiters“, wobei auf gesetzlicher Ebene sich die Begriffe „Ausländer“ und „Fremde“ lange abwechselten.¹⁹ Eine übliche Form einer Repräsentation der Nicht-Anerkennung stellt auch die Ignoranz gegenüber nicht mehrheitsösterreichischen Namen dar, die sich in Umschreibungen/„Eindeutschungen“ äußert. Die in österreichischen Medien der 70/80er favorisierte Benennung „Kolaric“ als Synonym für ArbeitsmigrantEN, die bezeichnenderweise auf eine Ak-

tion zur Verbesserung des Images der Werbewirtschaft zurückgeht ging oft mit einer infantilisierenden Duz-Praxis einher. In der BRD veranstaltete der Westdeutsche Rundfunk 1970 gar ein „Preis ausschreiben für eine andere Bezeichnung für Gastarbeiter“. Die 32.000 mehrheitsdeutschen BenennerInnen überboten sich dabei in sexistisch/rassistischen Zuschreibungen wie „Mädchen für alles“ oder „Bundesbürgers Heinzelmännchen“, gewonnen hat „ausländische Arbeiter“, ein Begriff mit hartnäckigen Kontinuitäten.²⁰

Zahlen

Benennungen/Kategorisierungen finden sich auch in Statistiken. Seit Ende der 70er wird in Berichten über Innere Sicherheit des Innenministeriums nach Herkunft unterschieden. Die Kategorisierung erfolgt nach den Gruppen „Inländer“, „Ausländer ohne Gastarbeiter“ und „Gastarbeiter“.²¹ Die –

von Ende der 70er bis in die 80er Jahre – immer gleiche Erklärung der Zahlen lautet: „Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, dass die Kriminalität der Ausländer beziehungsweise der Gastarbeiter im Bereiche der Verbrechen geringer ist als jene der österreichischen Wohnbevölkerung. Dieses Ergebnis entspricht auch den internationalen Erfahrungen.“

Unterschiede in der Kriminalität der Fremden bzw. der österreichischen Wohnbevölkerung zeigen sich jedoch bei der Differenzierung nach einzelnen Verbrechenstypen. (...) Anhand der beiden Tabellen lässt sich somit feststellen, dass die Deliktsstruktur der Inländer und der Ausländer ohne Gastarbeiter keine wesentlichen Unterschiede aufweisen; demgegenüber zeigt sich bei der Deliktsstruktur der Gastarbeiter, dass diese bei den Verbrechen gegen Leib und Leben und die Sittlichkeit eine höhere Belastung aufweisen als die Inländer bzw. die übrigen Ausländer.

Diese in der Kriminologie belegte Tatsache ist einerseits auf die persönlichen Umstände dieser Personengruppe zurückzuführen (Massenquartiere, geringere soziale Integration usw.), wozu andererseits noch das Auftreten von Kulturkonflikten und vielfach eine situativ bedingte missglückte Bewältigung der Sexualität hinzukommt.²²

Die Einteilung/Benennung/Kategorisierung erfolgt nach Arbeitstätigkeit, was offen lässt, ob unter die Rubrik „Ausländer ohne Gastarbeiter“ westliche MigrantInnen/TouristInnen oder nicht arbeitende Familienangehörige von ArbeitsmigrantInnen oder beide fallen.

Auffällig ist die Verwendung von Zahlen und Statistiken und eine durchaus kolonialen Stereotypen entsprechende (pathologisierte – „die missglückte Bewältigung“) Sexualisierung von ArbeitsmigrantInnen.

Die Nachfrage nach Statistiken ist auch in den spärlichen Fernsehbeiträgen zum Thema Migration im ORF der 70er Jahre immens.²³ In den am 25.9.1973 im ORF ausgestrahlten „Stadtgesprächen“ zum Thema „Kolaric mal 300.000. Wächst uns das Gastarbeiterproblem über den Kopf?“ erfolgt nicht nur deren Forderung, sondern über die Inszenierung von Expertenauftritten auch deren Übermittlung. Das Jugendmagazin „Kontakt“ hingegen argumentiert in der unüblich kritischen und nachträglich zensurierten Folge „Gastarbeiter“ die zahlenmäßige

Erfassung/Kontrolle in einem Hilfe-Diskurs: „Jeder gesetzliche Schutz und jede Hilfe setzt in erster Linie voraus, dass Informationen über die Gastarbeiter da sein müssten. Derzeit weiß man aber nicht einmal wie viele männlich und wie viele weiblich sind.“ Die Folge zeichnet sich durch eine damals für den ORF erstaunlich kritische Berichterstattung aus, MigrantInnen werden auf Türkisch und Deutsch interviewt, es wird über Anwerbung und ökonomische Interessen Österreichs gesprochen, gleichzeitig werden arbeitsrechtliche, fremdenpolizeiliche und soziale Diskriminierungen kritisiert. Gleichzeitig greift der Beitrag visuelle und sprachliche Diskurse auf, die in einem Kontext der zunehmenden Kontrolle lesbar sind. Die Wiederholung der Sendung wurde von General-

18 Kien Nghi Ha, 2003, S. 91. Hervorh. im Orig.

19 Ausländerpolizeiverordnung 1938, Fremdenpolizeigesetz 1954, Ausländerbeschäftigungsgesetz 1975, Fremdenengesetz 1992. Mit den Aufenthalts- und Fremdenengesetzen der 90er wurde eine Vielzahl von Bezeichnungen/Aufenthaltsstatistiken geschaffen. „Fremde“ in allen Variationen („Ankerfremde“, ...) setzte sich jedoch auf Gesetzesebene bis heute durch.

20 Herbert Löwy: Etiketts, AZ 25.12.1970. Heinrich Böll sprach sich für eine Anrede mit Vor- und Nachnamen aus, votierte schließlich jedoch als Mitglied der Jury für die Gewinnversion, wie Löwy bedauernd bemerkt.

21 Im Magazin des Innenministeriums – Öffentliche Sicherheit – wird schon 1972 im Sicherheitsbericht für 1970 die Rubrik „Ausländerkriminalität“ eröffnet. An dieser Stelle wird jedoch festgestellt, dass es aufgrund mangelnder Zahlen über die Wohnbevölkerung nur „unterschiedliche und problematische Ergebnisse“ geben könne. vgl. Öffentliche Sicherheit, 2/1972, S.3. 1975 erscheint erstmals ein Vergleich – ohne Statistiken – der bemerkt „die Kriminalität war nicht höher als jene der österreichischen Staatsbürger“. Öffentliche Sicherheit, 11/1975, S. 14.

22 Öffentliche Sicherheit, 1/1984, S.9.

23 Wie ich gemeinsam mit Vida Bakondy an anderer Stelle analysiert habe.

intendant Gerd Bacher verboten, Helmut Zilk, argumentierte dies mit der „links-extremistische[n] antidemokratische[n] Tendenz“.²⁴

Gesundheiten

Die im oben zitierten Bericht für Innere Sicherheit genannten Zahlen entsprechen bezeichnenderweise den „ermittelten Tatverdächtigen“ wodurch die Zahlen letztlich mehr über Kontroll- und Verdächtigungsinteressen von Polizei und HelferInnen aussagen.

Nach Sander L. Gilman haben Stereotypen von Krankheit und Sexualität einen wesentlichen Anteil an der westlichen Konstruktion der „Anderen“, wobei die getroffenen Zuschreibungen eine Funktion für die Sprechenden haben: „Um eine sichere Definition des Selbst zu gewährleisten, müssen die Sexualität und der mit ihr assoziierte Kontrollverlust auf den Anderen projiziert werden.“²⁵

So wird auch Kontrolle/Überwachung über Rückgriff auf Gesundheits-/Krankheitszuschreibungen legitimiert. 1968 heißt es in einem Erlass des Innenministeriums: „Der Überwachung der in Österreich tätigen Gastarbeiter kommt aus Gründen sicherheitspolizeilicher Natur und solchen der Aufrechterhaltung der Volksgesundheit ein ganz besonderes Gewicht zu.“²⁶

Dem hier sprachlichen Bezug auf die NS-Zeit entspricht auch die „Ökonomie der Dehumanisierung“²⁷ mit den gesundheitlichen Untersuchungen bei Anwerbungen, und dem „sanitätspolizeilichen Unbedenklichkeitsvermerk“ auf der Arbeitserlaubnis bis Mitte der 70er. Auch nach der Fremdenge-setznovelle 2002 muss wieder

ein „Gesundheitszeugnis“ erbracht werden.

Österreichischer Post/Kolonialismus?

Die zahlenmäßige Erfassung, die polizeiliche Kontrolle, die Nützlichkeit in Bezug auf nationale und ökonomische Interessen, Sexualisierung, Pathologisierung, Infantilisierung, und Namensgebungen sind Motive, die in Analysen aus dem Bereich der *post colonial studies* für Praxen und Texte „klassischer“ Kolonialländer herausgearbeitet wurden.

Auf die bestehenden Diskussionen, die österreichische Habsburger-Monarchie in einen kolonialen Kontext zu stellen, sei an dieser Stelle nur verwiesen.²⁸

Jedenfalls stellten Teile der Haupt-Herkunftsländer der Arbeitsmigration nach Österreich in der Zweiten Republik auch Ziele kolonialer Interessen Österreichs dar.²⁹

Es stellt sich jedoch die Frage nach den Implikationen einer post-kolonialen Interpretation der Arbeitsmigration nach Österreich bzw. österreichischer Arbeitsmigrationspolitik, über „politisch korrekte Trauerarbeit“ und „Hinterfragung (...) jenes naiven Verständnisses von ‚Multikulturalismus‘“³⁰ hinaus.

Stellt diese Lesart das Selbstbild Österreichs als an kolonialer Herrschaft unbedeutend in Frage, und/oder werden durch die Setzung in ein weiteres Herrschaftsverhältnis diese Machtpositionen re/produziert und in der Folge MigrantInnen erneut in einen Opferkontext gestellt?

In diesem Rahmen bleibt offen, ob und welche Basis eine Re/Konstruktion solcher Verbindungen für Analyse, Kritik und Forderungen darstellen kann.

Literatur:

Ayse Ceyhan / Anastassia Tsoukala: *Contrôle de l'immigration: Mythes et réalités*, in: *Cultures et conflits, Sociologie politique de l'international*, 26-27, 1997 – *Contrôles: frontières, identités. Les enjeux autour de l'immigration et de l'asile*, Übersetzung von der Autorin.

Ulrike Davy/August Gächter: *Zuwanderungsrecht und Zuwanderungspolitik in Österreich*, in: *Journal für Rechtspolitik*, 1993, Teil 1: 155-174; Teil 2: 257-281.

Sander L. Gilman, *Rasse, Sexualität und Seuche. Stereotype aus der Innenwelt der westlichen Kultur*, Hamburg 1992.

Ursula Hemetek (Hg.in): *Am Anfang war der Kolaric. Plakate gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit*, Wien 2002.

LEFÖ (Lateinamerikanische Emigrierte Frauen in Österreich): *Rechtliche Situation von Migrantinnen*, in: Jo Simone Bader/Richard Ferkl/Gabriele Marth/Jo Schmeiser (Hg.Innen): *Staatsarchitektur (= vor der information 7/8)* Wien 1998, 130-149.

Kien Nghi Ha: *Die kolonialen Muster deutscher Arbeitsmarktpolitik*, in: Hito Steyerl/Encarnación Gutiérrez Rodríguez (Hg.innen): *Spricht die Subalterne deutsch? Migration und postkoloniale Kritik*, Münster 2003, 56 –107.

Bernd Matouschek/Ruth Wodak/Franz Januschek: *Notwendige Maßnahmen gegen Fremde? Genese und Formen von rassistischen Diskursen der Differenz*, Wien 1995.

Michael Thomas Neugebauer: *Die österreichisch-afrikanischen Beziehungen seit 1955*, Wien, Köln, Weimar 1992.

Gamze Ongan: *Fantasma Migrantin*, in: *Eure Sprache ist nicht meine Sprache: Texte von Migrantinnen in Österreich*, Milena Verlag (Hrsg.), Wien 2002, S. 103-111.

Walter Sauer (Hg.er): *k.u.k. kolonial. Habsburgermonarchie und europäische Herrschaft in Afrika*, Wien, Köln, Weimar 2002.

Eugene Sensenig: *Reichsfremde, Staatsfremde und Drittausländer. Immigration und Einwanderungspolitik in Österreich*, unveröffentlichte Studie des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Gesellschafts- und Kulturgeschichte, Salzburg 1999.

Renée Winter: *Migration kontrollieren?*, in: Hakan Gürses/Cornelia Kogoj/Sylvia Matzl (Hg.Innen): *Gastarbeiter. 40 Jahre Arbeitsmigration*, Wien 2004, 53-60.

24 AZ, 12.6.1971.

25 Gilman, 1992, 18.

26 Erl-BM f. I, 102.274-24/68, Archiv der WKÖ: *Die Verwaltungsgagenden der Kommission. Für den Hinweis auf den Erlass danke ich Gamze Ongan.*

27 Kien Nghi Ha, 2003, 79.

28 Sauer, 2002; <http://www.kakanien.ac.at>

29 Walter Sauer erwähnt die erfolglose koloniale Beanspruchung von Südostanatolien 1913, in: Sauer, 2002, S. 17; Clemens Ruthner *die Besetzung, Verwaltung und Annexion Bosnien-Herzegowinas 1878-1918*; Clemens Ruthner: *K.U.K. »Kolonialismus« als Befund, Befindlichkeit und Metapher*, 2003, <http://www.kakanien.ac.at/beitr/theorie/CRuthner3.pdf>

30 Clemens Ruthner, 2003.

„Es kommt darauf an“¹

Einige Überlegungen zu einer politischen und antirassistischen Pädagogik

Anleitung zur Selbstermächtigung statt psychologisierender Pädagogik: über die Arbeit mit Jugendlichen im Rahmen der Ausstellung *Gastarbeiter – 40 Jahre Arbeitsmigration*

VON NORA STERNFELD
UND RENATE HÖLLWART
(BÜRO TRAFO.K)*

Die Ausstellung *Gastarbeiter – 40 Jahre Arbeitsmigration* der Initiative *Minderheiten*, über die in der letzten Ausgabe von **Context XXI** ausführlich berichtet wurde, war von 22. Jänner bis 11. April 2004 im Wien Museum Karlsplatz zu sehen. In den elf Wochen, die sie für das Publikum offen stand, nahmen 5.500 SchülerInnen an einem Vermittlungsangebot teil. Dieser große Andrang war zunächst mal Anlass für Freude und Stress. Mit ein bisschen Abstand wirft der Run der Schulklassen auf die Ausstellung aber auch darüber hinausgehende Fragen auf. Mit diesem Text möchten wir auf einige spezifische Fallen und Probleme eingehen, die sich stellen, wenn wir uns auf den Versuch einlassen, antirassistische Auseinandersetzungen in pädagogische Prozesse einzuführen. Unsere diesbezüglichen Überlegungen stehen in Zusammenhang mit einem langen Auseinandersetzungsprozess des Vermittlungsteams für das Projekt *Gastarbeiter*. Das Konzept für die Vermittlung der Ausstellungen wurde vom Büro *trafo.K* (Elke Smodics, Renate Höllwart und Nora Sternfeld) gemeinsam mit Ljubomir Bratić und Arif Akkilic entwickelt. Die Arbeit an der Konzeption erstreckte sich über einen Zeitraum von zwei Jahren. Es war uns wichtig, unsere Arbeit nicht nur als pädagogische Konzeption, sondern auch als Eingriff in den bestehenden

öffentlichen Diskurs zu verstehen.

Die zahlreichen Anmeldungen stellten zunächst einmal eine Möglichkeit dar, unsere Ansätze zu erproben und im Rahmen der Ausstellung herrschenden Geschichtsbildern und schulischen Kanonisierungen andere Perspektiven gegenüberzustellen. Sie gaben uns aber auch die Gelegenheit eine Reihe von Erfahrungen mit den Bildern von LehrerInnen zu machen und fest zu stellen, welche Vorstellungen und Erwartungen an eine Auseinandersetzung mit dem Thema Migration in der Schule vorzuherrschen scheinen.

Die Motivation der LehrerInnen, die Ausstellung zu besuchen, spiegelte sehr oft den medialen und gesellschaftlichen Diskurs wieder. Der von ihnen als „hoch“ prognostizierte „Ausländeranteil“ in ihren Klassen, schien ihnen ein „Problem“ zu sein und der Besuch der Ausstellung ein Aufhänger, es zu „lösen“ oder zumindest zu „behandeln“.

Auch wenn das Thema Migration noch keinen Eingang in die Schulbücher gefunden hat, scheint es im Unterricht also sehr wohl präsent zu sein. Und zwar nicht in seinen politischen und historischen Dimensionen, sondern als „Problem“ im Klassenzusammenhang oder in Verbindung mit den Vorstellungen der LehrerInnen im Hinblick auf eine Prävention von Rassismus.

In Anbetracht dessen stellt sich nicht mehr nur die Frage, ob eine antirassistische Pädagogik wichtig ist, sondern es kommt darauf an, wie und unter welchen Prämissen sie stattfindet.

Eine kritische Perspektive auf pädagogische Konzepte, die mit Migration in Verbindung stehen, kann vielleicht einige Probleme aufzeigen.

Psychologisierung in der Pädagogik

In den letzten 30 Jahren haben sich die Ansätze pädagogischer Konzepte, die sich mit Migrationsphänomenen auseinandersetzen, einerseits verändert, andererseits haben sie gemeinsam, dass sowohl strukturelle Ausschlüsse und Machtstrukturen als auch politische Handlungsfelder weitgehend ausgeblendet werden.

Während eine so genannte „Ausländerpädagogik“ von einem Defizit der migrantischen SchülerInnen ausgeht (MigrantInnen müssen was aufholen und sich anpassen) legt das Konzept des „Interkulturellen Lernens“ das Hauptaugenmerk auf die „kulturelle Differenz“ (MigrantInnen sind eine Bereicherung). Eine sich als emanzipatorisch verstehende Antidiffamierungspädagogik stellt den multikulturellen Bildern eine Perspektive gegenüber, die den Fokus auf Phänomene der *Diskriminierung* legt. Sie versucht, rassistische Stereotype in den Blick zu bringen, zu dekonstruieren und

*) *trafo.K*, Büro für Kunst, Kultur und Kommunikation, ist ein Wiener Büro für Vermittlung in Museen und Ausstellungen. Das *trafo.K*-Team arbeitet an der Konzeption, Organisation und Umsetzung von Vermittlungsmodulen und Workshops in den Bereichen zeitgenössische Kunst, neue Medien und Zeitgeschichte.

damit die Bilder, die Jugendliche haben, zu verändern. (Differenzen werden dekonstruiert, Zivilcourage gefördert, strukturelle Ausschlüsse und politische Selbstorganisation jedoch nur am Rande behandelt.)

Wenn sich diese Ansätze auch sehr stark unterscheiden und politisch anders zu bewerten sind, so haben sie doch gemeinsam, dass sie ausschließlich auf einer individuellen Ebene operieren. Ein Problem, das in diesen Zusammenhängen auftritt, ist die Gefahr der Reduktion politischer Zusammenhänge und sozialer Probleme auf persönliche Konflikte, für die individuelle Lösungen erarbeitet werden. Dieses Pro-

blem stellt sich in gesteigertem Maße, insofern es eine gesellschaftliche Tendenz gibt, das Phänomen des Rassismus zu einem psychologischen Problem zu reduzieren, die sich nicht nur in pädagogischen und sozialpädagogischen Konzepten sondern auch in Analysen der Sozialwissenschaften und in offiziellen Werbekampagnen gegen Rassismus ausmachen lässt.²

Es gibt also eine Tendenz der Pädagogik, gesellschaftliche Phänomene zu personalisieren und dabei die Analyse realer Macht- und Herrschaftsverhältnisse auszublenken: Selbst wenn pädagogische Programme einen aufklärerischen An-

spruch haben und diskriminierende Vorstellungen und Logiken problematisieren, bleibt die Auseinandersetzung zumeist dem Persönlichen verhaftet.

Dies trifft nicht nur auf die totalitäre „Anpassungslogik“ der „Ausländerpädagogik“ oder auf den multikulturalistischen Kitsch des so genannten „Interkulturellen Lernens“ und seiner Rezepttausch, Tanz- und Koch-Pädagogik zu, sondern durchaus auch auf so manche, sich als „aufklärerisch“ verstehende Ansätze einer „antirassistischen“ Pädagogik. Auch sie gehen sehr oft von individualisierenden Prämissen aus, stellen Themen wie „Sensibilisierung“ und „Zivilcourage“ in den Mittelpunkt, individuelle Handlungsspielräume in den Vordergrund. Eine Herangehensweise in diesem Zusammenhang sind etwa Übungen zur Sensibilisierung. Diese bestehen darin, Konstruktionen und Zuschreibungen auf einer individuellen Ebene zu verschieben. Es kann dort zum Beispiel darum gehen, sich als Teil unterschiedlicher Gruppenidentitäten wahrzunehmen (Brillenträger, Stadtmensch, Türkin usw.) und seine eigenen Vorurteile zu erkennen.

Ein solcher Ansatz beschränkt sich auf die individualisierende De- und Re-Konstruktion von Identitäten. Die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Strukturen – die die materielle Basis der Konstruktionen darstellen – geraten jedoch nicht in den Blick. Die Rolle der rassistischen Gesetze, die Maßnahmen der Abschiebung sowie die Mechanismen der Ausbeutung werden dabei nicht

thematisiert, weil es nur um persönliche Verbindlichkeiten eines besseren Miteinanders geht. In diesem Zusammenhang ist kritisch zu hinterfragen, ob sich pädagogische Konzepte nicht missbrauchen lassen, indem sie so tun, als könnten sie einfache Antworten auf Diskriminierungen geben, die bei kritischer Betrachtung innerhalb des pädagogischen Diskurses nicht lösbar sind.³ Es handelt sich dabei um ein Problem, das der Pädagogik selbst inhärent ist, insofern sie es immer mit Individuen zu tun hat und ihr keine realen Mittel zur politischen Organisation zur Verfügung stehen.

Wie aber kann eine Pädagogik aussehen, die keine „heile Welt eines toleranten und friedlichen Miteinanders vorgaukelt“⁴, die die realen politischen Hintergründe und rassistischen Strukturen nicht verschleiert, sondern sie selbst zum Thema macht. Es scheint hier notwendig Vermittlungsformen zu entwickeln, die keine persönlichen Lösungsmöglichkeiten suggerieren, sondern eine Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen implizieren, von denen die Jugendlichen bestimmt sind.

Versuch, unseren Ansatz zu beschreiben

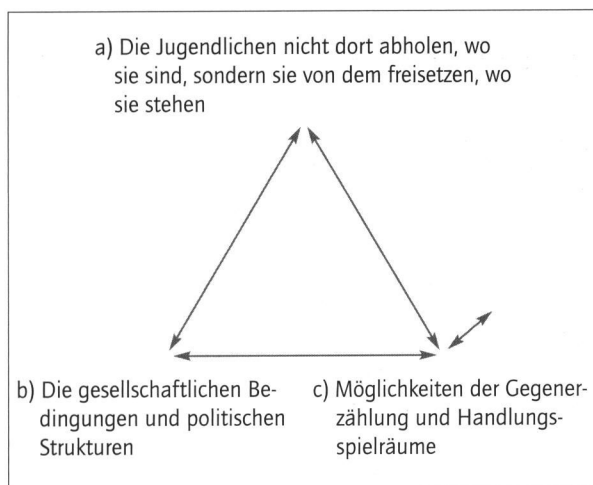
Wir möchten hier einen eigentlich sehr klassischen emanzipatorisch-pädagogischen Ansatz vorstellen, der Self-Empowerment zum Ziel hat. Er entspricht gewissermaßen einem immer wieder aufs Neue nachzuvollziehenden Dreieck, das aber nicht abgeschlossen ist, sondern wesentlich aus sich hinaus verweist.

1 "Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kömmt darauf an, sie zu verändern." Der Mittelteil der 11. Feuerbachthese von Karl Marx steht hier für den Übergang und für die Verbindung zwischen Theorie, ideologiekritischer Analyse einerseits und emanzipatorischer Praxis andererseits. In der Vermittlungsarbeit geht es uns darum, Machtstrukturen und Ausgrenzungsmechanismen als gemachte und gesellschaftlich vorgegebene aufzuzeigen, ohne jedoch dabei die Handlungspotentiale auszublenden. Gesellschaft wird nicht nur in ihren Herrschaftsstrukturen analysiert, ebenso tritt der Aspekt des Widerstands gegen sie, die Diskussion um ihre Aushandlung und Veränderung in den Blick. In einen pädagogischen Kontext stellte die 11. Feuerbachthese bereits Bertolt Brecht in seinem Exkurs über die "Theorie der Pädagogien", den er seiner Lehrstücktheorie voranstellt. Brecht entwickelt unter Bezugnahme auf die 11. Feuerbachthese eine Theorie einer politisch-ästhetischen Erziehung, bei der die aktive Teilnahme an den Lehrstücken einem reflektierenden Bewusstmachen der Lernenden dienen soll und die betrachtende Haltung mit der Tat verbunden wird.

2 Der Politikwissenschaftler Gazi Caglar stellt diese "Tendenz zur Subjektivierung und Psychologisierung" in einen zeit-historischen Kontext und stellt fest, "dass die Pädagogisierung eines Problems regelmäßig dann einsetzt, wenn kein Konsens für politisches Handeln, welches bitter nötig wäre, zu erreichen ist." Gazi Caglar: Rasse, Klasse, Nation. In: Gazi Caglar, Peyman Javaher-Haghighi (Hg.): Rassismus und Diskriminierung im Betrieb, Hamburg, 1998, S. 14

3 Vgl. dazu Angelika Paseka: Gesellschaft und Pädagogische Praxis. In: Bettina Fritzsche et al. (Hg.): Dekonstruktive Pädagogik, Opladen 2001, S. 187-199.

4 ebda. S. 196.



Grafik: trafo.K

Jugendliche von dem freisetzen, wo sie stehen

Die Bilder, mit denen Jugendliche in die Ausstellung kommen, sind nicht frei von den Stereotypen, die gesellschaftlich vermittelt werden. Um diese zu thematisieren, müssen sie jedoch erst im Gespräch auftauchen. Der erste Schritt zielt in diesem Sinne darauf ab, die Brillen, durch welche wir sehen, selbst in den Blick zu bekommen. Dabei taucht tatsächlich auch die Frage danach auf, „wer“ aus „welcher Perspektive“ „was“ sieht, und mit welchen gesellschaftlichen Bildern und Macht- und SprecherInnenpositionen die Bilder, die die Jugendlichen haben (und die wir auch selbst haben), in Verbindung stehen.

Dabei geht es wohl tatsächlich darum, ein Bewusstsein für Rassismus zu schaffen. Und das stimmt sowohl für MehrheitsösterreicherInnen als auch für MigrantInnen. Zunächst empfinden sich Jugendliche weder als rassistisch noch als ausgegrenzt. Rassistisch und diskriminiert sind immer die Anderen. Ein erster Schritt muss also darin bestehen, dass sich die Jugendlichen selbst als rassistisch wahr-

nehmen, bzw. auch als ausgebeutet und diskriminiert. Eine Pädagogik, die wie hier von den Jugendlichen ausgeht, steht durchaus im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Bewusstseins für die eigene Unterdrückung und Ausgeschlossenheit, also im Zusammenhang mit der Entwicklung von dem, was unter einer anderen Ausgangslage „Klassenbewusstsein“ genannt wurde.⁵

Gesellschaftliche Bedingungen und politische Strukturen

Ein zweiter Schritt besteht darin, den Jugendlichen zu zeigen, dass sie nicht absolut böse und schuld an ihrem Rassismus sind bzw. dass ihre Unterdrückung nicht schicksalhaft ist, sondern dass wir in einer Gesellschaft leben, die rassistisch ist. Die besprochenen Themen werden dabei in einen gesellschaftlichen Kontext gestellt, in dem mediale Repräsentation ebenso thematisiert wird wie rassistische Gesetze und strukturelle Ausschlussmechanismen.

Zur Sichtbarmachung dessen arbeiten wir etwa mit Beispielen aktivistischer und künstlerischer Praxis, die gleichzeitig auch immer

schon auf Möglichkeiten verweist, sich zu wehren.

Gegenerzählungen und Handlungsspielräume

In einem dritten Schritt versuchen wir, Möglichkeiten zu entwickeln, mit denen in die gesellschaftliche Logik eingegriffen werden kann.

Mögliche Ausgangsfragen für eine Auseinandersetzung mit solchen Eingriffen sind:

Wer bestimmt den öffentlichen Diskurs? Wie lässt sich Öffentlichkeit herstellen? Wie lassen sich Forderungen sichtbar machen?

Oft arbeiten wir so, dass wir die Jugendlichen in unsere Fragen nach Möglichkeiten der Vermittlung eines Themas mit einbeziehen. Hier gehen wir davon aus, dass Menschen mit denen wir pädagogisch arbeiten, das Recht haben, den pädagogischen Gedanken mitzudenken.

Vieles, was bei dieser Art von Arbeit entsteht, ist problematisch. Uns scheint es wichtig, den Jugendlichen auch eine Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Bildern zuzumuten, die sich immer wieder auch in den eigenen Ideen manifestieren.

Insofern geht es uns auch darum, die Auseinandersetzung nicht abzuschließen, sondern weiter zu treiben, Multikulturalismen und Toleranzdiskurse zu problematisieren, ohne die Jugendlichen zu entmutigen.

Eine solche Herangehensweise in einzelnen Etappen von Projekten und am Schlusspunkt einer gemeinsamen Vermittlungsaktion signalisiert Unabgeschlossenheit. Und das soll es auch. Damit entlassen wir die Jugendlichen mit einer Aufforderung zu handeln, ihnen vermittelnd, dass es etwas zu tun gibt.

Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Projekte Vermittlungsprojekte bleiben und nicht als realer politischer Aktivismus zu verstehen sind. Die „Anleitung zur Selbstermächtigung“ bezieht sich in diesem Sinn auch nicht auf die partizipatorische Aktivität beim Besuch der Vermittlungsangebote. Diese kann im besten Fall das Thema der Ausstellung aus einer politischen Perspektive beleuchten. Die Selbstermächtigung findet vielleicht darüber hinaus und außerhalb unserer Obhut statt.

Mittel zur Organisation

Es erscheint uns dabei sehr wichtig, deutlich zu machen, dass sich die Mittel zur politischen Organisation nicht innerhalb des pädagogischen Prozesses finden lassen. Unsere Arbeit signalisiert in diesem Sinne nicht nur Unabgeschlossenheit, sie hat auch das Ziel, aus der pädagogischen Situation hinauszugehen. Der Verweis auf existierende politische Organisationsformen spielt dabei eine wichtige Rolle.

⁵ Vgl. hierzu die klassische Konzeption einer emanzipatorischen Erziehung in der marxistischen Pädagogik: Leitsätze zur Bildungsfrage der "Freien Sozialistischen Jugend" 1919: "Das Wesen der Schulung und Bildung erblickt die proletarische Jugendbewegung in der völligen Durchdringung aller von ihr erfassten jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen mit dem Bewusstsein ihrer Klassenlage", zit. nach: Erziehung und Klassenkampf, Heft 1, Frankfurt am Main, Februar 1971.

Mit SchülerInnen in der Wehrmachtsausstellung

Wer, wie ich, seine Schulzeit schon über zehn Jahre hinter sich hat, kann sich vermutlich nur noch dunkel an lähmende Führungen durch Kunst- und Geschichtsausstellungen erinnern durch die mensch von LehrerInnen und unterschiedlichsten KulturvermittlerInnen auf Wienwochen und Exkursionen geschleift wurde. Schon ein Jahr später wußten wir kaum noch welche Museen wir überhaupt aufgesucht hatten. Einer späteren Generation von SchülerInnen, die im Frühling 2001 von einer jener Vermittlerinnen durch die Ausstellung *Verbrechen der Wehrmacht* begleitet wurden, könnte jedoch ein anderer Eindruck geblieben sein. Nun haben die Vermittlerinnen von *trafo.K* ein Buch über ihre Erfahrungen bei der Ausstellungsvermittlung an Schulkinder und Jugendliche publiziert. Dass sich manch SchülerIn länger an diese Ausstellung erinnern könnte, dürfte nicht nur aufgrund des Themas der Ausstellung, das direkt in die in den Familien tradierte Geschichte intervenierte und den Mythos von der Zugehörigkeit des (Ur-)Opas zur „sauberen Wehrmacht“ in Frage stellte, der Fall sein. Auch die durchdachten Versuche der Ausstellungsvermittlerinnen die Shoah und die Verbrechen der Wehrmacht weder durch billige Alibibetroffenheit, noch durch „sinnstiftende“ Moralerziehung im Sinne eines

„Lernens aus der Geschichte“ zu vermitteln, sondern die Shoah in ihrer ganzen Sinnlosigkeit so darzustellen, dass ihr auch nicht nachträglich als Immunisierungsimpfung gegen Antisemitismus und Rassismus „Sinn“ verliehen werden kann, trug sicher dazu bei, dass die Ausstellung nicht so schnell vergessen wird. Gerade die darzustellende Sinnlosigkeit der Vernichtung führt jedoch nicht nur bei erwachsenen „ganz normalen ÖsterreicherInnen“ immer wieder zu Abwehrreaktionen. Auch für Kinder und Jugendliche scheint dies schwer zu vermitteln sein. Dass sich die AusstellungsvermittlerInnen dieser Problematik nicht nur bewußt sind, sondern sie auch aktiv thematisieren und diskutieren, zeigt, dass hier nicht nur pädagogische Konzepte einer Ausstellungsvermittlung mitgedacht wurden, sondern diese auch auf einem inhaltlichen Fundament aufbauen, das aus der intensiven Beschäftigung mit der Shoah, mit Antisemitismus und dem Vernichtungskrieg im Osten, aber auch mit der Geschichtspolitik und dem Fortleben von Aspekten nationalsozialistischer Ideologie nach 1945 resultiert. Das Buch der Ausstellungsvermittlungsgruppe *trafo.K*, die im Frühling 2004 auch die Vermittlung der Ausstellung *Gastarbajteri – 40 Jahre Arbeitsmigration* übernommen hatte, wird gerade durch diese Verbindung geschichtsphilosophischer, sozialwis-

senschaftlicher und pädagogischer Aspekte interessant und dadurch mehr als reine Ausstellungspädagogik. Die Beiträge von Nora Sternfeld, Charlotte Martinz-Turek, Renate Höllwart und Alexander Pollak sind dabei nicht nur für MuseumspädagogInnen oder LehrerInnen von Interesse. Obwohl sie sich an der Frage der Vermittlung des Wissens um die nationalsozialistischen Verbrechen an SchülerInnen und Jugendliche abarbeiten, ist es geradezu unvermeidlich, dass dabei auch grundsätzliche Aspekte der österreichischen Vergangenheitspolitik und der privaten Tradierung von Geschichtsbildern in den Familien ebenso zur Sprache kommen wie die grundsätzliche Frage, wie die Sinnlosigkeit der Verbrechen überhaupt „erzählt“ werden kann. Diese Fragen betreffen keineswegs nur Jugendliche, werden aber für diese durch das langsame Sterben der Überlebenden und Augenzeugen für die nächste Generation österreichischer SchülerInnen umso wichtiger.

Interessant sind dabei auch jene Kapitel die sich u.a. mit den Reaktionen der jugendlichen AusstellungsbesucherInnen beschäftigen. Hier ist einerseits die auch auf quantitativen Erhebungen mittels Fragebogen beruhende Studie von Ines Garnitschnig und Stephanie Kiessling zu erwähnen, die auch den familiären Hintergrund der befragten jugendlichen Ausstellungsbesucher-

VON THOMAS SCHMIDINGER

Innen mit einbezog. Aber auch in den Beiträgen von Nora Sternfeld und Charlotte Martinz-Turek sind immer wieder Unterschiede mit den Vermittlungserfahrungen in Deutschland beschrieben. Dabei werden auch die Differenzen zwischen Kindern und Jugendlichen mit „mehrheitsösterreichischem“ Hintergrund mit jenen mit migrantischen Hintergrund herausgearbeitet. Gerade angesichts der exemplarischen Fokussierung der Ausstellung auf den Vernichtungskrieg der Wehrmacht in Südosteuropa, sind die Unterschiede zwischen Kindern, deren Eltern aus dem ehemaligen Jugoslawien emigriert sind und jenen deren Großeltern aus einem Täterhintergrund ihre Geschichte erzählten, augenfällig und vervollständigen damit die umfangreiche Dokumentation.

Büro trafo.K/ Renate Höllwart / Charlotte Martinz-Turek / Nora Sternfeld / Alexander Pollak (Hg.): In einer Wehrmachtsausstellung. Erfahrungen mit Geschichtsvermittlung. Wien: Turia + Kant 2003, 223 Seiten, Euro 22,- ISBN 3-85132-371-8

Jüdinnen im Widerstand

Bericht einer Überlebenden

Ihre Lebens- und Widerstandsgeschichte erzählte Tusia Herzberg beim Symposium *Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, das in Wien im Jänner 2004 von *Licra Österreich*, der *Theodor Kramer Gesellschaft* und **Context XXI** veranstaltet wurde.

VON TUSIA HERZBERG*

Als ich von diesem Symposium erfuhr, war ich tief beeindruckt, dass Europas intellektuelle Interesse für den jüdischen Widerstand zeigen.

Dante, der größte Dichter und Vater der italienischen Dichtung, hat über die Hölle geschrieben. Seine Hölle war eine Phantasie, eine Metapher. Für das europäische Judentum jedoch war die Hölle eine Wirklichkeit, eine tragische Wirklichkeit. Eigentlich war das kein Krieg; ein Krieg findet zwischen gut bewaffnetem Militär statt, dies aber war reiner Mord an unbewaffneten, hilflosen und unschuldigen EinwohnerInnen.

Nach dem Krieg hat man uns immer wieder gefragt: Warum habt ihr nicht gekämpft? Zu wenig war bekannt, dass fast in jeder Stadt, groß und klein, junge Jüdinnen und Juden versuchten, sich zu rächen, zu kämpfen, obgleich es aussichtslos war. Auch in unserer Gegend, dem polnischen Oberschlesien, gab es solche „verrückte Kämpfer“ – so habe ich sie in meinem Buch *Der lachende Sand* genannt: „Sie kämpften, weil ihre Selbstachtung es so verlangte. Verrückt! Sie kämpften ohne Waffe. Sie beschafften sich Waffen – ohne Geld. Sie suchten Unterkunft in einer feindlichen Umgebung. Sie übergaben ihr Schicksal ihrem glücklichen Stern. Aber die meisten waren dem Untergang geweiht.“

Auch mein 13-jähriger Bruder Alex, das Baby der Familie, war ein „verrückter Kämpfer“. Eines Tages brachte er einen Revolver nach Hause. Er übergab ihn unse-

rer Mutter und sagte stolz: „Ich habe ihn für meine Uhr bekommen. Bitte verwahre ihn an einem sicheren Platz. Das ist die erste Waffe in unserem Widerstand.“

Mutti nahm den verräterischen Stahl aus seinen Händen und so machte sie die Gefahr zu ihrer eigenen. Vorsichtig, mit mütterlicher Sorgfalt, wickelte sie die Waffe in ein weiches Tuch. Sie war beruhigt. Die Bürde des Risikos war jetzt die ihre. Und in dem Augenblick wurde sie zu einer Frau im Widerstand. Sie war nicht die Einzige.

Ebenso Harrys Mutter. Harry wurde verhaftet als er ausging, um von Deutschen Gewehre zu stehlen. Deutsche brachten seine Mutter dorthin. Ihre erschrockenen Augen sahen ihren gekreuzigten Sohn. Die Mutter fiel vor ihren Sohn und flehte ihn an: „Erleichtere Deine Qualen, sag wer Deine Freunde sind, und Du wirst leben und auch wir werden leben.“ Harry sah seine arme Mutter lange schweigend an. Dann sagte er mit ruhiger, aber sicherer Stimme: „Nein Mutter, ich werde kein Wort sagen.“

Und Harrys Mutter schwieg auch und verriet seine FreundInnen nicht. Auch sie war eine Frau im Widerstand. Harry war in Wien geboren und erzogen. Gekreuzigter Harry. Und ebenso gab es Mütter, deren Haus offen für gesuchte Jungen war, ohne Rücksicht auf ihre eigene Gefahr. Einige Mütter, die korpulent waren, haben auf ihrer Brust eine Waffe getragen.

Die Reisen der Burschen mit dem Zug in verschiedene

Städte, um Waffen zu beschaffen, waren gefährlich, weil junge Männer bei der Polizei in Verdacht kamen. So gingen immer mehr Mädchen, die nicht auffallend waren, auf die Reise. Zwar gelang es ihnen, Waffen zu bringen, doch einige wurden unterwegs verhaftet und getötet, leider. Doch es gab auch einen Kampf ohne Gewehr: christliche Dokumente waren unsere Waffen. Die Mädchen begannen, unermüdlich an der Herstellung falscher Dokumente zu arbeiten. Das war ein Teil des Plans zur Flucht ins Gebirge und über die Grenze in die Slowakei und weiter. Jakobs Mutter und eines der Mädchen erbot sich freiwillig, diesen mühseligen Weg, der uns nicht bekannt war, für uns zu erkunden. In großer Spannung und Angst warteten wir, von ihnen zu hören. Endlich kam die Nachricht: „Hier ist ein Paradies.“ In kleinen Gruppen machten wir uns über die Grenze und gelangten in die Slowakei.

Ein Teil der Leute ist nach Österreich gefahren, wo sie auf Grund ihrer christlichen Dokumente vom Arbeitsamt Arbeit bekamen. Die Lebensbedingungen waren schwer. Einmal ist Ruth auf der Straße einem Freund begegnet, und sie hat sich beklagt, dass ihr sehr kalt sei. Daraufhin hat der Freund ihr seine warmen Handschuhe gegeben, und sie sagte mit großer Freude: „Wunderbar, ich werde einen Handschuh der Karola geben.“ Diese Episode zeugt von dem Elend dieser Zeit aber auch von der Solidarität unter den FreundInnen.

*) Tusia Herzberg war während der NS-Zeit als Krankenschwester der zionistischen Jugendbewegung (*Hanoar Hazoni*) in Polen und Ungarn tätig. In Israel ist sie als Volonteurin der WIZO in Armenvierteln tätig, wofür ihr 1982 der *Israelische Staatspreis* verliehen wurde. Sie ist Autorin mehrerer Bücher.

Die zweite Gruppe ist durch die Slowakei nach Budapest gefahren. Ich war in der ersten kleinen Gruppe, die in Budapest im Jahre 1943 ankam. In Budapest schien der Krieg fern. Unser Ziel war es, Juden und Jüdinnen vor der kommenden Gefahr zu warnen. Während die Älteren nicht davon hören wollten, fanden wir bei der Zionistischen Jugend Gehör. Es wurde ein gemeinsames Trainingslager errichtet, in dem unsere Burschen den ungarischen Jugendlichen den Gebrauch von Waffen beibrachten, und wir, die Mädchen, Erste Hilfe und die Herstellung falscher Dokumente lehrten.

Unsere gemeinsame Sprache – Ironie des Schicksals – war die Sprache des Feindes. Deutsch! Im März 1944 marschierten die Deutschen in Ungarn ein. Viele Burschen und Mädchen wurden verhaftet. Es gelang einer Gruppe von sieben Mädchen und Burschen aus dem Gefängnis zu fliehen. Sie ließen sich an Seilen aus dem Gefängnis hinunter. Drei Burschen warteten im Vorhof des Gefängnisses, Mädchen warteten draußen auf der Straße und brachten die Geflohenen in vorbereitete Bunker und versorgten sie dort. Am nächsten Tag konnte man in den Zeitungen über die Flüchtlinge lesen, deren einziges Verbrechen war, als Juden und Jüdinnen geboren zu sein.

Als wir nach Ungarn kamen, haben wir beschlossen: Wir sind keine Flüchtlinge, wir sind KämpferInnen, die das Kampffeld bloß gewechselt haben. Unser Streben war: Rache für den Mord unserer Familien zu nehmen und die Lebendigen zu beschützen.

In Ungarn wurde es immer schlimmer und wir beschlos-

sen, nach Rumänien zu fahren in der Hoffnung, einen Weg nach Israel, unseren Lebensraum, zu finden. Ein tüchtiger Freund, Pinek, war für diese Aktion verantwortlich, obwohl er weder Ungarisch noch Rumänisch sprach. Ein ungarischer Freund, Pizi, und einige Mädchen waren auch dabei. Während die Züge in Europa Juden und Jüdinnen zum grausamen Tod brachten, haben wir Juden und Jüdinnen nach Israel geschickt. Aber trotz aller Vorsicht hat man viele Leute an der Grenze verhaftet und nach Budapest ins Gefängnis gebracht.

Bei der Gelegenheit möchte ich zwei Wienerinnen nennen, die auch als Frauen im Widerstand waren: Frau Hedwig Gertner, ihr Andenken soll gesegnet sein, hat sich große Mühe gegeben, um eine Gruppe unserer FreundInnen zu befreien, und Frau Eda Krumholz, eine Freundin in unsere Gruppe.

Ich selbst war verantwortlich für die Hilfe und Bemühung, die Leute zu befreien. Dies hat Vorsicht verlangt und war mit großer Spannung verbunden. Trotzdem ist es uns gelungen, einige Gruppen und einzelne FreundInnen zu befreien. Leider nicht alle. In Rahmen meiner Aufgabe habe ich einige Male die FreundInnen im Gefängnis besucht, obwohl ich auch gesucht wurde: Zwei Burschen und ein Mädchen wurden zum Tode verurteilt und hatten schreckliche Lebensbedingungen. Sie bekamen kein Essen und tranken täglich einige Gläser Wasser mit Salz.

Eines Tages habe ich mich als Schwester des Roten Kreuzes im Gefängnis angemeldet um die polnische Arrestierte zu besuchen. Das Ziel der grausamen Qualen

war, die Namen von anderen FreundInnen, die zusammen gekämpft hatten, zu bekommen. Das Mädchen, Danka, wurde schwerster Folter unterzogen. Sie hing mit den Füßen nach oben und dem Kopf nach unten. Trotzdem hat sie kein Wort gesagt.

Als erste hat man das Mädchen zu mir gebracht und sie hat mich ängstlich gefragt, ob ich auch arrestiert sei. Der Aufseher hat zum Glück die Worte nicht verstanden. Dann habe ich mich vorgestellt: „Mein Name ist Yadviga und im Namen des Roten Kreuzes besuche ich euch. Vielleicht brauchen Sie etwas? Mehr Essen?“ „Nein ich brauche nichts, aber die Burschen brauchen wahrscheinlich mehr“, hat die gute Seele gesagt.

Die gleiche Antwort habe ich auch von den Burschen gehört. Jeder sagte, dass der andere Hunger habe. Nach dem Besuch des „Roten Kreuzes“ haben sich die Bedingungen wesentlich verbessert. Die sadistischen Schläge haben aufgehört, und sie durften täglich gutes Mittagessen vom „Roten Kreuz“ bekommen. Vor der Todesstrafe konnte ich sie leider nicht retten, aber der Herr Gott hat uns geholfen: Zwei Stunden vor der Hinrichtung hat die Russische Armee die Stadt befreit und unsere drei FreundInnen wurden als politische Opfer befreit. Die drei haben sich freiwillig zur Roten Armee gemeldet.

Eines Tages ging ich zu meinen beiden Freundinnen mit einer Tasche voll mit christlichen Dokumente, die sie den Leuten, die in den Verstecken ungeduldig warteten, weiter geben sollten. Ich sah die beiden auf der Straße, aber auf einmal stand ein ungarischer Geheimpolizist vor

mir und brachte mich zusammen mit den Mädchen zum Polizei-Kommandanten.

Die zwei wurden sofort mit dem Detektiv in das Gefängnis geschickt. Mich hat er freigelassen, weil ich sagte, dass ich eine Krankenschwester bin und Arbeit im Krankenhaus suche. Ich bin sofort und schnell in einem Wettlauf mit der Zeit zu dem kleinen Zimmer gelaufen, wo Hanka und Antek waren, um schnell zwei Taufdokumente zu zeichnen. Zwei Dokumente von zwei verschiedenen polnischen Dörfern und zwei verschiedenen Priestern. Hanka zeichnete, Antek unterschrieb. Zwei Dokumente, die eine Aufgabe hatten: das Leben von zwei Freundinnen zu retten.

Ich versuchte, vorsichtig zu sein und die Lebensmittelpakete und die Dokumente als Brief durch einen kleinen Polizisten zu schicken, aber auf einmal habe ich den Polizisten, der mich zwei Stunden zuvor verhaftet hatte und wusste, dass ich auch Jüdin war, gesehen. Der Brief in meiner Hand interessierte ihn sehr, und er nahm ihn mir aus der Hand. Da sagte ich: „Der Freund von Gila hat es geschickt, und Sie sind doch ein Gentleman, da werden sie bestimmt einen Liebesbrief von jemand anderen nicht lesen.“ Er hat mit dem Brief gespielt und ihn schließlich Gila gegeben.

Ich habe sofort das Haus verlassen. Nach einigen Wochen wurden die zwei „katholischen“ Mädchen mit Hilfe eines Rechtsanwaltes befreit. Und doch wundere ich mich jetzt nach dem Krieg, dass ich so viel Mut und keine Angst hatte. Die Antwort habe ich von Frau Dr. Ingrid Strobl bekommen. Der Titel ihres Buches hat mir die Antwort gegeben: *Die Angst kam erst danach.*

Versöhnung auf Österreichisch

In den letzten Jahren wurde viel über Entschädigung von NS-Opfern geredet und geschrieben. Mediale Debatten erreichten unvorstellbare Untiefen. Bei einem waren sich PolitikerInnen der Regierungsparteien, VertreterInnen des journalistischen Boulevard und die Mehrheit der Bevölkerung aber einig: Dabei steht nicht selten die Forderung nach einem „Schlussstrich“ im Raum. Ein durch die EU-Sanktionen diplomatisch isoliertes Österreich konnte seine Sensibilität für Holocaust-Fragen beweisen. Aus diesem Spannungsfeld heraus wurde unter anderem das *Versöhnungsfondsgesetz* erlassen, das die Entschädigung von NS-ZwangsarbeiterInnen regelt.

Bisher wurden mehr als 113.000 Menschen für ihre unfreiwillige Arbeit auf dem Gebiet des heutigen Österreich entschädigt. Ein Wermutstropfen ist, dass zur Arbeit gezwungene Kriegsgefangene in Österreich nicht leistungsberechtigt sind, in Deutschland hingegen zumindest in Ausnahmefällen. Der folgende Text beleuchtet, wie es überhaupt zum *Versöhnungsfondsgesetz* kam, was der Versöhnungsfonds eigentlich ist und welches Bild sich jetzt, da die Antragsfrist abgelaufen ist, darstellt.

Die Entdeckung der Verantwortung

Die „Entschädigung“ von NS-ZwangsarbeiterInnen war in Österreich bis ins Jahr 1998 kein politisches Thema. Sammelklagen (Class Actions), die gegen Deutschland ein-

gebracht wurden, und der Schweizer Bankenvergleich kündigten das baldige Übergreifen der Klagen auf österreichische Unternehmen an. Diese „Bedrohung“ wahrnehmend, setzte die Bundesregierung die *Österreichische Historikerkommission* ein, welche den Vermögensentzug auf dem Gebiet der Republik Österreich während der NS-Zeit sowie Rückstellungen bzw. Entschädigungen der Republik Österreich ab 1945 erforschen und darüber berichten sollte.

Der New Yorker Anwalt Ed Fagan fand mit der Class Action das offensichtlich notwendige Druckmittel, um das Thema Entschädigung von NS-ZwangsarbeiterInnen auch in Österreich aktuell werden zu lassen. Am 16. Oktober 1998 brachte er gemeinsam mit anderen Anwälten beim *US District Court for the Eastern District of New York* eine Sammelklage wegen Zwangsarbeit gegen die *VOEST* und *Steyr-Daimler-Puch* ein. In der Folge wurden von den beklagten Unternehmen HistorikerInnen mit der Aufarbeitung der Firmengeschichte beauftragt und mit Hilfe der *Industriellenvereinigung (IV)* intensives Lobbying in Richtung aller Parlamentsparteien zugunsten einer gesamtösterreichischen Lösung betrieben. Nach den österreichischen Nationalratswahlen im Herbst 1999 und in Anbetracht der sich abzeichnenden Einigung in Deutschland konnte die *Plattform Zwangsarbeit* der IV von der sich Anfang 2000 noch im Amt befindenden

Regierung unter Kanzler Viktor Klima erstmals die ausdrückliche Bereitschaft diesem Anliegen Folge zu leisten, erreicht werden. Seit dem ersten Auftreten dieses Themas in Österreich war allerdings bereits mehr als ein Jahr vergangen.

Für den US-Vizefinanzminister Stuart Eizenstat ergaben sich zwingendere politische Gründe zum Suchen einer Lösung für die Ansprüche der NS-Opfer aber erst einen Monat später, als die neue Regierung aus ÖVP und der aggressiv nationalistischen FPÖ unter dem Kanzler Wolfgang Schüssel gebildet wurde. Die anderen vierzehn EU-Mitglieder reagierten mit Sanktionen. Das diplomatisch isolierte Österreich und Wolfgang Schüssel als sein Vertreter reagierten, indem die akut gewordene ZwangsarbeiterInnenfrage aufgegriffen wurde. Am 15. Februar 2000 wurde Maria Schaumayer als Regierungsbeauftragte zur „Führung von Verhandlungen zwecks Regelung der Frage der Sklaven- und Zwangsarbeit“ bestellt.

In der Folge verhandelten Maria Schaumayer und ihr Team sechs bilaterale Abkommen mit der Republik Belarus, der Tschechischen Republik, Ungarn, Polen, der Russischen Föderation und der Ukraine aus. Auch die USA wurde in die Verhandlungen mit einbezogen, da man wie bereits zuvor Deutschland von der US-amerikanischen Regierung eine Erklärung erwartete, die vor amerikanischen Gerichten Rechtsicherheit garantieren würde.

Seit Sommer 2000 arbeitet der *Österreichische Versöhnungsfonds*. Mit 31.12.2003 endete für ehemalige ZwangsarbeiterInnen die Frist um Anträge auf Entschädigungszahlungen zu stellen.

VON IRIS PETRINJA*

Innerhalb von vier Monaten konnten die Verhandlungen zu einem Abschluss gebracht werden und das Versöhnungsfondsgesetz wurde am 7. Juli 2000 einstimmig im Nationalrat beschlossen.

Auf ein besonderes Spezifikum österreichischer Politik soll an dieser Stelle noch aufmerksam gemacht werden. Wie schon in den ersten Jahren nach dem Krieg (*Kriegsopferversorgungsgesetz* versus *Opferfürsorgegesetz*) wurden auch dieses Mal parallel zur Entschädigung von NS-Opfern ehemalige Wehrmachtsoldaten „entschädigt“. Mit 1. Jänner 2001 wurde per Gesetz eine Zahlung zwischen 14,53 und 36,34 Euro an ehemalige Kriegsgefangene beschlossen, um deren Pensionsentgang durch die Gefangenschaft abzufedern.

Das exekutierende Organ
Der *Österreichische Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit* (ÖVF) wurde

*) Iris Petrinja ist Politikwissenschaftlerin und Mitarbeiterin des *Allgemeinen Entschädigungsfonds* in Wien.

ursprünglich auf eine Dauer von drei Jahren eingerichtet, innerhalb von zwei Jahren konnten die Anträge eingereicht werden, diese Frist wurde verlängert und endete am 31.12.2003. Die Abwicklung der Auszahlungen erfolgt über ein Büro in Wien (vor allem sogenannte Einzelanträge) und über sechs Partnerorganisationen in den Ländern der Verhandlungspartner.

Im *Versöhnungsfondsgesetz* wurde dezidiert festgehalten, dass auf Grund der Bestimmungen der Artikel 21 und 26 des *Staatsvertrages* die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs keine Rechtsansprüche bestehen und die seitens Österreich erbrachten Leistungen auf freiwilliger Basis erfolgen.

Leistungsberechtigt sind vorwiegend jene „ehemaligen Sklaven- und ZwangsarbeiterInnen des nationalsozialistischen Regimes, die aufgrund der zynischen ‚NS-

Hierarchie der Nationalitäten‘ in der Zeit des NS-Regimes ein überdurchschnittlich schweres Schicksal und eine besondere Diskriminierung erlitten haben.“ Voraussetzung ist, dass sich dieser Tatbestand auf dem Territorium der heutigen Republik Österreich zugetragen hat.

Die Berechtigten sind unterschiedlich kategorisiert, dem entsprechen auch die Auszahlungsbeträge, die zwischen 20.000 Schilling/1453,46 Euro (Landwirtschaft und in persönlichen Dienstleistungen) und 105.000 Schilling/7.630,65 Euro (sogenannte SklavenarbeiterInnen, die nicht bereits von der Deutschen Stiftung entschädigt wurden, vor allem ungarische Jüdinnen und Juden) variieren. Wenn Leistungsberechtigte am oder nach dem 15.02.2000 verstorben sind, so treten an ihre Stelle die ErbInnen nach dem jeweiligen nationalen Recht.

Kriegsgefangene erhalten keine Leistungen. Auch das deutsche Stiftungsgesetz sieht grundsätzlich keine Entschädigung für Kriegsgefangene vor, macht aber Ausnahmen für diejenigen, die in einem Konzentrationslager inhaftiert waren oder als besonders diskriminierte Kriegsgefangene aus Osteuropa ihren Status als Kriegsgefangene zum Beispiel durch Flucht oder Entlassung verloren haben und als Zivilisten zur Zwangsarbeit deportiert wurden.

Bisherige Leistungen

Mit Stichtag 12. Dezember 2003 waren insgesamt 113.877 Anträge von ehemaligen Sklaven- und ZwangsarbeiterInnen genehmigt. 91.743 davon betrafen solche, die von den Partnerorganisationen überwiesen wurden, die Auszahlungssumme beläuft sich auf 208.754.211 Euro. Außer diesen wurden auch 22.134 Einzelanträge ge-

nehmigt, für die ein Betrag von 75.150.375 Euro ausgelegt wurde. Von den 435 Mill. Euro, mit denen dieser Fonds dotiert war, wurden bis Dezember 2003 300.274.812,49 Euro ausbezahlt.

Bis zum Stichtag 17. Dezember 2003 wurden 4.729 Anträge abgelehnt, und um die 5.000 an die *Deutsche Stiftung* weitergeleitet.

Nach Einschätzung des Büros des *Österreichischen Versöhnungsfonds* haben die sechs Partnerorganisationen im Laufe von drei Jahren den Großteil der potentiellen Leistungsberechtigten erfasst.

Nach dem Ende des Fonds am 21. Dezember 2004 wird das Kuratorium zu entscheiden haben, für welche „Leistungen im Zusammenhang mit Unrecht, das während des nationalsozialistischen Regimes auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich geschah“, das restliche Vermögen zu verwenden ist.

Demnächst im Radioprogramm von Context XXI

Wien, Orange 94,0; jeden Freitag 13 – 14 Uhr

Graz, Helsinki 92,6; jeden Montag 10 – 11 Uhr

Klagenfurt, Agora 105,5 / 106,8 / 100,9; jeden Donnerstag 19 – 20 Uhr

2. Juli

Der braune Dreck an den eigenen Wurzeln

Anna und das Anderle. Eine Recherche

Von Ingrid Strobl

(Collection S. Fischer 1995, zur Zeit leider vergriffen, zu beziehen über Bibliotheken oder Antiquariate)

Eine Lesung von Johanna Oberhuber mit Musik von John Zorn.

Gestaltet von Mary Kreutzer

9. Juli

Einmal muss Schluss sein?! Ohnehin

Von Doron Rabinovici

(Suhrkamp, 2004)

Doron Rabinovici liest aus seinem eben neuen Roman, mit Musik von Deishovida, not 4 you.

Gestaltet von Mary Kreutzer

16. Juli

Die versunkene Stadt

Frauen im Widerstand gegen den NS

Auszüge der Vorträge von Rita Thalmann, Tusia Herzberg,

Ingrid Strobl und Katrin Auer

auf dem Context XXI-Symposium.

Gestaltet von Eva Krivanec und Mary Kreutzer

23. Juli (Wh.)

Antikapitalismus von Links und von Rechts

Einige Überlegungen zum Antisemitismus

Heribert Schiedel und Thomas Schmidinger

über den Zusammenhang zwischen verkürzter

Kapitalismuskritik und Antisemitismus

Eine Sendung der Ökologischen Linken Wien, Ökoli (www.oekoli.cjb.net)

Für eine Handvoll Dollar...

Die jüngsten Kampfhandlungen im Irak eskalierten nach der Ermordung von vier US-Amerikanern in Faluja. Die ca. 300.000 EinwohnerInnen zählenden Kleinstadt westlich von Bagdad, die bereits traditionell als Hochburg des Ba'athismus galt, macht sich seither als Hochburg des ba'athistischen und radikalislamistischen Terrors im Irak einen Namen. Dabei werden die Anschläge, an denen auch arabische Mujaheddin beteiligt sind, mit barer Münze bezahlt.

VON NASI MISSOURI*

Drei bisher unbekannte Personen ermordeten am 31. März in Faluja vier US-Amerikaner, die bei einem privaten Sicherheitsdienst beschäftigt waren. Lokale Rowdies, die sich vor allem aus Bauarbeitern aus der Stadt Faluja zusammensetzten, schändeten daraufhin die Leichen, deren Bilder um die Welt gingen.

Hinter dem Anschlag auf die vier Amerikaner stand jedoch Muhammed Hussein al-Zubai, der lokale Vertreter der *Irakischen Islamischen Partei (Hizb al-Islami al-Iraqi)*, dessen Sohn Abdel ad-Dim zugleich als Lokalreporter der TV-Station *al-Jezira* in Faluja fungiert. Dessen Bruder, ein anderer Sohn Muhammed Hussein al-Zubais, ging vor dem Angriff auf die vier US-Amerikaner zu den Geschäftsleuten in Faluja und forderte sie auf, ihre Geschäfte zu schließen, da heute ein großer Racheakt für die Ermordung Sheikh Yassins durchgeführt werden solle.

Eine wichtige Rolle beim Aufstand in Faluja spielt jedoch auch die *Vereinigung islamischer Geistlicher im Irak*, die die radikalislamistischen Untergrundgruppen mit Geld und Waffen unterstützt und die sunnitische Bevölkerung offen zu Gewalttaten gegen die Besatzungsmächte, die irakischen Autoritäten und ausländische Hilfsorganisationen aufhetzt. Deren Vorsitzender, Harith al-Dhari, ist zugleich Oberhaupt der Stammesföderation der *al-Zauba*, die Faluja und die Umgebung der Stadt dominieren. Einer seiner Söhne

fungiert als Vermittler zu den terroristischen Untergrundgruppen und führt die Verteilung von Geldern und Waffen durch.

Diese Gruppen, die die Anschläge im Irak durchführen, bestehen aus Mitgliedern der *Fedajin Saddam*, der *Republikanischen Garden* und der Geheimdienste des alten Ba'ath-Regimes, sowie einiger sunnitisch-islamistischer Gruppen. Unter diesen befinden sich Sympathisanten der *Vereinigung islamischer Geistlicher im Irak*, Teile der *Irakischen Islamischen Partei*, Wahabiten unter der Führung des Sheikhs der *Abdullah al-Ganabi-Moschee*, arabische Mujaheddin sowie Aktivisten der *al-Qaida*.

Als wichtigste lokale Führer dieser Gruppen fungieren Ayad Khalaf al-Isawi, ein ehemals hoher Militär und Leibwächter Saddam Husseins, Ayyad Tariq, der ebenfalls als hoher Militär zugleich als stellvertretender Geheimdienstchef der Stadt al-Ammara fungierte, und Sayed Khalaf, der bis zum Sturz Saddam Husseins als Chef des Geheimdienstes des Bezirks al-Sha'la in Bagdad arbeitete.

Innerhalb Falujas kommen die Aktivisten der radikalislamistischen und ba'athistischen Gruppen vor allem aus den Bezirken al-Golan, Shuhada, al-Askari und Al-Sinaa. Al-Golan galt bereits unter Saddam Hussein als gefährlicher Bezirk, in dem eine Reihe krimineller Banden die Straßen kontrollierten. Illegaler Waffenhandel, Überfälle und Drogenhandel sind

dort tägliche Routine. In diesem Bezirk existierten auch nach dem Sturz Saddam Husseins keine politischen Organisationen. Nach dem Sturz des Ba'ath-Regimes agitierten dort Wahabiten die (ehemaligen) Kriminellen an, die seither als Mujaheddin in den *Jihad* ziehen. Dabei werden die terroristischen Angriffe dieser Gruppen mit barer Münze bezahlt. Jede geworfene Granate, jede Autobombe oder Miene hat ihren Preis. Ein Angriff mit einer Kanone wird etwa mit 200 US-Dollar bezahlt. Zu den irakischen Gruppierungen kommen noch arabische Freiwillige aus Syrien, Tunesien, Jemen, Jordanien, Palästina und Saudi-Arabien. Wie wichtig der Stützpunkt Faluja dabei für diese Gruppierungen ist, zeigt die Tatsache, dass während der Belagerung und Abriegelung Falujas durch die US-Armee die Anschläge in anderen Teilen des Irak deutlich zurückgingen.

Aber nicht nur die bezahlten Kämpfer leisten ihren Beitrag zu den derzeitigen Angriffen. Der Chef des auch mit westlichen Geldern unterstützten lokalen Krankenhauses Dr. Rafa' al-Isawi, verarztet gratis die verletzten Kämpfer des selbsternannten „Widerstandes“. Harith al-Dhari von der *Vereinigung islamischer Geistlicher im Irak* verkündigt beim Freitagsgebet seine Solidarität und Unterstützung für alle Formen des „Widerstands“ im Irak. Harith al-Dhari ist jedoch ein in anderen arabischen Staaten angesehener Mann. Erst vor einigen Monaten reiste er

*) Nasi Missouri ist Vertreter der *Irakischen Kommunistischen Partei* in Wien.

nach Kairo, um dort mit Amru Musa, den Generalsekretär der *Arabischen Liga* zu treffen, der al-Dhari zur Fortsetzung des „Widerstands“ im Irak aufforderte. Die Stadt Faluja erhält dabei auch finanzielle Unterstützung aus anderen Staaten, insbesondere aus Saudi-Arabien.

Die *Vereinigung islamischer Geistlicher im Irak* scheint auch direkt in die Entführung ausländischer Geiseln im Irak verwickelt zu sein. Alle Informationen über die Geiselnnehmer stammen bisher von dieser Organisation. Die *Vereinigung islamischer Geistlicher im Irak* übernimmt auch regelmäßig Vermittlungsaufgaben bei der Freilassung westlicher Geiseln. Die Vereinigung unterhält mittlerweile mit dem *Irakischen Patriotischen Militär* (*gaish al-iraq al-watani*) eigene bewaffnete Kräfte, die die Unterstützung hoher Generäle aus Syrien und Jordanien genießen. Dabei scheint es auch nicht an Geld zu mangeln. Die Angehörigen des *gaish al-iraq al-watani* erhalten einen monatlichen Sold.

In den letzten Wochen konnten die islamistischen Gruppen in der Stadt neben den arabischen Freiwilligen auch immer mehr irakische Kämpfer gewinnen. Diese verüben selbst zwar keine Selbstmordanschläge, unterstützen diese jedoch direkt und arbeiten mit den Suizidattentätern zusammen. Um die Stadt Faluja zu entlasten, wurden einige Kämpfer aus Faluja nach Bagdad eingeschleust um dort wieder Anschläge zu verüben. Dazu gesellten sich auch noch Angehörige der Miliz des extremistischen schiitischen Islamisten Muqtada al-Sadr, der *Armee des Mahdi* (*Gaish al-*

Mahdi), die auch an den Kämpfe in Faluja teilnahmen, mit denen sich umgekehrt aber wiederum die islamistischen Kämpfer in Faluja solidarisierten.

In einem Flugblatt, das Ende April in einem schiitischen Viertel in Bagdad verteilt wurde, erklärten die Aufständischen aus Faluja: „Wir, eure Brüder aus der Provinz Al-Anbar und der Stadt Faluja, richten diesen Aufruf an euch und erklären, dass wir euch unter der Fahne ‚Gott ist Groß‘ und zur Förderung des Islam und der Muslime gegen die Heiden, Besatzer, Eroberer und habgierige unreine Juden unterstützen, die den reinen Boden und die heiligen Städte verunreinigt haben. Wir stehen hinter Herrn Muqtada El-Sadr und verfolgen seine Aktivitäten mit Aufmerksamkeit aufgrund seiner Haltung betreffend die Befreiung des Irak von den aggressiven Heiden, die unsere Alten, Wissenschaftler und religiösen Gelehrten angegriffen haben. Wir alle erklären unsere Bereitschaft zur Befreiung der Heimat, Förderung und Erweiterung der Religion Gottes auf der ganzen Welt. Wir unterstützen Sie in ihrem Gihad, im Krieg gegen die Ungläubigen als religiöse Pflicht, und führen, welche Mittel Sie auch immer für diesen Krieg geeignet finden, aus.“

Diese Stellungnahme zeigt nicht nur die Unterstützung, die Muqtada al-Sadr mittlerweile von (ehemaligen) Ba'thisten und sunnitischen Extremisten aus Faluja erhält, sondern auch die ideologischen Feindbilder der militanten Gruppen aus Faluja: „Heiden, Besatzer, Eroberer und habgierige unreine Juden“.

Auch Ba'thisten, die nach dem Sturz des Ba'th-Regimes

verschwunden waren und nichts mehr mit dem Ba'thismus zu tun haben wollten, treten heute wieder öffentlich und bewaffnet in Erscheinung. Damit versuchen sie sich auch einer strafrechtlichen Verfolgung für ihre über 30 Jahre währenden Verbrechen zu entziehen.

Zu dieser Situation hat auch die Politik der US-Besatzungstruppen beigetragen, die Angehörigen der politischen Parteien der ehemaligen Opposition zu entwaffnen, während die Ba'thisten in Faluja aus Angst vor weiteren Auseinandersetzungen nicht entwaffnet wurden. Diese Nachsicht gegenüber den Ba'thisten wird nicht nur von der irakischen Bevölkerung kritisch hinterfragt, vielmehr rächt sie sich nun, da diese Waffen gegen die Besatzungstruppen selbst zum Einsatz kommen. Dabei rächt sich auch die völlige Auflösung der irakischen Sicherheitskräfte und des Militärs nach dem Sturz Saddam Husseins. Versuche die ehemaligen Ba'thisten und Islamisten in Faluja ein Jahr später mit massivem Einsatz von Waffengewalt und einer vollständigen Belagerung der Stadt zu entwaffnen schlugen nicht nur fehl, sondern trafen primär die Zivilbevölkerung der Stadt. Bei den Kämpfen kamen weit mehr unschuldige Menschen ums Leben als Angehörige dieser bewaffneten Gruppierungen. Nun holen die Besatzungstruppen sogar die ehemaligen ba'thistischen Generäle der ursprünglich aufgelösten Armee zurück und versuchen mit deren Hilfe das Problem in den Griff zu bekommen. Auch Sicht der Opfer des Regimes Saddam Husseins ist diese „Strategie“ mehr als nur unverständlich.

PHASE2 JUN 04	
ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT.	
»GESPENSTER STERBEN NIE« ZUR AKTUALITÄT VON AUFLÖSUNG UND KOMMUNISMUS	
AUSGABE NR 12	12
enthält u.a.:	
PHASE 2 LEIPZIG: »Die Wahrheit des Kommunismus« Interview mit KATJA DIFENBACH	
JOACHIM BRUHN: »Metaphysik der Klasse«	
HANNA STRUWE: »Aufbruch ins Ungewisse«	
BOR LEIPZIG: »Basisbanalitäten reloaded«	
AURELIE MINU: »Good bye, Gramsci!«	
FRANK ENGSTER: »Kill Bill 3«	
PHASE2 ERSCHEINT ALLE 3 MONATE UND KOSTET 4 EURO ABO: 9 AUSGABEN FÜR 18 EURO ---ABO@PHASE-ZWEI.ORG	
PHASE 2 - ZEITSCHRIFT GEGEN DIE REALITÄT BORNHAISCHE STR. 3D - 04277 LEIPZIG WWW.PHASE-ZWEI.ORG	

Die Demokratie vor sich selbst retten

Die Bilder von misshandelten und gefolterten irakischen Gefangenen, die Fingerabdrücke, die ab Herbst bei der Einreise in die USA genommen werden, aber auch die zunehmende Überwachung in der EU zeigen vor allem, dass die parlamentarische Demokratie durch die militärische Verteidigung ihrer Errungenschaften sich selbst gefährdet und vor sich selbst zu retten ist.

VON THOMAS SCHMIDINGER

Naiv ist es nicht nur mit der europäischen Friedensbewegung zu glauben, man könne faschistischer oder radikalislamistischer Barbarei durch Friedensgebete, Schweigemärsche oder Friedensdemonstrationen begegnen. Spätestens seit der viel zu spät erfolgten militärischen Beendigung des Mordens der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie sollte jeder wissen, dass manchmal nur militärische Gewalt eine noch viel barbarischere Gewalt beenden kann. Genauso naiv ist jedoch zu glauben, die Logik militärischer Gewalt würde nicht auch auf jene zurückwirken, die diese zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie anwenden. Die bürgerliche Demokratie trägt - wie die Aufklärung, aus der sie hervorgegangen ist - immer auch schon den Kern ihrer Abschaffung in sich. Sie ist das unerfüllte und das in der bürgerlichen Demokratie unerfüllbare Heilsversprechen des Liberalismus, das sich erst in der befreiten Gesellschaft, im Kommunismus erfüllen kann. Deshalb ist sie immer wieder gegen sich selbst zu beschützen, vor sich selbst und ihrer eigenen inneren Logik zu retten.

Die Ereignisse seit dem 11. September sind insofern nur ein Beispiel für jene Entwicklung, die den demokratischen Rechtsstaat durch seine Verteidigung selbst gefährdet.

Dies heißt nicht, dass es nicht notwendig wäre jenes Maß an Freiheit, das durch die bürgerliche Demokratie in den USA und Europa garantiert wird, nicht auch militärisch gegen die GegnerInnen dieser Freiheit zu verteidigen, sie muss allerdings auch gegen sich selbst verteidigt werden.

In den USA selbst ist es seit dem 11. September 2001 zu einem eklatanten Abbau bürgerlicher Freiheiten und mit dem *Homeland Security Act* zu einem bedeutenden Ausbau des Überwachungsstaates gekommen. Allein, dies ist kein spezifisch US-amerikanisches Phänomen. Ähnlich reagierten die Innenminister der EU auf den Terrorangriff am 11. März 2004 in Madrid. Während die neue spanische Regierung genau so reagierte, wie es *al-Qaida* von ihr erwartete und den Rückzug ihrer Truppen aus dem Irak anordnete, wird zugleich die Repression und Überwachung innerhalb der EU verstärkt. Der Abbau von BürgerInnenrechten und der Ausbau des Überwachungsstaates in Zeiten des Terrors ist also keineswegs ein US-amerikanisches Phänomen, sondern liegt in der ureigensten Logik der bürgerlichen Demokratie, deren Freiheit eben immer nur ein präkerer Zwischenstatus aus staatlicher Herrschaft und den im Rahmen des Kapitalismus uneinlösbaren Versprechungen der Aufklärung darstellt.

„Die Steigerung der wirtschaftlichen Produktivität, die einerseits die Bedingungen für eine gerechtere Welt her-

stellt, verleiht andererseits dem technischen Apparat und den sozialen Gruppen, die über ihn verfügen, eine unmäßige Überlegenheit über den Rest der Bevölkerung. Der Einzelne wird gegenüber den ökonomischen Mächten vollends annulliert.“¹

Die repressiven Zustände in den rechtsfreien Gefangenenlagern auf Guantanamo, die (auch rassistisch motivierten) Folterungen im Irak oder die Zustände in den Gefängnissen Afghanistans werden durch die Tatsache, dass sie der Verteidigung der Demokratie gegen die gihadistische Barbarei dienen, nicht weniger skandalös. Als „Argument“ für antiamerikanisches Ressentiment und europäische Selbstgerechtigkeit sind sie jedoch nicht weniger zynisch und verschleiern. Vielmehr dient der Hinweis auf die Verfehlungen US-amerikanischer Politik im "alten Europa" meist nur der Ablenkung vom Abbau von Bürgerrechten in Europa selbst.

Eine Kritik, die es nicht schafft die Demokratie vor ihren FeindInnen und vor sich selbst zu verteidigen und zugleich über ihre Begrenztheit zu wissen, kann weder gegen die neue Barbarei kämpfen, komme sie nun in Form religiöser Fanatismen oder politischer Religionen daher, noch sich einen Begriff einer umfassenden Befreiung machen, die zwar erst auf der Basis einer liberalen Demokratie erkämpfbar ist, aber zugleich die Überwindung derselben darstellt.

¹ Theodor W. Adorno / Max Horkheimer: *Dialektik der Aufklärung*. In: Theodor W. Adorno: *Gesammelte Schriften*. Band 3, S. 14f.

Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) und sein General

Deutsche „Kulturpolitik“ als Brückenkopf faschistischer Ideologie

VON MARY KREUTZER

Ein letztes Jahr erschienener Sammelband beleuchtet in acht Beiträgen die Geschichte jenes Institutes, das am 12. Oktober 1930, dem „Día de la Raza“ („Tag der Rasse“)¹, in Berlin als zentrale Einrichtung des „Kulturaustauschs“ zwischen Deutschland, Spanien und Lateinamerika gegründet wurde. Die Institutsgeschichte liest sich streckenweise wie ein Krimi und bietet trotz der mangelhaften Quellenlage – ein Großteil der Bestände des Instituts ist nach 1945 verschwunden, Akten über dessen Präsidenten sind gezielt vernichtet worden – eine informative und umfangreiche Annäherung. Den ersten seriösen Anlauf in der Recherche der Geschichte des IAI unternahm Oliver Glied in seiner bis heute unveröffentlichten Diplomarbeit, auf die sich die meisten der Beiträge beziehen. Vor ihm tat dies Anfang der 1970er Jahre, jedoch weniger in aufklärerischer als propagandistischer Absicht, das *Ministerium für Staatssicherheit* (MfS) der DDR. Glied (S. 525-570) beschreibt dieses „Forschungsprojekt“ als klaren Fehlschlag, denn das MfS saß dabei nicht nur den Fälschungen des von ihnen selbst beobachteten Heinrich Jürgens (Günter Vollmer S. 409-524) auf, sondern erreichte trotz des großangelegten Forschungsauftrags auch nicht das Ziel, politisch brisantes Material gegen die deutsch-iberoame-

rikanischen Verbände der BRD zu finden oder etwa den Unionspolitiker und Bundesminister Hans-Joachim von Merkatz, ehemaliger Generalsekretär des IAI (1938 - 1945), nachhaltig zu diskreditieren.

Silke Nagel (S. 281-350) kommt in ihrer Einschätzung der Arbeit des IAI zwischen 1930 und 1945 zum Schluss, dass das Institut sich in seinen Arbeitsbereichen den Anforderungen des NS-Staates vollends unterordnete und von Propagandaaufgaben bis hin zur Zusammenarbeit mit den diversen Geheimdiensten repräsentative und werbende Funktionen übernahm.

Ein weiterer hervorragender Beitrag über *Rassismus als politische Inszenierung* (S. 67-130) von Dawid Danilo Bartelt beleuchtet das IAI im Geflecht zum Teil widerstreitender ideologischer und politischer Prozesse: zwischen „Hispanidad“ und Panamerikanismus, „Deutschtum“ und Außenhandel, Rassenideologie und Interessenpolitik. Er verortet den „Día de la Raza“ darin als Widerspiegelung deutscher Kulturpolitik und Propaganda in und nach Lateinamerika. Das rassistische Konstrukt der „Hispanidad“ beinhaltete von Anfang an eine politische Frontstellung gegen den politischen Einfluss der USA und deckte sich mit den nationalsozialistischen Zielen des Generals Wilhelm Faupel.

Aus dessen biografischen Daten (Gliech S. 131-280) werden Verbindungslinien ersichtlich, die den Anstoß zur Beantwortung wichtiger Fragen im Verhältnis Lateinamerikas zu Deutschland geben und hier nur in aller Kürze skizziert werden: Sein Handwerk lernte der General 1900 bei der Niederschlagung des Boxeraufstands in China und 1904 beim ersten deutschen Völkermord des 20. Jahrhunderts, der Vernichtung der Herero und Nama in Südwestafrika. Im 1. Weltkrieg beteiligte er sich am Einsatz von Giftgas gegen französische Truppen und wurde als Kriegsheld gefeiert. In Lateinamerika diente er sich diversen Armeen als Militärberater und Lobbyist der deutschen Waffenindustrie an, suchte Kontakte zu Teilen der antiUSamerikanischen Linken, deren inhaltliche Parallelen zum NS Kooperationsmöglichkeiten versprachen², übernahm 1934 bis 1945 die Präsidentschaft des IAI in Deutschland und

fungierte 1936-1938 als Hitlers Botschafter bei Franco.

Als ihr Traum ausgelebt war, sollen der General und seine Frau, deren Rolle im IAI im vorliegenden Sammelband ebenfalls rekonstruiert wird, im Mai 1945 Selbstmord begangen haben. Das Institut verschleierte und verniedlichte gekonnt seine Partizipation im NS und rettete die verbleibende Bibliothek. 1962 wurde in Hamburg das *Ibero-Amerika-Institut* wieder gegründet, am 12. Oktober, dem *Tag der Rasse*.

Reinhard Liehr, Günther Maihold und Günter Vollmer (Hrsg.): Ein Institut und sein General. Wilhelm Faupel und das Ibero-Amerikanische Institut in der Zeit des Nationalsozialismus. Vervuert, Frankfurt am Main 2003, 615 Seiten, Euro 48.-

1 Am 12. Oktober 1492 landete Cristóbal Colón bei der Insel Guanahani, die er auf San Salvador taufte und heute unter dem Namen Watling Teil der Bahamas ist, und „entdeckte“ damit aus europäischer Sicht Amerika. Von den KolonisatorInnen bis heute als „Tag der (spanischen) Rasse“ gefeiert, stellt dieser Tag für die arme Bevölkerung Lateinamerikas ein Symbol für fünf Jahrhunderte der Unterdrückung dar und wird von oppositionellen Gruppen jedes Jahr zum Anlass für Proteste genommen.

2 So reiste etwa Aristides Holguín, ein Arbeiterführer der peruanischen APRA, im Mai 1940 nach Deutschland, um dort soziale Einrichtungen und Arbeitslager zu besichtigen. (Gliech, S. 173)

ArbeiterInnenbewegung im Sudan

VON KATRIN AUER

Kaum ein Tag vergeht, an dem in den Medien nicht von neuen militanten Auseinandersetzungen, Toten und Flüchtlingen im Sudan berichtet wird. **Context XXI**-Autor Thomas Schmidinger hat nun ein Buch zur Geschichte der ArbeiterInnenbewegung im Sudan veröffentlicht, das ein breites – und nicht nur auf den Bürgerkriegskonflikt begrenztes – Hintergrundwissen vermittelt. Die Geschichte und Politik der organisierten ArbeiterInnenbewegung im

Sudan wird im Kontext der ägyptischen ArbeiterInnenbewegung dargestellt, wobei ein großes historisches Detailwissen als Basis der materialistischen und ideologiekritischen Analyse vermittelt wird. Die Politik der ArbeiterInnenbewegung, ihre Entstehungsbedingungen und ihre Niederlage werden mit den jeweiligen Schwesterbewegungen in Ägypten, in Algerien, im Irak, in Syrien und im Südjemen verglichen. Der Autor hat sich bei dieser politologischen Untersuchung nicht nur auf Sekundärquellen bezogen, sondern einen Großteil seiner Informationen aus Interviews mit VertreterInnen

der sudanesischen ArbeiterInnenbewegung geholt, die er während eines Forschungsaufenthaltes im Sudan durchgeführt hatte. Um das Scheitern der meisten kommunistischen Parteien in arabischen Staaten zu analysieren, setzt sich Schmidinger kritisch mit der Imperialismustheorie Lenins auseinander, wobei er von der These ausgeht, dass „die einseitige Fokussierung auf ‚nationale Befreiung‘ und die in diesem Zusammenhang eingegangenen Bündnisse mit Strömungen der ‚nationalen Bourgeoisie‘ einer der Gründe für das Scheitern vieler ArbeiterInnenbewegungen des Trikont“ (S. 16) war.

Die Geschichte der sudanesischen ArbeiterInnenbewegung beginnt in den 1940er Jahren und basiert v.a. auf den Gewerkschaften und der *Sudanesischen Kommunistischen Partei*. Da der britische und ägyptische Imperialismus, die spezifische Durchsetzung des Kapitalismus in Form von kapitalistischen „Inseln“ und die enge Anbindung an die ägyptische ArbeiterInnenbewegung immensen Einfluss auf die sudanesischen Linke hatte, machen diese Aspekte neben der Darstellung der sudanesischen Entkolonialisierung einen großen Teil des Buches aus. Beim Vergleich der Entwicklung und Niederschlagungen der ArbeiterInnenbewegungen in Ägypten, Algerien, im Irak, in Syrien

und im Südjemen zeigt Schmidinger bei der Ursachenforschung sowohl die Unterschiede als auch Parallelen auf und kommt zu dem Ergebnis, dass trotz der strukturellen Unterschiede „der politische Effekt in all diesen Staaten derselbe (war): Eine eigenständige Arbeiterpartei wurde als selbständige politische Kraft ausgeschaltet und mit ihr auch die jeweils ihr nahestehenden Gewerkschaften und Massenorganisationen der Linken. Die unterschiedliche Art und Weise der Ausschaltung liegt nicht primär an den betroffenen Parteien, sondern an den politischen Strömungen, mit denen sie sich eingelassen hatten.“ (S. 143) Die Gründe für die Bündnispolitik der kommunistischen Parteien mit arabisch-nationalistischen Gruppierungen sieht Schmidinger aber nicht nur in der leninistischen Ausrichtung der Linken und dem gemeinsamen antiimperialistischen Kampf, sondern auch in den Ähnlichkeiten von arabischem Nationalismus und Stalinismus.

Thomas Schmidinger: ArbeiterInnenbewegung im Sudan. Geschichte und Analyse der ArbeiterInnenbewegung des Sudan im Vergleich mit den ArbeiterInnenbewegungen Ägyptens, Syriens, des Südjemen und des Irak. Peter Lang Verlag, Frankfurt am Main/ u.a 2004, 269 Seiten, Euro 45,50.-



CASTILLO **comida y ron**

comidas tropicales * parilla criolla * rhumerie
Stubenring 20 A-1010 Wien T 512 94 04 castillo@aon.at www.castillo-comida.at



Mary Kreutzer / Thomas Schmidinger (Hg.)

Irak

Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie?

Mit Beiträgen von Hussain Ali Bawa; Dhia Al-Dabass;
Houzan Mahmoud; Maurice Shohet; Kasim Talaa u.a.

2004 • ca. 500 Seiten • ca. 28 € • ISBN 3-924627-85-1

Dargelegt werden die Geschichte des Irak bis zum Sturz Saddam Husseins sowie die Beziehungen europäischer Staaten, insbesondere Deutschlands und Österreich, zum Irak. Es wird auf die aktuellen Entwicklungen und Problemfelder nach dem Sturz Saddam Husseins eingegangen, insbesondere auf Fragen nach Demokratie, Föderalismus, Geschlechterverhältnisse, des Verhältnisses von Religion und Staat und der ökologischen Situation des Landes.

Im Gegensatz zu den meisten Irak-Büchern, die seit 2003 erschienen sind, besteht dieses großteils aus Beiträgen, die von irakischen Autoren selbst geschrieben wurden, die entweder im Lande selbst oder im Exil leben. Ihnen wird hier erstmals die Möglichkeit gegeben, zu Geschichte und Politik ihres Herkunftslandes Stellung zu beziehen. Dabei wurde bewußt auf ein sehr breites Spektrum geachtet, das politisch von Vertretern gemäßigter islamischen Parteien wie SCIRI über liberale und kurdische Parteien bis zur Kommunistischen und Arbeiterkommunistischen Partei reicht. Es kommen dabei auch Autoren aus den unterschiedlichen Regionen des Irak (Basra, Bagdad, Kirkuk, Suleymania, Dohuk...) und aus verschiedenen religiösen und ethnischen Gruppen des Landes (schiitische und sunnitische Muslime, christliche Assyrier, Kurden, Juden, Mandäer, Yezidi) zu Wort.

Klaus Thörner

„Der ganze Südosten ist unser Hinterland“

Deutsche Südosteuropapläne von 1840–1945

2004 • ca. 400 Seiten • ca. 29 € • ISBN 3-924627-84-3

Der Autor analysiert die wesentlichen Planungen des deutschen „Drangs nach Südosten“. Dieser wurde bisher, im Gegensatz zum „Drang nach Osten“, kaum kritisch erforscht. Die Analysen zur aktuellen deutschen Südosteuropapolitik blieben weitgehend geschichtslos. Eine umfassende Darstellung der Südosteuropapolitik des Deutschen Reiches vom Kaiserreich über die Weimarer Republik bis zum Nationalsozialismus, die Voraussetzung für die Frage nach historischen Bezügen oder Kontinuitäten der heutigen Politik wäre, liegt bis heute nicht vor. Im Mittelpunkt dieser Untersuchung stehen die langfristigen Konzeptionen und deren ideologische Begründungsmuster, die im Zusammenhang mit ihren wirtschaftlichen und politischen Bedingungen erörtert werden. Dabei war die Frage leitend, inwiefern sich Kontinuitäten in den historischen Zielsetzungen deutscher Südosteuropapolitik und ihren Begründungen nachzeichnen lassen.

ca ira-Verlag / Initiative sozialistisches Forum

Postfach 273 * 79002 Freiburg

0049 761 285 95 06 * Fax: 0049 761 379 49

ca-ira@t-online.de * www.ca-ira.net